

aus politik und zeit geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Johannes Gertler †
Die Rolle der Streitkräfte
in der sowjetischen
Außenpolitik

Gerhard Simon
Russen und Nichtrussen
in der sowjetischen
Gesellschaft

Hans Bräker
Die Sowjetunion
und der Mittlere Osten
Politik im Spannungsfeld
von strategischen Zielsetzungen
und Islam-Frage

ISSN 0479-611 X

B 17-18/82
1. Mai 1982

Johannes Gertler, Dr. phil., geb. 1928, gest. am 27. 3. 1982, Studium an den Universitäten Münster i. Westf., Freiburg i. Br. und an der Freien Universität Berlin, Hauptfach: Osteuropäische Geschichte; anschließend wissenschaftlicher Mitarbeiter am Osteuropa-Institut an der Freien Universität Berlin, danach wissenschaftlicher Mitarbeiter am Ostkolleg der Bundeszentrale für politische Bildung in Köln; 1960—1967 Dozent im Wissenschaftlichen Forschungs- und Lehrstab an der Schule der Bundeswehr für Innere Führung in Koblenz; 1967 Dozent an der Stabsakademie der Bundeswehr in Hamburg; 1968 Dozent an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg; zuletzt Leitend. Wissenschaftl. Direktor und Dozent für Politikwissenschaft unter besonderer Berücksichtigung der Internationalen Beziehungen.

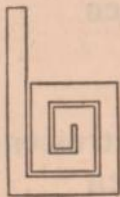
Veröffentlichungen: Die deutsche Rußlandpublizistik 1853 bis 1870, in: Forschungen zur Osteuropäischen Geschichte, hrsg. von M. Bernhard, H. Jablonowski und W. Philipp, Berlin 1959, Bd. 7; Zur Bedeutung der Kategorien Volk und Nation in den Frühen Schriften von Karl Marx und Friedrich Engels. Werner Philipp zum 65. Geburtstag von seinen Schülern, in: Forschungen zur Osteuropäischen Geschichte, Berlin 1973, Band 20.

Gerhard Simon, Dr. phil., geb. 1937; Wissenschaftlicher Oberrat am Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien in Köln.

Veröffentlichungen u. a.: K. P. Pobedonoscev und die Kirchenpolitik des Heiligen Sinod, 1880—1905, Göttingen 1969; Die Kirchen in Rußland, München 1970 (englisch unter dem Titel: Church, State and Opposition in the USSR, London 1974); Neue Wege der Sowjetunion-Forschung (zus. mit A. v. Borcke), Baden-Baden 1980. Aufsätze über Religion und Kirchen in Osteuropa, sowjetische Propaganda und sowjetische Nationalitätenpolitik in Zeitschriften und Sammelbänden.

Hans Bräker, Dr. phil., Professor, geb. 1921; bis 1961 Auswärtiges Amt, seither Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien in Köln (z. Z. amtierender Direktor) und seit 1974 Universität Trier (Internationale Politik).

Zahlreiche Publikationen (Bücher, Beiträge zu Sammelbänden, Aufsätze in Zeitschriften) zur Entwicklung in Osteuropa und zu wirtschaftlichen, politischen und religionsstrukturellen Problemen der Länder Süd- und Südasiens. Die Veröffentlichungen zu dem in dieser Ausgabe behandelten Thema sind im Literaturanhang (s. S. 62) aufgeführt.



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn/Rhein.

Redaktion:

Dr. Gerd Renken, Dr. Klaus Wippermann, Paul Lang, Holger Ehmke.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstr. 61—65, 5500 Trier, Tel. 0651/46171, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 12,60 vierteljährlich (einschließlich DM 0,77⁷ Mehrwertsteuer) bei Postzustellung;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Die Rolle der Streitkräfte in der sowjetischen Außenpolitik

Seit den zwanziger Jahren unseres Jahrhunderts gibt es eine Reihe von Versuchen, den Krieg als Mittel der Politik zwischen den Staaten zu verbannen. Erfolg war ihnen nicht beschieden. Abgesehen davon, daß ein zweiter Weltkrieg die Erde überzogen hatte, an dem schließlich 27 Staaten aktiv teilnahmen und der 55 Millionen Menschen das Leben kostete, gab es auch in den Jahren danach nicht weniger als 150 Kriege oder kriegsähnliche Kon-

flikte. Unter den heutigen Staaten ist nicht ein einziger, der auf die Fähigkeit, Krieg zu führen, verzichtet hätte. Eigene Streitkräfte sind nach wie vor Ausdruck staatlicher Souveränität, und die Frage nach dem politischen Nutzen militärischer Macht liegt nahe.

Bevor jedoch vom eigentlichen Thema die Rede sein wird, soll noch ein Blick auf die Stellung der Streitkräfte im politischen System der Sowjetunion geworfen werden.

I. Die innenpolitische Stellung der sowjetischen Streitkräfte

Die für jedes politische System zu stellende Kardinalfrage nach dem sogenannten Primat der Politik ist für die Sowjetunion klar zu beantworten. Die Streitkräfte sind in das politische System fest eingebunden. Ihre politische Führung erfolgt eindeutig durch die Kommunistische Partei¹⁾. Gehorsam gegenüber der Partei wird nicht nur verbal im Parteistatut und in den Lehrbüchern des Marxismus-Leninismus gefordert und von den sowjetischen Militärs bei jeder Gelegenheit bekundet; er ist auch durch ein ausgeklügeltes organisatorisches System in der politischen Wirklichkeit fest verankert.

Die oberste militärische Verwaltungs- und Kommandobehörde der sowjetischen Streitkräfte ist das Verteidigungsministerium der UdSSR. Der Oberbefehl liegt beim Minister. Da es jedoch in der Sowjetunion eine politisch selbständig handelnde Regierungsexekutive nicht gibt, vollzieht auch der Verteidigungsminister nichts anderes als den politischen Willen der Kommunistischen Partei, das heißt ihres Politbüros. Als Mitglied des Politbüros ist der Verteidigungsminister ohnehin an die Beschlüsse dieses wichtigsten Parteiorgans gebunden.

Außerdem gibt es im Verteidigungsministerium die Politische Hauptverwaltung der Sowjetarmee und der Kriegsmarine (PHV). Ihre Aufgabe wird folgendermaßen beschrieben:

¹⁾ „Alle Bereiche der Vorbereitung der Streitkräfte auf den Schutz des Landes vor Aggressionen und der Durchführung des bewaffneten Kampfes, alle Seiten des Lebens in Armee und Flotte stehen unter der unablässigen Führung der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und ihres Leninschen Zentralkomitees“. Zit. aus: Die Streitkräfte der UdSSR. A. d. Russ. Militärverlag der Deutschen Demokratischen Republik, o. O. 1974, S. 655.

Sie „... leitet die politischen Organe sowie die Partei- und Komsomolorganisationen der Armee und der Flotte, bearbeitet entsprechend den Beschlüssen der KPdSU die wichtigsten Probleme des Parteaufbaus, wählt die politischen Kader aus und setzt sie ein, betreibt die ideologische Arbeit bei der Truppe, überprüft die Durchführung der Beschlüsse der KPdSU und der Sowjetregierung sowie die Ausführung der Befehle des Verteidigungsministers und seiner Direktionen von seiten der Politorgane und Parteiorganisationen.“²⁾

Für ihre Verwirklichung sorgt vor allem der organisatorische Unterbau der Politischen Hauptverwaltung. Er reicht durch alle hierarchischen Ebenen der Streitkräfte, von den Teilstreitkräften über den Militärbezirk, die Armee, die Division, das Regiment, das Bataillon bis hinunter in die Kompanie. Obgleich die sogenannten Politorgane Militärs sind — ihre Dienststellung ist die eines Stellvertreters des Kommandeurs in politischen Angelegenheiten, und trotz des herrschenden Prinzips der Einzelverantwortlichkeit durch den Kommandeur (edinonačalie) —, vertreten sie innerhalb der Streitkräfte die Interessen der Partei. Die Partei und ihr Jugendverband (Komsomol) verfügen in den Streitkräften noch zusätzlich — ebenfalls auf allen Ebenen — über eine eigene Organisation ihrer Mitglieder.

Da die politische Hauptverwaltung ein organisatorisches Doppelgesicht trägt — einerseits ist sie eine Hauptabteilung im Verteidigungsministerium, andererseits gleichzeitig eine der Abteilungen des Zentralkomitees der KPdSU —, ergibt sich für die Politorgane ein

²⁾ P. J. Jefimof, Parteiorgane in den Streitkräften, in: Voennye Znaniya 11/1973, S. 2.

eigener Befehlsstrang, der von der Parteit Spitze bis in die Kompanie hineinreicht. Die politischen Aktivitäten in den Streitkräften werden letzten Endes nicht von Militärs, sondern vom zivilen Parteiapparat kontrolliert. Die Politische Hauptverwaltung und die nicht-militärischen Parteifunktionäre berichten laufend an die ZK-Abteilung für administrative Organe, die für bestimmte militärische und Sicherheitsfragen zuständig ist. Dort werden auch die wichtigen Personalfragen entschieden. Wesentlich für die Kontrolle der Streitkräfte ist die enge Zusammenarbeit der Partieführung mit dem Geheimdienst. Unter diesem Aspekt ist seine wichtigste Aufgabe nicht etwa die Spionageabwehr. Er soll in erster Linie verhindern, daß sich im höheren Offizierskorps Cliquen bilden, in denen es zu einer von der Partieführung unabhängigen politischen Willensbildung kommen könnte. Zu diesem Zweck wird auch das Privatleben der höheren Offiziere vom Geheimdienst systematisch überwacht. Außerdem gehören seine Vertreter von Amts wegen vielen militärischen Gremien an, so daß allein durch ihre Anwesenheit in Sitzungen und Besprechungen Kontrolle stattfindet.

Die höchste Instanz für Verteidigungsfragen, in der auch tatsächlich die wesentlichen militärischen Beschlüsse gefaßt werden, ist der Verteidigungsrat. Den Vorsitz führt dort der Generalsekretär der Kommunistischen Partei. Weitere Mitglieder sind der Ministerpräsident, der Verteidigungsminister und Repräsentanten des Generalstabes. Gemäß Artikel 121 der sowjetischen Verfassung wird er — zumindest formal — vom Präsidium des Obersten Sowjets gebildet und bestätigt, das auch das Oberkommando der Streitkräfte ernannt und den Kriegsfall erklärt. Im Verteidigungsrat werden die Richtlinien für die Landesverteidigung festgelegt; er koordiniert die Maßnahmen, die in diesem Zusammenhang für notwendig gehalten werden, und er ist für den Aufbau und die Organisation der Streitkräfte zuständig.

Bei der Führung der Streitkräfte kommt dem Generalstab selbstverständlich besondere Bedeutung zu. Er liefert unter anderem Beiträge zur allgemeinen Militärpolitik und befaßt sich mit der Militärdoktrin, das heißt den „... in einem Staat anerkannten Anschauungen zu den Fragen der politischen Einschätzung eines künftigen Krieges, der Stellung des Staates zum Kriege, der Definition des Charakters eines künftigen Krieges, der ökonomischen und moralischen Vorbereitung des Landes auf ei-

nen Krieg, des Aufbaus und der Ausbildung der Streitkräfte sowie der Methoden der Kriegführung...“³⁾. Der Generalstab setzt die Militärdoktrin in konkrete Rüstungsvorschläge um, er berechnet die Höhe des Verteidigungshaushalts, er entwirft und entwickelt die strategische Planung, er verfaßt Gutachten über Entscheidungsmöglichkeiten und über die Militärstrategie des potentiellen Gegners, er kontrolliert die Hauptstäbe der Teilstreitkräfte und arbeitet mit ihnen zusammen, er unterhält einen weltweiten militärischen Geheimdienst, er stellt Vertreter bei Rüstungskontrollverhandlungen — um nur einige seiner Aktivitäten zu nennen. Kurz: Der Generalstab ist das Gehirn der Streitkräfte, auf dessen Arbeit niemand verzichten kann, der militärische Entscheidungen zu treffen hat.

Welchen Einfluß haben nun die Streitkräfte auf die sowjetische Außen- und Sicherheitspolitik?

Die im Westen gelegentlich anzutreffende Vorstellung, daß die sowjetische Außen- und Sicherheitspolitik in zunehmendem Maße von einer Militärelite beeinflußt werde, die auch bei der Besetzung Afghanistans die treibende Kraft gewesen sein dürfte, ist nicht realistisch. Sie widerspricht allem, was im politischen Entscheidungsprozeß in der Sowjetunion üblich und möglich ist. Allein aus der Ämterhäufung des Generalsekretärs der Kommunistischen Partei — er ist der erste Mann im Politbüro und im Sekretariat des Zentralkomitees, er ist Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets (Staatsoberhaupt), des Obersten Sowjets (Parlamentspräsident), des Verteidigungsrates (vgl. oben), außerdem noch Marschall der Sowjetunion — ergibt sich, daß er über eine Macht verfügt, die ihn in allen diesen Gremien über die Rolle eines primus inter pares weit hinaushebt. Die Schlüsselentscheidungen in der sowjetischen Außen- und Sicherheitspolitik und ebenso in der Militärpolitik werden heute ohne Zweifel von Leonid I. Breschnew getroffen. Im Vergleich zu dieser Machtfülle nimmt sich die Repräsentanz des Militärs in den beiden entscheidenden Parteiorganen bescheiden aus. Es ist dort lediglich mit einer Person, nämlich, wie bereits erwähnt, durch den Verteidigungsminister im Politbüro (14 Vollmitglieder) vertreten. Im Sekretariat des Zentralkomitees (zehn Sekretäre) gibt es gar keinen Militär. Das heißt, daß in diesen beiden Parteiorganen einem Militär 18 Zivilisten gegenüberstehen (Personalunionen nicht mit-

³⁾ W. D. Sokolowski, Militärstrategie, Berlin [Ost] 1966, S. 59.

gezählt). Militärs als Mitglieder des Zentralkomitees (über die Jahre hinweg mit etwa 7%—9% vertreten), als Parteitagsdelegierte oder als Deputierte im Obersten Sowjet bringen eher die Verbundenheit der Streitkräfte mit dem „Volk“ zum Ausdruck und sind Zeichen für das Prestige, das sie in der sowjetischen Gesellschaft genießen. Mit Teilhabe am politischen Entscheidungsprozeß hat das nicht unbedingt etwas zu tun.

Trotzdem beeinflussen die Streitkräfte die Außen- und Sicherheitspolitik. Zwar bilden sie keine pressure group, die bei der politischen Führung ihren Willen durchsetzt. Für ein solches Verfahren bietet das politische System der Sowjetunion keine Möglichkeit. Politische Einflußnahme kann dort nicht gegen die Absichten der politischen Führung erfolgen, sondern nur mit ihnen, im Rahmen der Richtlinien, die das Politbüro und speziell der Generalsekretär festgelegt haben.

Unter diesen Voraussetzungen eröffnen sich den Streitkräften, oder genauer gesagt, ihrer Führung, jedoch prinzipiell zwei Möglichkeiten der Einflußnahme. Die eine beruht auf ihrem Sach- und Fachverstand, den sie bei der Formulierung der Politik als Ratgeber und Experten zur Geltung bringen können (Nutzung der professionellen Autorität). In dieser Hinsicht spielt vor allem der Generalstab eine Rolle (vgl. oben). Es läßt sich leicht vorstellen, daß sich die politische Führung über strategische Analysen, entsprechend begründete Rüstungsforderungen und organisatorische Vorschläge nicht ohne weiteres hinwegsetzt, zumal dann nicht, wenn sie auf der richtigen Linie liegen. Die zweite Möglichkeit — und sie ist mit der ersten im Zusammenhang zu sehen — besteht in der Nutzung des Spielraumes, den ein Regime, das traditionell auf bewaffnete Macht gesetzt hat, dem Militär ohnehin bietet. Die Beziehungen zwischen Partei und

Streitkräften sind trotz des Mißtrauens, das die Partei den Streitkräften entgegenbringt, nicht antagonistisch, sondern symbiotisch. Natürlich ist militärische Macht in den Augen der Partei eine gefährliche Sache. Aus diesem

INHALT

- I. Die innenpolitische Stellung der sowjetischen Streitkräfte
- II. Zur Rolle der Streitkräfte von der Oktoberrevolution bis zum Zweiten Weltkrieg
- III. Streitkräfte als Instrument sowjetischer Hegemonialpolitik
- IV. Die Bedeutung der Streitkräfte für den Aufstieg der Sowjetunion zur Weltmacht
 - Nah-Ost-Krise
 - Berlin-Krise
 - Kuba-Krise
- V. Zur Bedeutung der Streitkräfte im Zeichen sowjetischer Weltmachtspolitik
 - China
 - Indochina
 - Mittlerer und Naher Osten
 - Afrika und die sowjetische Flottenpolitik
 - Kuba
 - Westeuropa
- VI. Schlußbemerkung

Grunde muß sie auch kontrolliert werden. Sie darf sich auf keinen Fall verselbständigen und möglicherweise die eigene Herrschaft gefährden. Andererseits weiß die Partei den politischen Nutzen militärischer Macht sehr zu schätzen; so ist sie selbst die beste Befürworterin der Interessen und Ziele der Streitkräfte. Im Prinzip sind Breshnew und seine Generale der gleichen Meinung. Sie alle glauben, daß man den Lauf des Weltgeschehens in erster Linie nur noch mittels der militärischen Präsenz der Sowjetunion beeinflussen kann⁴⁾.

II. Zur Rolle der Streitkräfte von der Oktoberrevolution bis zum Zweiten Weltkrieg

Der Einsatz militärischer Macht in Form von Krieg und Bürgerkrieg erschien den Bolschewiki von Anfang an als eine Selbstverständlichkeit, ja Nötwendigkeit. So schrieb zum Beispiel Lenin in seiner im Jahre 1915 erschienenen Broschüre über „Sozialismus und Krieg (Die Stellung der SDAPR zum Krieg)“: „Die Sozialisten haben den Krieg unter den Völkern stets als eine barbarische und bestialische Sache verurteilt. Aber unsere Stellung zum

Krieg ist eine grundsätzlich andere als die der bürgerlichen Pazifisten und ... Anarchisten. Von den ersteren unterscheiden wir uns durch unsere Einsicht in den unabänderlichen Zu-

⁴⁾ Dieses Urteil stammt von M. Tatu, Decision Making in the USSR, in: R. Ripes (ed.), Soviet Strategie in Europe, New York 1976, S. 62. Hier sinngemäß wiedergegeben nach: M. Checinski, Die Militärelite im sowjetischen Entscheidungsprozeß. Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln 3/1981, S. 19f.

sammenhang der Kriege mit dem Kampf der Klassen im Innern eines Landes, durch die Erkenntnis der Unmöglichkeit, die Kriege abzuschaffen, ohne die Klassen abzuschaffen und den Sozialismus aufzubauen, ferner auch dadurch, daß wir die Berechtigung, Fortschrittlichkeit und Notwendigkeit von Bürgerkriegen voll und ganz anerkennen ...“⁵⁾.

Der Theorie entsprach dann auch das praktische Handeln. Abgesehen davon, daß die Bolschewiki ihre Herrschaft in Rußland durch Revolution und Bürgerkrieg erobert haben, versuchten sie auch außenpolitische Ziele, wie die Wiederherstellung der Grenzen des zaristischen Rußland, mit kriegerischen Mitteln zu erreichen. Im Kaukasus, in der Ukraine und in Weißrußland hatten sie Erfolg, gegenüber dem Baltikum und Polen zunächst nicht.

Auch Lenins Nachfolger Stalin hielt einen Krieg für unvermeidbar. Zu einer Zeit, wo sich das übrige Europa darum mühte, den Krieg als Mittel der Politik zwischen den Staaten auszuschalten (1925: Locarno-Konferenz; 1926: Vorbereitende Kommissionssitzung für eine Abrüstungskonferenz des Völkerbundes; 1928: Kellogg-Pakt), vertrat er die Meinung, daß Voraussetzungen für einen neuen Krieg heranreifen, der in einigen Jahren unvermeidlich werden könnte: Das Banner der Sowjetunion sei zwar nach wie vor das Banner des Friedens, sollte aber der Krieg beginnen, werde sie nicht untätig zusehen können. Sie werde auf dem Kriegsschauplatz jedoch als letzte auftreten, „... um das entscheidende Gewicht in die Waagschale zu werfen, ein Gewicht, das ausschlaggebend sein dürfte“. Stalin zog dann folgende Schlußfolgerung: „Wir müssen auf alles vorbereitet sein, wir müssen unsere Armee vorbereiten ..., die technische Ausrüstung verbessern, die Chemie, das Flugwesen verbessern und überhaupt unsere Rote Armee auf

die gebührende Höhe bringen. Das fordert von uns die internationale Lage. Darum meine ich, daß wir entschieden und unwiderruflich den Forderungen der Militärbehörde entgegenkommen müssen.“⁶⁾

Der damalige Verteidigungsminister, W. M. Frunse, äußerte sich — wie könnte es anders sein — ähnlich⁷⁾. Schließlich (1928) begründete Stalin auch den ersten Fünfjahresplan, der zu 75% die Erzeugung von Produktionsmitteln vorsah, unter anderem mit dem Hinweis auf die notwendige Verteidigungsfähigkeit⁸⁾.

Kurz: seit der Mitte der zwanziger Jahre lief die Modernisierung und Technisierung der Roten Armee, bei der die Zusammenarbeit mit der Reichswehr übrigens keine geringe Rolle gespielt hat. Ihre personelle Verstärkung — den niedrigsten Stand seit dem Bürgerkrieg hatte sie im Jahre 1927 mit 586 000 Mann erreicht — setzte erst wieder am Anfang der dreißiger Jahre ein. Als Ursache dafür nennt später Chruschtschow „die Aggression des japanischen Imperialismus im Fernen Osten und die faschistische Machtübernahme in Deutschland ...“⁹⁾. Bis zum Jahre 1937 wurden die sowjetischen Streitkräfte wieder auf 1 437 000 Mann gebracht, vor dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion (22. Juni 1941) waren bereits 4 207 000 unter Waffen. Die personelle Verstärkung wurde von der Verbesserung der Streitkräfteorganisation begleitet. Das in der Zwischenzeit eingeführte Territoriale Milizsystem hatte man wieder abgeschafft.

Die Bedeutung der Streitkräfte für die Außenpolitik der Sowjetunion bis zum Zweiten Weltkrieg liegt, abgesehen von gewissen Aktionen in der Anfangsphase, in erster Linie im Aufbau und in der Sicherung der Verteidigungsfähigkeit des Landes.

III. Streitkräfte als Instrument sowjetischer Hegemonialpolitik

Der Zweite Weltkrieg brachte der Sowjetunion die Gelegenheit, sich von einer Großmacht zu einer Hegemonialmacht zu entwickeln. Einen ersten Schritt in diese Richtung ermöglichte ihr der deutsch-sowjetische

Nichtangriffspakt (23. August 1939) mit seinem geheimen Zusatzprotokoll, in dem bekannt-

⁵⁾ W. J. Lenin, Über Krieg, Armee und Militärwissenschaft, Berlin (Ost) 1961, Bd. I, S. 489.

⁶⁾ Rede Stalins vom 19. Januar 1925 auf der Plenartagung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Rußlands (B), in: J. W. Stalin, Werke, Stuttgart 1953, Bd. 7, S. 11f.

⁷⁾ Vgl. z. B.: M. W. Frunse, Ausgewählte Schriften, Berlin (Ost) 1956, S. 253f. und S. 403f.

⁸⁾ „Es ist unmöglich, die Unabhängigkeit unseres Landes zu behaupten, ohne eine hinreichende industrielle Basis für die Verteidigung zu besitzen.“ J. W. Stalin, Über die Industrialisierung des Landes und über die rechte Abweichung in der KPdSU (B), in: J. W. Stalin, Werke, Berlin (Ost) 1952—1955, Bd. 11, S. 220.

⁹⁾ Rede vor dem Obersten Sowjet am 14. Januar 1960, in: Prawda vom 15. 1. 1960. Hier zitiert aus: Der Sowjetkommunismus. Dokumente, Köln, Berlin 1964, Bd. 2, S. 503f. Aus dieser Rede stammen auch die hier genannten Zahlen.

lich für den Fall einer territorial-politischen Umgestaltung eine Abgrenzung von beiderseitigen Interessensphären vereinbart wurde. Danach sollte die Sowjetunion in Finnland, Estland und Lettland freie Hand haben, ebenso in Ostpolen und Bessarabien¹⁰⁾.

Nach dem Einmarsch in Ostpolen (17. September 1939) und dem Abschluß eines deutsch-sowjetischen Grenz- und Freundschaftsvertrages (28. September 1939), in dem nunmehr auch Litauen in einem geheimen Zusatzprotokoll der sowjetischen Interessensphäre zugeschlagen wurde¹¹⁾, griff die Sowjetunion mit 30 Divisionen Finnland an (30. November 1939). Trotz des zähen Widerstandes mußte Finnland nach einem erneuten sowjetischen Vorstoß, den Marschall Timoschenko mit 27 Divisionen gegen die Mannerheim-Linie führte (2. Februar 1940), schließlich aufgeben und in dem bald darauf unterzeichneten Frieden von Moskau (12. März 1940) den sowjetischen Forderungen nachkommen. Sie lauteten: Abtretung der karelischen Landenge und eines Gebietes an der Nordbucht des Ladogasees mit Viborg, Kexholm und Sortavala sowie Teile der Fischerhalbinsel und mehrerer kleiner Inseln im Finnischen Meerbusen; Zurückverlegung der Grenze nach Westen im Bezirk von Kamdalakscha und Verpachtung der Halbinsel Hanko (Hango) mit den anliegenden Inseln an die Sowjetunion zur Errichtung eines Marinestützpunktes. Außerdem mußte sich Finnland verpflichten, jeder gegen die Sowjetunion gerichteten Koalition fernzubleiben¹²⁾.

Ein anderes Unternehmen war die Einverleibung der baltischen Staaten. Sie begann mit der Mitteilung Molotows an den estnischen Gesandten, daß die Sowjetunion die Souveränität Estlands über dessen Küstengewässer nicht mehr anerkennen könne und den Schutz des Wasserraumes selber übernehmen würde (19. September 1939). Anlaß dazu war die Flucht eines im Revaler Hafen internierten polnischen U-Bootes. Noch am gleichen Tag erschienen in den estnischen Hoheitsgewässern sowjetische Seestreitkräfte, die mehrere Zwischenfälle verursachten. Sowjetische Flugzeuge begannen, estnisches Staatsgebiet zu überfliegen. Kurz darauf forderte die Sowjetunion die Genehmigung zur Errichtung von Stützpunkten an mehreren Stellen der estnischen Küste, vor allem in Reval und Pernau, sowie den Abschluß eines militärischen Bei-

standspaktes (23. September 1939). Sollte Estland diesen Forderungen nicht nachkommen, erklärte Molotow dem estnischen Außenminister, müßte sie die Sowjetunion mit Gewalt durchsetzen. Was blieb — angesichts der sowjetischen Militärmacht — Estland anderes übrig, als den gewünschten Beistandspakt zu unterzeichnen (28. September 1939). Er räumte der Sowjetunion auch das Recht ein, auf den Inseln Ösel, Dagö und in Baltischport Marinestützpunkte zu errichten und für die Luftwaffe einige Flugplätze zu bauen. Ebenso durfte die Sowjetunion im Bereich der Stützpunkte eine begrenzte Anzahl von Truppen unterhalten. Die Forderung nach Stützpunkten in Reval und Pernau hatte die Sowjetunion fallengelassen.

Auf ähnliche Weise verhandelte die Sowjetunion auch mit Lettland und Litauen. Der sowjetisch-lettische Pakt (5. Oktober 1939) enthält die Vereinbarung zur Errichtung von Marinestützpunkten in Libau und Windau und eines Stützpunktes für Küstenartillerie. Der Beistandspakt mit Litauen (10. Oktober 1939) sieht die Erweiterung Litauens um das bis dahin zu Polen gehörende Wilna-Gebiet vor und die Errichtung von Land- und Luftstützpunkten zur gemeinsamen Verteidigung der litauischen Staatsgrenzen¹³⁾.

Damit war es für die sowjetischen Streitkräfte möglich, in die baltischen Staaten ihren Fuß zu setzen. Dank der militärischen Präsenz und einer bedrohlichen Streitmacht im Hintergrund fiel es der Sowjetunion im Sommer des nächsten Jahres nicht schwer, auch den Rest der Selbständigkeit der baltischen Staaten zu liquidieren. Der Vorwurf von Provokationen, Vertragsbruch und einer gegen die Sowjetunion gerichteten Politik gipfelte schließlich in einem Ultimatum, das nichts weniger als das Einverständnis der baltischen Staaten zu einem Einmarsch sowjetischer Truppen verlangte. Vom 15. Juni an wurden Litauen, Lettland und Estland innerhalb weniger Tage besetzt. Unter dem Schutz sowjetischer Besatzungstruppen erfolgte dann die Bildung von volksdemokratischen Regierungen, die Abhaltung von Einheitsblockwahlen und schließlich die Umwandlung in Sowjetrepubliken. Mit ihrer Eingliederung in die Sowjetunion auf der VI. Tagung des Obersten Sowjets (Anfang August 1940) hatte die kurze Existenz selbständiger baltischer Staaten ihr Ende gefunden¹⁴⁾.

¹⁰⁾ Vgl. W. Hofer, *Der Nationalsozialismus. Dokumente 1933—1945*, Frankfurt a. M. 1957, S. 230 f.

¹¹⁾ Vgl. a. a. O., S. 234 f.

¹²⁾ Vgl. G. von Rauch, *Geschichte der Sowjetunion*, Stuttgart 1977⁶, S. 337.

¹³⁾ Einzelheiten hierzu bei: B. Meissner, *Die Sowjetunion, die baltischen Staaten und das Völkerrecht*, Köln 1956, S. 57—67.

¹⁴⁾ Ausführliche Darstellung dieser Vorgänge bei: B. Meissner, a. a. O., S. 78—90.

Auf der gleichen Tagung des Obersten Sowjets konnte die Sowjetunion auch ihre territorialen Interessen in Südosteuropa unter Dach und Fach bringen: Bessarabien wurde in Form einer neu gebildeten Moldauer Sozialistischen Sowjetrepublik der Sowjetunion angegliedert, die Nördliche Bukowina der ukrainischen Unionsrepublik einverleibt.

Molotow hatte bereits am 23. Juni 1940 den deutschen Botschafter in Moskau wissen lassen, daß die Lösung der Bessarabienfrage keinen weiteren Aufschub gestatte, daß die Sowjetunion auch die Bukowina beanspruche (sie begnügte sich dann mit ihrem nördlichen Teil) und daß man entschlossen sei, Gewalt anzuwenden, falls die rumänische Regierung eine Einigung ablehne. Molotow konnte sich diese Sprache leisten, weil an der sowjetischen Westgrenze zu diesem Zeitpunkt an die 100 sowjetische Divisionen standen, während sich das Deutsche Reich wegen des Frankreichfeldzuges im Osten mit schwachen Verbänden begnügen mußte. Drei Tage später erhielt dann Rumänien ein entsprechendes Ultimatum, das es — auf Anraten der Reichsregierung — annahm (28. Juni 1940). Noch am gleichen Tage überschritt die Rote Armee die rumänische Grenze¹⁵⁾. Viel Zeit hatte sich Stalin beim Einstreichen der Gewinne aus seinem Pakt mit Hitler nicht gelassen.

Auch nach dem deutschen Angriff (22. Juni 1941) fand die Sowjetunion noch die Kraft, gemeinsam mit Großbritannien Persien zu besetzen (25. August 1941). Der Zweck dieser Aktion lag in der Absicht, Deutschland daran zu hindern, Persien als südliche Operationsbasis gegen die Sowjetunion zu benutzen, ihm den Zugriff auf die Ölfelder zu verwehren und für die westlichen Alliierten einen Nachschubweg vom Persischen Golf zum Kaspischen Meer zu erschließen.

Die große Stunde der sowjetischen Hegemonialpolitik schlug jedoch mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Nachdem sich das Kriegsglück gewendet hatte, war es der Sowjetunion in einer enormen Anstrengung, die auch dann imponierend bleibt, wenn man die westlichen Pacht- und Leih-Lieferungen in Rechnung stellt¹⁶⁾, gelungen ihre Streitkräfte laufend zu verstärken und entsprechend auszurüsten. Sie zählten zum Kriegsende 11 365 000 Mann¹⁷⁾ und hielten — die balti-

schen Staaten nicht mitgerechnet — 16 Länder in Europa und Asien ganz oder teilweise besetzt. Flächenmäßig handelte es sich dabei um rund drei Millionen Quadratkilometer. Allein in Europa hatte die Sowjetunion ein Gebiet von 475 300 qkm mit 24 Millionen Einwohnern annektiert und kontrollierte darüber hinaus weitere sieben Staaten (einschließlich der DDR) mit einer Fläche von 1 019 200 qkm und 91,9 Millionen Einwohnern¹⁷⁾.

Auch wenn die Sowjetunion ihre Streitkräfte bis zum Jahre 1948 auf 2 874 000 Mann demobilisierte und sich aus einigen der von ihr besetzten Staaten wieder zurückgezogen hat¹⁸⁾, verbleibt ihr, vor allem in Ost-, Südost- und Mitteleuropa, ein Hegemonialbereich, der in der neueren Geschichte seinesgleichen sucht. „Die siegreiche Offensive der sowjetischen Streitkräfte“, so heißt es in einer sowjetischen Darstellung dieser Vorgänge, „... schuf günstige Bedingungen für die Aktivierung der revolutionären Kräfte, für demokratische Umgestaltung und für die Herausbildung der volksdemokratischen Ordnung in mehreren Staaten Europas und Asiens.“²⁰⁾

Obwohl die Sowjetunion ihren neuen Hegemonialbereich keineswegs allein durch Streitkräfte gesichert hat — seine innere Umstrukturierung im Sinne der Angleichung an die eigene politische, ökonomische und soziale Struktur (Sowjetisierung), wirtschaftliche Verflechtung und Bündnisverträge erscheinen hier als mindestens ebenso wichtig —, bleiben die Streitkräfte bis heute die ultima ratio der Herrschaftssicherung.

Mit der Begründung, der imperialistische Westen habe „... Pakte und Blöcke mit klar ausgeprägter antisowjetischer Stoßrichtung...“²¹⁾ gebildet, begann die Sowjetunion ab 1949, ihre Streitkräfte erneut zu vermehren. Sie erreichten bis 1955 einen Stand von 5 763 000 Mann, der wegen der atomaren Waffenentwicklung bis 1958 wieder auf 3 623 000 reduziert wurde²²⁾. Fast genau den gleichen Umfang, nämlich 3 658 000 Mann, haben sie auch heute²³⁾.

Die Rolle der sowjetischen Streitkräfte gegenüber den kleineren Warschauer Pakt-Staaten läßt sich folgendermaßen umreißen: Seit dem

¹⁵⁾ Ausführliche Darstellung bei: Ph. W. Fabry, *Der Hitler-Stalin-Pakt 1939—1941*, Darmstadt 1962, S. 217—225.

¹⁶⁾ Vgl. z. B. G. von Rauch, a. a. O., S. 367f.

¹⁷⁾ Die Streitkräfte der UdSSR. Abriß ihrer Entwicklung von 1918—1968, o. O. 1974, S. 573.

¹⁸⁾ Vgl. G. Poser, *Die NATO*, München, Wien 1974, S. 15.

¹⁹⁾ Die Streitkräfte der UdSSR, a. a. O., S. 602 und 605.

²⁰⁾ Die Streitkräfte der UdSSR, a. a. O., S. 573.

²¹⁾ Die Streitkräfte der UdSSR, S. 631.

²²⁾ A. a. O., S. 633.

²³⁾ Vgl. *The Military Balance 1980—1981*, London 1980, S. 9.

Einmarsch in die Tschechoslowakei im Jahre 1968 haben sie den gesamten ostmitteleuropäischen Bereich, einschließlich Ungarn, besetzt. Lediglich in Bulgarien und Rumänien sind keine sowjetischen Truppen stationiert. In allen anderen Ländern unterhält die Sowjetunion ihre sogenannten Gruppen der Truppen; und zwar: die Gruppe der Truppen Nord in Polen mit zwei Panzerdivisionen, die Gruppe der Sowjetischen Truppen in Deutschland (GSTD) in der DDR mit zehn Panzerdivisionen und zehn motorisierten Schützendivisionen, die Zentralgruppe der Truppen in der Tschechoslowakei mit zwei Panzerdivisionen und drei motorisierten Schützendivisionen sowie die Südgruppe der Truppen in Ungarn mit zwei Panzerdivisionen und zwei motorisierten Schützendivisionen²⁴⁾. Hinzu kommen entsprechende Luftstreitkräfte und Rakentruppen. Die sowjetischen Seestreitkräfte üben in der Ostsee die Seeherrschaft aus. Das Stärkeverhältnis der sowjetischen Streitkräfte zu den nationalen Streitkräften ist länderspezifisch unterschiedlich und wechselt auch aufgrund der jeweiligen politischen Situation. Außerdem ist die Sowjetunion jederzeit in der Lage, aus ihren drei westlichen Militärbezirken (Baltikum, Weißrußland und Karpaten) innerhalb weniger Tage weitere 33 Divisionen nach Westen zu führen²⁵⁾.

Die Rechtsgrundlage für die Anwesenheit der sowjetischen Streitkräfte in den Staaten der Verbündeten bilden Truppenstationierungsverträge, durch die der Warschauer Pakt-Vertrag ergänzt worden ist²⁶⁾.

Auch die Organisationsstruktur des Warschauer Paktes enthält eine Reihe von Elementen, welche die Dominanz der Sowjetunion deutlich machen. So gibt es gemäß Artikel 5 des Warschauer Vertrages ein Vereintes Oberkommando für integrierte Streitkräfte. Ihm unterstehen bestimmte Einheiten in der Sowjetunion, alle sowjetischen Streitkräfte, die außerhalb der Sowjetunion in Warschauer Paktstaaten stationiert sind, die gesamte Nationale Volksarmee der DDR (seit 1958) sowie gewisse Kontingente aus anderen Bündnisländern (seit 1969). Der Oberbefehlshaber ist stets ein sowjetischer Marschall, der gleichzeitig den Posten eines der drei Ersten Stellvertreter des sowjetischen Verteidigungsministers be-

kleidet (jetziger Amtsinhaber: Marschall V. G. Kulikow).

Zum Vereinten Oberkommando gehören ein gemeinsamer Generalstab (Chef des Stabes und gleichzeitig Erster Stellvertreter des Oberbefehlshabers: Armeegeneral A. J. Gribkow) und ein Militärtrat, dessen Vorsitz wiederum beim Oberbefehlshaber der Warschauer Pakt-Truppen liegt. Auch wenn in diesen Gremien Vertreter der nationalen Volksarmeen mitarbeiten, dürfte ihr Einfluß verhältnismäßig gering sein. Die operative Planung für die Streitkräfte in Mitteleuropa erfolgt ohnehin im Verteidigungsministerium der Sowjetunion. Außerdem ist das Vereinte Oberkommando auf die Zusammenarbeit mit den sowjetischen Stäben und Verwaltungen angewiesen. Hingegen ist es dank seiner Aufgaben, die sich vornehmlich auf Koordinierung der allgemeinen Planung, Ausbildung und Kontrolle der Gefechtsbereitschaft erstrecken, sehr wohl in der Lage, auf eine Vereinheitlichung der nationalen Bündnisarmeen nach sowjetischem Vorbild hinzuwirken. In der gleichen Richtung wirkt die Standardisierung der Waffen, für die ein Komitee zur Koordinierung der Waffentechnik sorgt. Je mehr die nationalen Bündnisarmeen mit modernen Waffen ausgerüstet werden, und das ist seit Mitte der sechziger Jahre der Fall, desto stärker entwickelt sich auch auf diesem Wege der sowjetische Einfluß. Hoffnungen der Volksdemokratien, daß ihnen eine Reorganisation der Organisationsstruktur des Warschauer Paktes (März 1969) mehr Mitsprache im militärischen Entscheidungsprozeß bringen würde, haben sich nicht erfüllt.

Zur Hegemonialfunktion der sowjetischen Streitkräfte gehört auch ihr Einfluß auf die Außenpolitik der kleineren Bündnispartner. Mit Ausnahme Rumäniens, das manchmal eigene Wege geht, steht die Außenpolitik der Bündnispartner ganz im Dienste der Sowjetunion: Bei Abstimmungen in der UNO, auf multinationalen Konferenzen, beim Einbringen außenpolitischer Initiativen, bei Waffenexporten, Militärhilfe und Handelsbeziehungen verfügt hier die Sowjetunion über eine sichere Klientel formal souveräner Staaten, auf die sie sich, trotz aller Spannungen und Differenzen im einzelnen, verlassen kann. Der außenpolitische Nutzen, den die Sowjetunion daraus zieht, ist beträchtlich.

Wann immer in der Vergangenheit die Sowjetunion den Eindruck hatte, daß ihr Hegemonialbereich im östlichen Mitteleuropa gefährdet sei, hat sie vom Einsatz militärischer

²⁴⁾ Vgl. Weißbuch 1979. Zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und zur Entwicklung der Bundeswehr, hrsg. vom Bundesminister der Verteidigung, Bonn 1979, S. 115.

²⁵⁾ Vgl.: Anmerkung 24, a. a. O., S. 115.

²⁶⁾ Vgl. z. B.: Zusammenschlüsse und Pakte der Welt, Bonn, Wien, Zürich 1977, 12. Aufl., S. 24.

Gewaltmittel Gebrauch gemacht. Die jedem bekannten Vorgänge des 17. Juni 1953 in der DDR, der Ungarischen Revolution im Oktober 1956 und der Besetzung der Tschechoslowakei im August 1968 lassen keinen Zweifel daran aufkommen, daß es die Sowjetunion gegebenenfalls bei leeren Drohungen nicht bewenden läßt. Auch bei der gegenwärtigen Krise in Polen versäumt sie es nicht, ihre Entschlossenheit zu demonstrieren, die Kontrolle ihres Hegemonialbereichs notfalls durch Einsatz von Streitkräften aufrechtzuerhalten.

Um Mißverständnisse zu vermeiden: Selbstverständlich ist von der Hegemonialfunktion der sowjetischen Streitkräfte ihre Sicherheitsfunktion, das heißt die Verteidigung des sowjetischen Machtbereichs nach außen, nicht zu trennen. Beides geht Hand in Hand. Der Beweis, daß bei einem geringeren Rüstungsstand der Sowjetunion die Vereinigten Staaten ihre in den fünfziger Jahren propagierte „roll-back“-Politik nicht vielleicht doch zu realisieren versucht hätten — die ungarische Revolution von 1956 hätte dazu eine Gelegenheit geboten —, läßt sich zwar nicht führen. Fest steht jedenfalls, daß der sowjetische Hegemonialbereich im östlichen Mitteleuropa von den Westmächten bis heute de facto akzeptiert worden ist.

Aus europäischer Perspektive wird leicht übersehen, daß die Sowjetunion den Zweiten Weltkrieg auch zur Erweiterung ihres Macht- und Einflußbereiches im Fernen Osten wahrgenommen hat. Die früher zu Japan gehörenden Kurilen und Südsachalin sind bis heute Bestandteil des sowjetischen Staatsgebietes, obwohl sich die Sowjetunion anläßlich der Beendigung des Kriegszustandes mit Japan (19. Oktober 1956) zur Rückgabe der Kurilen bereit erklärt hat. Aus Nordkorea haben sich die sowjetischen Streitkräfte (sie hatten es bis zum 38. Breitengrad besetzt) zwar wieder zurückgezogen, doch reichte ihre dreijährige Anwesenheit aus, um unter ihrem Schutz mit Hilfe der Koreanischen Kommunistischen Partei in diesem Land eine Volksdemokratie zu etablieren (9. September 1948).

Auch in der sowjetischen Außenpolitik gegenüber China haben die sowjetischen Streitkräfte eine wichtige Rolle gespielt. Stalin hatte auf der Konferenz in Jalta von Churchill und

Roosevelt die Anerkennung des Status quo in der Äußeren Mongolei, die Verpachtung von Dairen als Handelshafen, Port Arthur als Flottenstützpunkt und eine gemeinsame sowjetisch-chinesische Verwaltung der Ostchinesischen und der Südmandschurischen Eisenbahn zugestanden bekommen. Nach der Kriegserklärung der Sowjetunion an Japan (8. August 1945) marschierten sowjetische Truppen in die Mandschurei ein und besetzten die gesamte Provinz innerhalb von dreizehn Tagen. Auf Grund eines Vertrages mit der chinesischen Nationalregierung in Tschunking (14. August 1945) hatte sich die Sowjetunion verpflichtet, die Mandschurei spätestens drei Monate nach der japanischen Kapitulation wieder zu räumen. Die letzten japanischen Truppen haben am 24. Oktober 1945 kapituliert. Der Abzug der sowjetischen Streitkräfte verzögerte sich jedoch dreimal, bis zum 3. Mai 1946.

Begründet wurde die längere Anwesenheit mit Transportschwierigkeiten und damit, daß sich auch amerikanische Truppen in China aufhielten. In Wirklichkeit dürften zwei Gründe für das längere Verbleiben maßgeblich gewesen sein: einmal der Abschluß der Demontage (die Mandschurei war während des Krieges von den Japanern stark industrialisiert worden), die ungefähr mit 6 Milliarden Dollar bewertet wird, zum anderen das Einsickern von chinesischen Kommunisten, zu denen die Sowjetunion offiziell keinerlei Beziehungen unterhielt. Unter dem Schutz der sowjetischen Streitkräfte konnten die chinesischen Kommunisten sowohl die von den Japanern in der Mandschurei zurückgelassenen Waffen übernehmen als auch eine von ihnen kontrollierte zivile Verwaltung errichten²⁷⁾.

Daß dem sowjetischen Versuch, in China Einfluß zu gewinnen, auf die Dauer kein Erfolg beschieden war, gehört zu den Wechselfällen der Geschichte. Immerhin besaß die Sowjetunion in dem ab 1949 kommunistisch regierten China bis in die Mitte der fünfziger Jahre einen von ihr ziemlich abhängigen Bundesgenossen (Vertrag vom 14. Februar 1950), der für ihre Außenpolitik von beträchtlichem Nutzen war. Der Beitrag, den die sowjetischen Streitkräfte in der ersten Nachkriegsphase dazu geleistet haben, sollte, nur weil die Konstellation heute anders aussieht, nicht vergessen werden.

IV. Die Bedeutung der Streitkräfte für den Aufstieg der Sowjetunion zur Weltmacht

Seit den fünfziger Jahren befindet sich die Sowjetunion auf dem Wege zur Weltmacht. Diesen Weg ermöglichten ihr vor allem militärische Anstrengungen. Bereits im Sommer 1949 konnte sie den erfolgreichen Test einer Kernspaltungsbombe verzeichnen. Im August 1953 führten die Versuche zur Herstellung einer Kernverschmelzungsbombe zu einem positiven Ergebnis. Am 26. August 1957 meldete TASS den Start einer mehrstufigen Interkontinentalrakete und am 4. Oktober des gleichen Jahres erreichte auch der erste Satellit seine Umlaufbahn. Der Westen erlebte den sogenannten Sputnik-Schock.

Die neue Waffentechnik beeinflusste auch die sowjetischen Vorstellungen vom Kriege. Auf dem XX. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (1956) erklärte Chruschtschow, daß sich zwar nicht der Charakter des Imperialismus verändert habe, dieser sei immer noch kriegslüstern, wohl aber hätten sich die Kräfteverhältnisse in der Welt im Vergleich zur Zeit Lenins geändert. Die „friedliebenden Kräfte“, angeführt von der Sowjetunion, seien nunmehr so stark, daß es eine „schicksalhafte Unvermeidbarkeit von Kriegen“ nicht mehr gäbe. Fünf Jahre später hat Chruschtschow seine Behauptung differenziert. Er meinte (in einer Rede vor Mitgliedern der Parteihochschule am 6. Januar 1961), daß keineswegs alle, sondern nur bestimmte Kriege, nämlich die internationalen (nach westlicher Terminologie der sogenannte general war) vermeidbar wären. Nationale Befreiungskriege müsse es jedoch so lange geben, so lange Imperialismus und Kolonialismus existierten. Mit dieser Doktrin legitimiert die Sowjetunion die Unterstützung von Guerilla-Bewegungen in der Dritten Welt bis heute. Zur politischen Bewältigung der neuen Waffentechnik und einer realistischen Einschätzung der von ihr ausgehenden Wirkungen benötigte die Sowjetunion einige Jahre. Erst in der Auseinandersetzung mit China konnte sie sich zu der Auffassung durchringen, daß sich die Atombombe nicht nach dem Klassenprinzip richte, sondern jeden vernichte, der in den Bereich ihrer Zerstörungskraft geriete²⁷⁾.

²⁷⁾ Vgl. Osteuropa-Handbuch. Sowjetunion: Außenpolitik 1917—1955, hrsg. von D. Geyer, Köln, Wien 1972, S. 572ff.

²⁸⁾ Eine ausführliche Darlegung des sowjetischen Standpunktes findet sich in dem Offenen Brief der KPdSU an die KP Chinas vom 14. 7. 1963. Text bei: H. Hamm/J. Kun, Das rote Schisma, Köln 1963, S. 172ff.

Welche Verwendung findet nun die neue Waffentechnologie in der Außenpolitik der Sowjetunion und welche Erfolge vermochte sie mit ihr zu erzielen?

Von der Mitte der fünfziger bis Anfang der sechziger Jahre entwickelte sich die Sowjetunion zum (ebenbürtigen) Kontrahenten der Vereinigten Staaten in der Weltpolitik. Die auf dem XX. Parteitag der KPdSU (14.—25. Februar 1956) verkündete Koexistenz-Theorie bedeutete bekanntlich keineswegs Bewahrung des Status quo, sondern „günstigere Kampfmöglichkeiten“ zur Ausweitung des sozialistischen Lagers, wenngleich unter Vermeidung eines großen Krieges, so doch mit Deckung und unter Einsatz militärischer Mittel als Drohung. Dazu boten ihr drei weltpolitische Krisen Gelegenheit: eine Nah-Ost-Krise, eine Berlin-Krise und die Kuba-Krise.

Die Nah-Ost-Krise

Die Sowjetunion nutzte den arabischen Sozialismus, der auch starke sozialrevolutionäre Züge aufwies, indem sie sich für ihn zunächst propagandistisch engagierte, dann ökonomisch durch den Ankauf ägyptischer Produkte (Baumwolle), die im Westen nicht absetzbar waren, und schließlich durch die Lieferung von Waffen.

Da sie selber — zumindest offiziell — als Waffenlieferant nicht in Erscheinung treten wollte, veranlaßte sie die Tschechoslowakei, mit Ägypten ein entsprechendes Abkommen zu schließen. Im Frühjahr 1956 meldete das sowjetische Außenministerium Interesse an Mitsprache im Nahen Osten an. Als Israel, Großbritannien und Frankreich im Schatten der ungarischen Revolution Ende Oktober 1956 in Ägypten militärisch eingriffen — es ging um die Wiederherstellung der Kontrolle über den Suez-Kanal —, ließ Bulganin die drei Regierungen wissen, daß die Sowjetunion fest entschlossen sei, die Aggressoren durch Gewaltanwendung zu zerschlagen und den Frieden wiederherzustellen. Außerdem richtete er an Großbritannien die Frage, was es wohl dazu sagen würde, wenn es von einem stärkeren Land etwa mit Raketenwaffen angegriffen werden sollte (Schreiben vom 5. November 1956). Gleichzeitig schlug Bulganin den Vereinigten Staaten vor, gegen die Aggressoren militärisch gemeinsam vorzugehen. Seine Begründung lautete, beide Länder wären Groß-

mächte und besäßen „alle modernen Waffengattungen, einschließlich Atom- und Wasserstoffwaffen“²⁹⁾. Sie trügen für die Wiederherstellung des Friedens im Nahen Osten deshalb eine besondere Verantwortung.

Die Vereinigten Staaten haben diese Aufforderung abgelehnt und zur Regelung des Nah-Ost-Problems auf die Vereinten Nationen verwiesen. Immerhin dürfte unter den zahlreichen Gründen, die sie davon abgehalten haben, die ägyptische Aktion ihrer westlichen Verbündeten zu unterstützen, auch die Befürchtung eine Rolle gespielt haben, in einen Konflikt mit der anderen Atommacht zu geraten. Die sowjetische Führung, so geht es jedenfalls aus ihren offiziellen Äußerungen hervor, war fest davon überzeugt, durch die Drohung mit militärischer Gewalt den Frieden im Nahen Osten wiederhergestellt und den Ausbruch eines neuen Weltkrieges verhindert zu haben³⁰⁾.

Der Nah-Ost-Konflikt schwelte jedoch weiter, und die Vereinigten Staaten wurden in zunehmendem Maße in ihn hineingezogen. Bereits die Linksschwenkungen in Ägypten und Syrien und der Zusammenschluß der beiden Staaten zur Vereinigten Arabischen Republik wirkten auf die Westmächte irritierend und ließen sie gegen die sowjetische Nah-Ost-Politik mißtrauisch werden. Durch den Sturz der prowestlichen Monarchie im Irak (14. Juli 1958) wurde der Bagdad-Pakt in seinem Zentrum getroffen. Noch am gleichen Tage ersuchte der libanesischer Präsident Chamoun die Vereinigten Staaten um die Entsendung von Truppen. Zwei Tage später erging ein gleiches Ersuchen seitens Jordaniens an Großbritannien. Beiden Ersuchen wurde stattgegeben.

Gegen dieses Vorgehen der Westmächte erhob die Sowjetunion Protest. Sie erklärte, daß sie gegenüber Ereignissen, die in einem ihr benachbarten Raum eine Gefahr heraufbeschwören würden, nicht teilnahmslos bleiben könne; sie hielt im Kaukasus und in Turkestan Manöver ab. Überdies machte Chruschtschow — wieder — darauf aufmerksam, daß sowohl die Vereinigten Staaten als auch die Sowjetunion über Atom- und Wasserstoffbomben verfügen würden; er verlangte, um einen Krieg zu vermeiden, die sofortige Einberufung einer Gipfelkonferenz, an der auch Macmillan, de Gaulle und der indische Ministerpräsident

Nehru teilnehmen sollten. Auch wenn das Projekt einer Gipfelkonferenz vor allem am Desinteresse der Amerikaner scheiterte, so zeigt es doch, worauf die Sowjetunion hinaus wollte. Ihr Ziel hieß Ebenbürtigkeit mit der anderen Weltmacht.

Die Berlin-Krise

Ende der fünfziger Jahre wechselten die Initiativen der sowjetischen Außenpolitik auf einen anderen Schauplatz. Grund dafür war der Entschluß der Vereinigten Staaten, angesichts der sowjetischen Waffenentwicklung die europäische NATO-Front zu verstärken. Sie beschlossen, dem Oberbefehlshaber in Europa Nuklearwaffen und Mittelstreckenraketen zur Verfügung zu stellen, wobei die Sprengköpfe selbst unter amerikanischem Verschuß bleiben sollten (19. November 1957). Als sich im März 1958 abzeichnete, daß in dieses Programm auch die Bundesrepublik einbezogen wird, begann die sowjetische Außenpolitik fieberhafte Aktivitäten zu entfalten³¹⁾. Notenwechsel, Reden, Presseerklärungen, Initiativen im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, Abrüstungsvorschläge sollten die Realisierung der Aufrüstung verhindern. Vermutlich versuchte Chruschtschow sogar, die Chinesen zu überreden, sich in Sachen Atomwaffen ganz auf die Sowjetunion zu verlassen und den — mit sowjetischer Unterstützung begonnenen — Bau einer eigenen Atombombe einzustellen. Auf diese Weise hätte er den Vereinigten Staaten für den Verzicht auf eine Aufrüstung in Europa ein Tauschobjekt anbieten können. Allerdings traf er damit in China auf taube Ohren³²⁾. Als alle Bemühungen, die NATO von ihrem Vorhaben abzubringen, mißlang, setzte er an der schwächsten Stelle des Westens, in Berlin, an. Die zweite Berlin-Krise begann. Auch sie war nur auf dem Hintergrund von starken, sich möglicherweise dem Westen sogar überlegen fühlenden Streitkräften denkbar, deren angedrohten Einsatz der Gegner auch ernst nehmen mußte.

Chruschtschow hatte die Absicht, West-Berlin in eine „selbständige politische Einheit“ umzuwandeln. Aus diesem Grunde sollten die Westmächte innerhalb eines halben Jahres ihre Truppen aus West-Berlin abziehen. Geschähe dies nicht, würde die Sowjetunion mit der DDR einen Friedensvertrag schließen und

²⁹⁾ Vgl.: Osteuropa-Handbuch. Sowjetunion. Außenpolitik 1955—1973, Köln, Wien 1973, S. 7f. Fortan: Osteuropa-Handbuch.

³⁰⁾ Vgl.: Osteuropa-Handbuch, S. 9.

³¹⁾ Eine ausführliche Darstellung des sowjetischen Vorgehens bei: J. M. Mackintosh, Strategie und Taktik der sowjetischen Außenpolitik, Stuttgart 1963, S. 195 ff.

³²⁾ Vgl. Osteuropa-Handbuch, S. 13f.

ihr die Kontrollrechte über die westlichen Militärtransporte nach West-Berlin übertragen. Sollten die Westmächte die dann kontrollierenden DDR-Organen nicht zur Kenntnis nehmen, käme es zur Anwendung von Waffengewalt. Im übrigen würde die Sowjetunion jeden Aggressionsakt auf einen beliebigen Teilnehmerstaat des Warschauer Vertrages als einen Überfall auf alle ansehen und entsprechende Maßnahmen ergreifen (sowjetische Note an die USA vom 27. November 1958). Ähnliche Drohungen und Einschüchterungsversuche waren aus Moskau in den nächsten Wochen und Monaten noch häufiger zu hören. Reihum ließ Chruschtschow die europäischen NATO-Staaten wissen, daß er sich im Kriegsfall nicht scheuen würde, jeden von ihnen dem Erdboden gleichzumachen, der auf seinem Territorium amerikanische Stützpunkte geduldet habe³³).

Unmittelbar erreichte Chruschtschow mit seinem Vorgehen in Berlin nichts. Die Berlin-Krise machte die Grenzen deutlich, die jedem Versuch gezogen sind, mittels atomarer Drohung einem gleich gerüsteten Gegner Vorteile abzutrotzen, die den Nerv seiner politischen Lebensinteressen tangieren. Die Präsenz der Westmächte in Berlin hat sich als ein solches Interesse erwiesen. Die Abschreckung funktionierte, und die Sowjetunion mußte sich wieder aufs Verhandeln verlegen. Ähnliches widerfuhr ihr auch in der dritten Krise.

Die Kuba-Krise

Sie begann mit einem zunehmenden Interesse der Sowjetunion an der Zuckerinsel, das nach einem Besuch Mikojans in der Unterzeichnung eines Handels- und Zahlungsabkommens Ausdruck fand (13. Februar 1960), dem ähnliche Verträge mit anderen kommunistisch regierten Ländern folgten. Die Sowjetunion verpflichtete sich, von Kuba Zucker zu kaufen; ihrerseits lieferte sie Rohöl, Maschinen, Industrieanlagen und andere Güter. Im Sommer 1960 traf in Kuba die erste Schiffsladung mit Gewehren aus der Tschechoslowakei ein. Andere Waffenlieferungen folgten. Chruschtschow erklärte, die sowjetischen Streitkräfte seien, „bildlich gesprochen“, notfalls auch imstande, von der Sowjetunion aus dem kubanischen Volke mit Interkontinentalraketen Feuerschutz zu geben (9. Juli 1960). Aus dieser Erklärung eine Interventionsgarantie zu konstruieren, gelang Castro jedoch

nicht. Gegen Jahresende unterzeichnete Moskau mit Kuba weitere Abkommen, in denen die Abnahmequote für Zucker erhöht wurde, und ein Kommuniqué versprach den Kubanern, wenn auch in etwas schwacher Form, daß Beistand ein „wichtiger Aspekt“ der sowjetischen Hilfe sei (19. Dezember 1961).

Trotz einer zeitweisen Verschlechterung der sowjetisch-kubanischen Beziehungen in der ersten Jahreshälfte 1962 dürften die ersten Überlegungen über Möglichkeiten und Risiken eines militärischen Engagements in Kuba in der sowjetischen Führung im April 1962 begonnen haben. Der Entschluß, in Kuba Mittel-(MRBM) und Langstreckenraketen (IRBM) zu stationieren, ist dann wohl im Mai/Juni gefallen — wahrscheinlich ohne vorhergehende Abstimmung mit Castro. Obwohl sich die Sowjetunion die Verfügungsgewalt über die Waffen und die Bedienungsmannschaft vorbehielt, gab Castro sein Einverständnis. Einige SAM-Luftabwehrraketen wurden bereits Ende August in Stellung gebracht; Anfang September trafen die ersten Boden-Boden-Raketen ein. Insgesamt brachten sowjetische Frachter 42 Mittelstreckenraketen, 42 Düsenbomber (Il-28) und rund 20 000 Mann Militärpersonal nach Kuba.

Als Kennedys „Quarantäne“ am 23. Oktober in Kraft trat, waren jedoch erst zwei MRBM einsatzbereit. Die letzten Schiffe der sowjetischen Transportflotte mußten umkehren, so daß weitere sechs MRBM und sämtliche vorgesehene 16 IRBM ihre kubanischen Bestimmungshäfen nicht mehr erreichten³⁴). Das Unternehmen war gescheitert.

Wäre es geglückt, hätte die Sowjetunion mit einem Schlag das strategische Übergewicht der amerikanischen Raketenrüstung ausgleichen können, das Berlin-Problem hätte sich in einem neuen Licht dargestellt und die Einflußmöglichkeiten in Lateinamerika wären um ein Vielfaches gestiegen. Doch wiederum wurde deutlich, daß die Abschreckung funktionierte und sich durch atomare Drohungen gegen einen gleich gerüsteten Gegner unmittelbar greifbare Vorteile nicht erzielen lassen. Wohl ergaben sich für die Sowjetunion aus der Demonstration ihres Waffenarsenals langfristige Vorteile.

Zieht man im Sinne unserer Frage, welche Bedeutung die Streitkräfte in der Außenpolitik der Sowjetunion haben, die Schlußfolgerung,

³³) Ausführliche Darstellung der sowjetischen Drohungen bei: H. Speier, Die Bedrohung Berlins, Köln, Berlin 1961, S. 31 f.

³⁴) Aus: Osteuropa-Handbuch, S. 859. Dort auch eine ausführliche Darstellung der Kuba-Krise mit weiterführender Literatur.

so ist festzustellen, daß es der Sowjetunion innerhalb eines knappen Jahrzehnts gelungen ist, aus ihrer Begrenzung auf den osteuropäisch-nordasiatischen Raum herauszutreten und sich zum weltpolitischen Gegenspieler der Vereinigten Staaten zu profilieren. Im Nahen Osten ist sie seit der Suez-Krise (1956) der große Rivale geblieben. In Europa vermittelte die Berlin-Krise (1958—1961/62) den westlichen Staaten den nachhaltigen Eindruck, daß in absehbarer Zeit an eine Wiedervereinigung Deutschlands nicht zu denken und zumindest eine De-facto-Anerkennung der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands kaum zu umgehen sein dürfte. Die Genfer Außenministerkonferenz von 1959 war denn auch die letzte

Zusammenkunft der Siegermächte, auf der die Regelung der Deutschlandfrage einen Tagesordnungspunkt bildete. Auch die Kuba-Krise endete für die Sowjetunion keineswegs nur mit einem (vorübergehenden) Prestigeverlust. Es gelang ihr, ihre Beziehungen zu Kuba zu festigen und seine Vasallität, wie sich später herausstellte, für weitere Expansionen zu nutzen. In den sich ebenfalls aus der Kuba-Krise herausentwickelnden Rüstungskontrollverhandlungen tritt die Sowjetunion gegenüber den Vereinigten Staaten als einziger ebenbürtiger und gleichberechtigter Kontrahent auf. Kurz: der außenpolitische Einsatz ihrer Streitkräfte hat ihr zum Status einer Weltmacht verholfen.

V. Zur Bedeutung der Streitkräfte im Zeichen sowjetischer Weltmachtspolitik

Seitdem die Sowjetunion als Weltmacht agiert, ist die Bedeutung der Streitkräfte in der sowjetischen Außenpolitik um ein Vielfaches gestiegen. In dem gleichen Maße, in dem die Außenpolitik globaler, vielschichtiger und mehrbödiger geworden ist, rückte auch der militärische Faktor in den Vordergrund. Die klassische Funktion der Verteidigung der Sowjetunion gegenüber dem kapitalistischen Westen hat durch die notwendig gewordene Sicherung gegenüber China einen neuen Aspekt gewonnen. Die Hegemonialfunktion im ostmitteleuropäischen Machtbereich ist — wie die Vorgänge in Polen zeigen — problematischer geworden. Schutz und Unterstützung von revolutionären Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt erfordern ständig wachsende Mittel und Anstrengungen. In Afghanistan müssen die sowjetischen Streitkräfte gegen die islamischen Guerillas kämpfen und die außenpolitische Expansion in Afrika erfordert den Ausbau der Seestreitkräfte, einer Waffengattung, die bisher vernachlässigt war. Auch durch die Gleichzeitigkeit von Rüstungskontrolle und die Aufrüstung ist die sowjetische Militärpolitik im letzten Jahrzehnt nicht gerade übersichtlicher geworden. Um die Fülle von Planungen, Verhandlungen, Verträgen, Maßnahmen, Einsätzen und Aktivitäten etwas zu ordnen, soll im letzten Abschnitt unsere Untersuchung nicht mehr der Chronologie, sondern der Geographie folgen. Auf diese Weise tritt auch der globale Charakter der sowjetischen Außenpolitik zutage.

China

Seit der zweiten Hälfte der sechziger Jahre häuften sich an der chinesisch-sowjetischen Grenze die Zwischenfälle. Ein sowjetischer Autor behauptet, daß allein im Jahre 1967 die Chinesen die sowjetische Grenze etwa zweitausendmal verletzt hätten. Die Möglichkeit eines sowjetisch-chinesischen Krieges wurde von beiden Seiten nicht mehr ausgeschlossen. Im Frühjahr 1969 ereignete sich der dramatische Schußwechsel am Ussuri, bei dem 31 sowjetische Soldaten getötet und 14 verletzt wurden (2. März 1969). Wahrscheinlich sind die meisten Grenzprovokationen von den Chinesen ausgegangen. Die Sowjetunion versuchte, das Problem auf dem Verhandlungswege zu lösen, gleichzeitig drohte sie mit Krieg.

Zu den Signalen, die den Ernst der Drohung unterstreichen sollten, gehörte ein von ihr arrangierter Zwischenfall an der Grenze zur Provinz Sinkiang (13. August 1969), die Übertragung des Kommandos im fernöstlichen Militärbezirk an den General der Raketentruppen V. F. Tolubko und Sondierungen sowjetischer Diplomaten in den westlichen Hauptstädten, wie man sich im Falle eines sowjetischen begrenzten Präventivschlages auf China verhalten würde. Schließlich erschien in den Londoner „Evening News“ (vom 16. September 1969) ein Artikel des Moskauer Journalisten Victor Louis, der auf die Möglichkeit hinwies, daß die Sowjetunion — ähnlich wie in der Tschechoslowakei — auch in China intervenieren könn-

te. Nach diesen Warnschüssen hielt es China für ratsam, sich an den Verhandlungstisch zu begeben. Das sowjetisch-chinesische Verhältnis wurde auf der Staatsebene zunächst einmal „normalisiert“.

Haben damit die sowjetischen Kriegsdrohungen tatsächlich den gewünschten Erfolg gehabt? Selbst wenn man davon ausgeht, daß China über kurz oder lang seine durch die Kulturrevolution herbeigeführte außenpolitische Isolierung ohnehin aufgeben hätte und wieder in die internationale Politik zurückgekehrt wäre, so war es für die sowjetische Politik sicher kein Vorteil, diesen Vorgang zu beschleunigen. China suchte für den Fall eines sowjetischen Angriffs nach Bundesgenossen. Es arrangierte sich in der Grenzfrage mit der Sowjetunion und näherte sich gleichzeitig den Vereinigten Staaten³⁵⁾. Damit traf es eine Entscheidung, welche die bipolare Struktur einer von zwei Weltmächten dominierten internationalen Politik auflöst und einer von drei Weltmächten geprägten Konstellation zustrebt. Daß sich für die Sowjetunion dieses Problem auf Dauer mit noch mehr Rüstung lösen ließe, ist wenig wahrscheinlich.

Indochina

Je mehr sich die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und China verschlechterten, desto wichtiger wurde für die Sowjetunion das Engagement in Indochina. Während des Vietnam-Krieges haben beide Mächte versucht, im Kampf um die Führung im Weltkommunismus und um ihre Rolle in der Dritten Welt Nordvietnam auszunutzen. Obwohl die chinesische Militärhilfe (nach chinesischen Angaben) doppelt so hoch wie die sowjetische war, ist es der Sowjetunion vor allem nach der Beendigung des Vietnam-Krieges gelungen, den Chinesen in Vietnam das Wasser abzugraben. Die Einstellung jedweder chinesischer Hilfe, der Abzug der chinesischen Ingenieure (1978) und schließlich die chinesische „Strafaktion“ (1979) ermöglichten es der Sowjetunion, aus Vietnam eine Art asiatisches Kuba zu machen. Hanoi wurde Mitglied des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe und schloß mit der Sowjetunion einen Freundschafts- und Kooperationsvertrag (3. November 1978), der auch eine militärische Beistandsverpflichtung enthält.

³⁵⁾ Ausführliche Darstellung des sowjetisch-chinesischen Grenzproblems bei: D. Heinzig, Der chinesisch-sowjetische Grenzkonflikt. Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln 17/1979.

Die sowjetische Militärhilfe für Vietnam betrug (ohne Wirtschaftshilfe) in den Jahren 1965—1975 insgesamt 5 Milliarden Dollar. Sie wird heute zwischen 0,6 Milliarden (amerikanische Angaben) und 1,1 Milliarden (thailändische Angaben) geschätzt. In Vietnam, Laos und Kambodscha sind heute etwa 6 000—8 000 sowjetische Berater tätig. Die Sowjetunion nutzt in Vietnam die Häfen Da Nang und Cam Ranh Bay, die von den Amerikanern mit modernen Einrichtungen ausgestattet worden sind, als Flottenbasen. In Kambodscha kontrolliert sie den Hafen Kompong Som. Die Operationsmöglichkeiten der sowjetischen Seestreitkräfte im Südchinesischen Meer werden durch die günstige Lage dieser Häfen, die sich ungefähr auf halbem Wege zwischen den sowjetischen Stützpunkten an der Ostküste Indiens und Wladiwostok befinden, wesentlich verbessert. Die Zahl der Besuche sowjetischer Kriegsschiffe in vietnamesischen Häfen hat sich im letzten Jahr verdoppelt. Die Region wird von sowjetischen Aufklärungsflugzeugen vom Typ Tu-95 überwacht, die auf vietnamesischen Flugplätzen stationiert sind³⁶⁾. Der politische Nutzen der militärischen Präsenz der Sowjetunion in Indochina liegt in einem gewissen Mitspracherecht in Asien, in der Hebelwirkung gegen China, das gleichzeitig an einer Ausdehnung nach Süden gehindert wird, und nicht zuletzt in der Kontrolle wichtiger Seewege, einschließlich der Straße von Malakka.

Mittlerer und Naher Osten

Eine besonders augenfällige Nutzung militärischer Macht erfolgte im Mittleren Osten, als sowjetische Streitkräfte am 27. Dezember 1979 in Afghanistan einmarschierten. Für den sowjetischen Einmarsch dürften im wesentlichen folgende Gründe maßgeblich gewesen sein: das kommunistische, prosowjetische Regime Amin-Karmal war durch den wachsenden Widerstand der islamischen Glaubenskämpfer gefährdet. Bei seinem Sturz wäre möglicherweise auch die enge wirtschaftliche Verflechtung mit der Sowjetunion aufgelöst worden. Ihr Wert lag vornehmlich in der Lieferung afghanischen Erdgases — bis 1985 sollten es 70 Milliarden Kubikmeter sein —, das in der Sowjetunion zur Energieversorgung der transkaukasischen und zentralasiatischen Republiken verwendet wird. Vielleicht hoffte sie auch, auf diese Weise ein Übergreifen der „Reislamisierungsbewegung“ auf ihre eigene

³⁶⁾ Vgl.: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 23. 4. 1981, S. 10.

islamische Bevölkerung besser verhindern zu können. Schließlich lag Afghanistan in der alten strategischen Stoßrichtung des zaristischen Rußland nach den „warmen Meeren“, die von der Außenpolitik der Sowjetunion allenthalben weiterverfolgt wird. Mit modernen Waffen und 85 000 Soldaten, die nach Afghanistan gebracht wurden, sowie entsprechenden Truppenkonzentrationen an der sowjetisch-afghanischen Grenze ließ sich das Unternehmen bewerkstelligen³⁷⁾.

Mit der Besetzung hat die Sowjetunion nicht nur einige akute Probleme „gelöst“, sondern auch ihre Ausgangslage für weitere Expansionen — sollte sie solche beabsichtigen — verbessert. Der Iran könnte jetzt von zwei Seiten angegriffen werden; die Straße von Hormuz, durch die 60% des für Westeuropa bestimmten Öls befördert werden, ist näher gerückt (Luftlinie bis Afghanistan 700 km); auch der Jemen und Äthiopien lassen sich besser erreichen. Vom afghanischen Sprungbrett aus ließe sich aber auch ein unter sowjetischer Kontrolle stehender Küstenstaat Beludschistan mit sowjetischen Flotten- und Luftstützpunkten am Arabischen Meer ins Leben rufen³⁸⁾. Spekulationen sind hier kaum Grenzen gezogen.

Im Nahen Osten sind es vor allem folgende Staaten, in denen die militärische Präsenz der Sowjetunion eine Rolle spielt oder gespielt hat: Syrien, der Irak, die beiden Jemen und Ägypten. Daraus ergibt sich, daß die sowjetische Politik dort mit der der Vereinigten Staaten rivalisiert und gegen Israel gerichtet ist.

Ägypten war für die Sowjetunion in dieser Region lange Zeit der wichtigste Verbündete. Entsprechend wurde es auch mit Militärhilfe bedacht. Als sich die Beziehungen der beiden Staaten abkühlten (seit 1974) und die Israelpolitik Sadats zusehens in eine den sowjetischen Interessen entgegengesetzte Richtung lief, stellte die Sowjetunion die Militärhilfe ein. Daraufhin hat Ägypten seinen Freundschafts- und Kooperationsvertrag mit der Sowjetunion (vom 27. Mai 1971) gekündigt (am 15. März 1976).

Die ersten Lieferungen sowjetischer Waffen in den Nahen Osten (Ägypten, Syrien, Jemen) erfolgten im Februar 1956, also noch vor der Suez-Krise. Seitdem wurden sie trotz der sich häufig ändernden Konstellationen über die

³⁷⁾ Vgl.: P. Lange, Afghanistan — Weltmachtpolitik ohne Gespür, in: Außenpolitik 1/1981, S. 79 — in der Literatur werden auch andere Zahlen genannt.

³⁸⁾ Vgl. zur neuesten Entwicklung: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 30. 5. 1981, S. 10.

Jahre hinweg, wenn auch mit unterschiedlicher Intensität und wechselnden Schwerpunkten, bis in die Gegenwart fortgeführt. Bemerkenswert ist, daß die Sowjetunion auch an Regierungen Waffen lieferte, welche die Kommunistische Partei im eigenen Lande verfolgten. Die sowjetische Militärhilfe ist ein schlagendes Beispiel dafür, daß die sowjetische Außenpolitik zwar ideologisch legitimiert wird, in Wahrheit jedoch imperialen Weltmachtinteressen folgt.

Die Sowjetunion sieht im Nahen Osten eine ihrer Interessensphären. Die Positionen, die sie dort — vor allem durch ihre Militärpolitik — einnimmt, lassen sie wie folgt skizzieren: Zum wichtigsten Partner der Sowjetunion hat sich nach der Kursänderung Ägyptens Syrien entwickelt. Über Syrien kann die Sowjetunion Druck auf Israel ausüben und ihr Mitspracherecht im Nahen Osten geltend machen. Syrien befürwortet die Einberufung der Genfer Nah-Ost-Konferenz, steht auf seiten der PLO und vertritt in der Arabischen Liga einen gegen die konservativen Mitgliedstaaten gerichteten Kurs. Die syrisch-sowjetischen Beziehungen gipfelten im Abschluß eines Freundschafts- und Kooperationsvertrages (8. Oktober 1980), der auch eine Vereinbarung über militärische Zusammenarbeit enthält. Sie lautet: „Die Hohen Vertragschließenden Seiten werden die Zusammenarbeit auf dem militärischen Gebiet auf der Grundlage von entsprechenden Abkommen, die zwischen ihnen abgeschlossen werden, im Interesse der Festigung ihrer Verteidigungsfähigkeit weiterentwickeln.“³⁹⁾

Die Sowjetunion hatte Syrien ohnehin in den letzten Jahren aufgerüstet, so daß auch heute schon — von geringfügigen Ausnahmen abgesehen — das gesamte Waffenarsenal der 247 000 Mann starken syrischen Armee sowjetischer Herkunft ist⁴⁰⁾.

Auch der Irak ist mit der Sowjetunion durch einen Freundschafts- und Kooperationsver-

³⁹⁾ Vgl.: G. Linde, Das Viereck Moskau-Damaskus-Bagdad-Teheran und die Kräftekonstellation in Mittelest. Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln 40/1980, S. 39.

⁴⁰⁾ Vgl.: The Military Balance 1980—1981, London 1980, S. 48. Danach handelt es sich um: 2 290 Panzer der Typen T-54/-55, T-62 und T-72; 395 Kampfflugzeuge vom Typ MIG-17, MIG-21 PF, MIG-21 MF, MIG-23, MIG-25, Su-7 und Su-20; 32 Luftabwehr-Batterien mit Boden-Luftraketen vom Typ SA-2/-3/-6 und -9; 2 Raketenregimenter mit Scud und FROG Lenk Waffen; 2 Fregatten, 18 Korvetten, 8 Torpedoboote und 3 Minensucher.

trag verbunden (9. April 1972). Allerdings ist die sowjetische Position hier schwächer als in Syrien. Die Kommunistische Partei wird im Irak verfolgt (seit Mai 1978), weil tatsächliche oder angebliche Pläne eines kommunistischen Putschversuches bekannt wurden, der im Einvernehmen mit der Sowjetunion stattfinden sollte. Außenpolitisch gibt es Differenzen wegen der — nach sowjetischer Auffassung — zu radikalen Israel-Politik des Irak, der sowjetischen Unterstützung Syriens, mit dem der Irak verfeindet ist, wegen der Waffenkäufe des Irak im Westen und der sowjetischen Politik im Südjemen und in Äthiopien⁴¹⁾.

Der Irak tendiert zu einer Politik, die den Rückzug der Großmächte, also auch der Sowjetunion, aus dem Nahen Osten anstrebt und auf eine von arabischen Staaten garantierte Neutralität⁴²⁾ dieser Region hinausläuft („Pan-arabische Deklaration“ vom 8. Februar 1980).

Auch mit dem Krieg gegen den Iran ist die Sowjetunion nicht ganz einverstanden. Sie meint, es handele sich um imperialistische Machenschaften, in die sich der Irak habe hineinziehen lassen⁴³⁾. Trotz dieser Differenzen haben beide Seiten versucht, einen Bruch zu vermeiden. Obwohl der Irak zu größeren Waffenkäufen im Westen übergegangen ist (seit 1978), kämpfen seine 200 000 Mann zählenden Streitkräfte immer noch mit vorwiegend sowjetischen Waffen⁴⁴⁾.

Einen festen Brückenkopf besitzt die Sowjetunion auf der arabischen Halbinsel in der *Demokratischen Volksrepublik Jemen* (Südjemen). Die dort herrschende kommunistische Regierung ist auch durch intensive Parteibeziehungen mit der Sowjetunion verbunden, ebenso durch einen Freundschafts- und Kooperationsvertrag (25. Oktober 1979). Der Sicherheitsdienst wird durch sowjetische und DDR-Berater kontrolliert; außerdem befinden sich etwa 400 sowjetische und 250 kubanische

Militärberater im Lande⁴⁵⁾. Die militärische Präsenz im südlichen Jemen ist für die Sowjetunion aus mehreren Gründen wertvoll. Von hier aus läßt sich sowohl der Ausgang des Roten Meeres (Aden) wie auch die Golfregion kontrollieren. Anscheinend ist die Sowjetunion dabei, ihre Stützpunkte im Südjemen weiter auszubauen. Gemeldet wurden der Ausbau des Flughafens von Aden für sowjetische Langstreckenflugzeuge, die Installierung eines Frühwarnsystems und die Aufstellung mehrerer Raketenbatterien. Bei Mukalla sollen weitere Luft- und Marinebasen entstehen, auch von einem Flottenstützpunkt gegenüber der Insel Perim ist die Rede, der Atom-U-Boote und flugkörperbestückte Überwasserschiffe aufnehmen soll. Ein elektronisches Überwachungssystem auf der Insel Sokotra soll bis in den Persischen Golf und nach Somalia hineinreichen. In Aden soll sich auch das Hauptquartier für die sowjetischen Operationen im Persischen Golf und am Horn von Afrika befinden, das mit etwa 1 500 sowjetischen, 1 000 kubanischen und 750 ostdeutschen Militärs besetzt sein dürfte⁴⁶⁾.

Von Südjemen gehen — mit sowjetischer Billigung — auch kriegerische Aktivitäten aus. In Richtung Osten unterstützt Südjemen eine Guerillabewegung in Oman, indem er die Guerillas ausbildet und ihnen Waffen liefert. Im Westen sind südjemenitische Truppen in den Nordjemen eingedrungen (23. Februar 1979). Dort hat die prokommunistische „Demokratische und nationale Befreiungsfront“ die Gelegenheit ergriffen, sich gegen die Regierung zu erheben. Durch amerikanische Waffenlieferungen an den Nordjemen und diplomatischen Druck anderer arabischer Staaten wurden die Kampfhandlungen inzwischen wieder eingestellt⁴⁷⁾.

Waffen hat die Sowjetunion sowohl an den Nordjemen als auch an den Südjemen geliefert — mehr jedoch an den Südjemen, dessen Streitkräfte fast ausschließlich mit sowjetischen Waffen ausgerüstet sind⁴⁸⁾.

Delikat ist die Situation im Nordjemen, dessen Streitkräfte mit sowjetischen und amerikani-

⁴¹⁾ Vgl.: G. Linde, a. a. O., S. 20 ff.

⁴²⁾ Vgl.: Strategic Survey 1980—1981, London 1981, S. 56.

⁴³⁾ Vgl.: Archiv der Gegenwart, Folge 44/1980, 23 940 A.

⁴⁴⁾ Vgl.: The Military Balance 1980—1981, London 1980, S. 42 f. Von 3 000 Panzern sind 2 650 sowjetischer Herkunft (100 T-34, 2 500 T-54/-55/-62, 50 T-72). Die Luftabwehr ist mit sowjetischen Raketen bestückt (Typen: SA-2/-3/-6/-7). Aus der Sowjetunion kommt die gesamte Flotte (12 Korvetten, 5 Patrouillenboote, 10 Küstenwachboote, 12 Torpedoboote, 5 Minensucher und 4 Landungsboote). Ebenso verfügt die Luftwaffe fast ausschließlich über sowjetische Maschinen (12 Tu-22, 10 Il-28, 80 MiG-23 B, 40 Su-7 B, 60 Su-20, 15 MiG-21, 12 Il-76, 2 Tu-124 und 13 Il-14).

⁴⁵⁾ Vgl.: World Armaments and Disarmament, SIPRI Yearbook 1980, London 1980, S. 101.

⁴⁶⁾ G. Linde, Sowjetische Politik auf der arabischen Halbinsel. Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, 44/1978, S. 5 f.

⁴⁷⁾ G. Linde, Sowjetische Nahostpolitik nach Camp David. Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, 23/1979, S. 22 f.

⁴⁸⁾ Vgl.: The Military Balance 1980—1981, London 1980, S. 50. Es handelt sich um: 375 Panzer der Typen

schen Waffen ausgerüstet sind und ebenso von amerikanischen und sowjetischen Militärberatern trainiert werden⁴⁹⁾.

Mittlerer und Naher Osten sind nicht zuletzt dank der sowjetischen Militärpolitik eine neutralistische Zone der Weltpolitik. Vor allem durch Waffenlieferungen vermochte die Sowjetunion einige Staaten auf ihren außenpolitischen Kurs festzulegen, so daß sie über den arabisch-israelischen Konflikt die Spannungen in dieser Region erhalten, notfalls auch erhöhen kann. Genauso wichtig ist für sie die Möglichkeit, von ihren Flotten- und Luftstützpunkten aus den Persischen Golf und das Rote Meer zu kontrollieren und damit auf den Nerv der westlichen und japanischen Ölversorgung zu drücken. Die USA, in zunehmendem Maße wohl auch andere NATO-Staaten, sind deshalb gezwungen, in den Mittleren und Nahen Osten einen großen Teil ihrer diplomatischen, ökonomischen und auch militärischen Energien zu investieren. Außerdem ist der Nahe Osten für die Sowjetunion ein Sprungbrett nach Afrika.

Afrika und die sowjetische Flottenpolitik

Zu den klassischen Verhaltensmustern sowjetischer Außenpolitik gehört die Unterstützung Revolutionärer Befreiungsbewegungen. Die Dekolonisierung Afrikas nach dem Zweiten Weltkrieg bot ihr dazu reichlich Gelegenheit. Allerdings hat die Sowjetunion keineswegs jede Befreiungsbewegung unterstützt, auch nicht jede marxistisch orientierte, sondern lediglich solche, von denen sie sich außenpolitischen Nutzen versprach. Was die sowjetische Afrikapolitik unter anderem bezweckte, wurde spätestens Mitte der siebziger Jahre deutlich, als sie rings um Afrika zu einer Reihe von Küstenstaaten besonders „gute Beziehungen“ hergestellt hatte. Gestützt auf diese Länder wäre die Sowjetunion in einem Krieg in der Lage, die Verbindungslinien zwischen den USA und Europa im Atlantik zumindest empfindlich zu stören. Das gleiche gilt auch für den Seeweg Rotes Meer-Suezkanal-Mittelmeer-Westeuropa und für den Indischen Ozean.

T-34/-54/-55 und T-62, 1 Luftabwehrregiment mit Bodenlufraketen vom Typ SA-3/-7/-9, um 19 — von 22 — Einheiten der Marine (4 Korvetten, 2 große Patrouillenboote, 2 Torpedoboote, 2 Patrouillenboote, 1 Minensucher, 1 Landungsschiff, 3 Landungsboote) und um die gesamte Luftwaffe (12 Il-28, 37 MiG-17 F, 10 MiG-21, 12 Su-20/-22, 40 MiG-21 F, 4 IL-14, 3 An-24, 3 MiG-15 UTI.

⁴⁹⁾ Vgl.: World Armements and Disarmement, SIPRI Yearbook 1980, London 1980, S. 102.

Auch im Frieden läßt sich durch maritime Präsenz und koerzive Diplomatie auf diesen für die Rohstoffversorgung Westeuropas und Japans unentbehrlichen Routen Macht demonstrieren.

Voraussetzung für entsprechende Einsätze ist selbstverständlich eine global operierende Flotte. Das Programm für ihren Bau hat die Sowjetunion Mitte der sechziger Jahre aufgelegt. Die konzeptionelle Grundlage lieferte Admiral Gorskows „ausgewogene Flottendoktrin“⁵⁰⁾. Sie hatte offensichtlich aus der Kubakrise und dem Vietnamkrieg Konsequenzen gezogen und war zu dem Ergebnis gekommen, daß U-Boote mit atomar bestückten Raketen für angemessen flexible Reaktionen gegenüber der amerikanischen Überwasserflotte nicht ausreichten. Innerhalb von zehn Jahren war aus einer relativ unbedeutenden Küstenmarine eine Hochseeflotte geworden, die den Anforderungen einer Weltmacht auch in maritimer Hinsicht gerecht wird⁵¹⁾. Allerdings sind wegen der mangelhaften Logistik-Komponente die Amerikaner noch im Vorteil, wenn auch zahlenmäßig die sowjetische Flotte heute bereits größer ist als die amerikanische⁵²⁾. „Die sowjetische Seekriegsflotte ist dazu übergegangen, aktiv außenpolitische Maßnahmen und Aktionen der UdSSR zu unterstützen.“⁵³⁾

Flottenrüstung und Suche nach Stützpunkten waren in der sowjetischen Weltmachtspolitik der letzten Jahre zwei Initiativen, die sich gegenseitig bedingen. Auch wenn sich heute eine Hochseeflotte lange Zeit selbst versorgen kann, gibt es mindestens vier Gründe, die Stützpunkte wünschenswert erscheinen lassen: Erstens lassen sich moderne Aufklärung und Nachrichtenübermittlung nicht ausschließlich auf Schiffen stationieren oder auf ein Satellitenverbundsystem verlagern. Zweitens können auf hoher See keine größeren Reparaturen durchgeführt werden. Drittens verbessert die Unterstützung vom Lande die Kampffähigkeit der Flotte beträchtlich. Viertens spielt für die sowjetische Flotte speziell die kontinentale Lage Rußlands eine Rolle.

⁵⁰⁾ Einen gehaltvollen Überblick zu dieser Frage liefert J. M. McConnel, Die Marine der UdSSR: Struktur und Einsatzplanung, in: Marine-Rundschau 10/1980, S. 595—607.

⁵¹⁾ Vgl.: D. Gerhard, Der sowjetische Rüstungszuwachs seit Mitte der sechziger Jahre, Stiftung Wissenschaft und Politik, Ebenhausen 1979, S. 37.

⁵²⁾ Siehe hierzu z. B. U.S. Military Posture 1982. A Overview by General David C. Jones, USAF, USAPO, Washington D.C. 1981.

⁵³⁾ S. G. Gorschow, Die sowjetische Seekriegsflotte, Berlin: Militärverlag der DDR, 1980, S. 59.

Die sowjetische Flotte kann ihre Heimathäfen nur über Randmeere erreichen, die sich in Kriegszeiten vom Gegner relativ leicht kontrollieren lassen.

Die Bemühungen der sowjetischen Außenpolitik, in Afrika — auch militärisch — festen Fuß zu fassen, sind vielfältig und wechselvoll. Hier soll nur auf diejenigen eingegangen werden, die aus heutiger Sicht erfolgreich waren, dauerhaft zu sein scheinen und für die Sowjetunion von besonderer strategischer Bedeutung sind. Unter diesem Gesichtspunkt handelt es sich um Äthiopien, Mosambik, Angola und neuerdings auch um die Volksrepublik Kongo.

In Äthiopien konnte sich die Sowjetunion wegen des Bürgerkrieges zwischen der Zentralregierung in Addis Abeba und den Befreiungsbewegungen in Eritrea und im Ogaden einmischen. In diese Auseinandersetzung ist auch Somalia verwickelt, wo sich die Sowjetunion, ebenso wie im Sudan⁵⁴), bereits Ende der sechziger Jahre militärisch engagiert hatte.

In Somalia hatte die Sowjetunion das Regime des Obersten Barre unterstützt. Er war durch einen Staatsstreich an die Macht gekommen (21. Oktober 1969). Barres „Somalische Demokratische Republik“ steuerte einen prosovjatischen Kurs, der durch einen Freundschafts- und Kooperationsvertrag (11. Juli 1974) gefestigt wurde. Umfangreiche sowjetische Waffenlieferungen versetzten Somalia in die Lage, gegen Äthiopien einen Krieg um das Ogaden zu führen. Als Gegenleistung erhielt die Sowjetunion Stützpunktrechte. Berbera im Golf von Aden wurde zu einer der wichtigsten sowjetischen Marinebasen. Hinzu kamen die Flughäfen Hargeisa und El Bur.

In Äthiopien hatte inzwischen das prosovjatisch orientierte Regime des Oberstleutnants Mengistu so viel Widerstände geweckt, daß es sich aus eigener Kraft kaum noch an der Macht halten konnte. Der Gedanke, sich in der Sowjetunion um Waffenhilfe zu bemühen, war naheliegend. Im Dezember wurde in Moskau

⁵⁴) Der Sudan erhielt seit 1967 sowjetische Militärhilfe, die sich nach dem Staatsstreich von Oberst Numeiri wesentlich steigerte. Die Sowjetunion hatte an die 1 000 Militärberater im Land und installierte verschiedene militärische Einrichtungen, darunter ein Radarüberwachungssystem. Nach mehreren Putschversuchen gegen Numeiri, bei denen auch die sudanesischen KP die Hand im Spiel hatte, verschlechterten sich die Beziehungen zur Sowjetunion. Der Sudan folgte zunehmend der Rote-Meer-Politik Saudi-Arabiens. Im Mai 1977 verließen die letzten sowjetischen Militärberater das Land.

ein entsprechendes Abkommen unterzeichnet, das Waffenlieferungen in Höhe von 100 Millionen Rubel vorsah; in der Lage, in der sich Äthiopien befand, konnte das nur ein Anfang sein.

Nach sechzehnjährigem Kampf schien die Revolutionäre Befreiungsbewegung in Eritrea ihr Ziel erreicht zu haben. Fast die ganze Provinz, von wenigen Städten abgesehen, befand sich in ihrer Hand. Im Ogaden hatte Somalia Erfolge erzielen können. Äthiopien war in Bedrängnis.

Für die Sowjetunion stellte sich die Frage, ob sie zusehen sollte, wie Eritrea selbständig und damit Äthiopien zu einem reinen Binnenstaat wird. Da sie daran kein Interesse haben konnte, wechselte sie die Allianzen, setzte eindeutig auf das Regime Mengistu, ließ die von ihr lange Jahre unterstützte Revolutionäre Befreiungsbewegung in Eritrea fallen, warnte Somalia, daß man „Invasionen in ein Land durch Streitkräfte eines anderen Landes“ (Prawda vom 14. August 1977) nicht dulden würde⁵⁵), und riskierte den Bruch mit Mogadishu. Nach einer Reise Barres nach Moskau (29.—31. August 1977), bei der es darum ging, die sowjetischen Absichten auszuloten, sah Somalia in der Fortsetzung seiner bisherigen Beziehungen zu Moskau keinen rechten Sinn mehr. Es kündigte den Kooperationsvertrag (13. November 1977) mit der Sowjetunion, entzog ihr die Basisrechte und wies die sowjetischen Militärberater aus.

Seit dem Sommer 1977 wurde Äthiopien von der Sowjetunion aufgerüstet. Der Transport der sowjetischen Waffen erfolgte auf dem Seewege durch den Suezkanal in dem am Roten Meer liegenden äthiopischen Hafen Assab und auf dem Luftwege über den Südjemen bzw. über Libyen. Außerdem entsandte die Sowjetunion etwa 1 000 Militärberater. Bei der ganzen Unternehmung wurde sie vor allem von Kuba, aber — laut somalischen Angaben — auch vom Südjemen, der DDR, der Tschechoslowakei und von Libyen unterstützt. Die Zahl der kubanischen Militärs wurde zwischen 20 000 (gemäß somalischen Angaben) und 3 000 (westliche Angaben) geschätzt. Wie hoch auch immer die Militärhilfe im einzelnen gewesen sein mag — von Juni bis Dezember 1977 sollen 50 sowjetische Schiffe mit Waffen an Bord den Suezkanal durchquert haben und etwa 12 % der militärischen Transportflotte der Sowjetunion (225 Maschinen) im Einsatz

⁵⁵) Gemeint war die Einmischung der regulären somalischen Streitkräfte in den Ogaden-Konflikt.

gewesen sein —, mit der Aufrüstung Äthiopiens hat die Sowjetunion bewiesen, daß sie zu bedeutenden Lufttransportunternehmen fähig ist⁵⁶⁾.

Im Frühjahr 1978 konnte das aufgerüstete Äthiopien sowohl in Eritrea als auch im Ogaden Erfolge erzielen. In Eritrea setzte dann im Sommer des gleichen Jahres eine Großoffensive ein, die von sowjetischen Generälen geplant und geleitet wurde. Auf äthiopischer Seite sollen 120 000 Soldaten eingesetzt gewesen sein. „Die Spitze dieser Streitmacht bildeten Hunderte sowjetischer Panzer, gepanzerter Fahrzeuge, Raketenwerfer und Geschütze. Begleitet wurde der Vormarsch von pausenlosen Flächenbombardements sowjetischer Bomber mit Napalm- und Splitterbomben.“⁵⁷⁾ Sowjetische Zerstörer haben von See aus in die Schlacht um Massaua eingegriffen. Einer solchen Übermacht konnten weder die Befreiungsfront in Eritrea noch die Somalis im Ogaden standhalten. Beide mußten schwere Niederlagen hinnehmen. Dank der sowjetisch-kubanischen Unterstützung hat das Mengistu-Regime das Feld behauptet. Zum Jahresende unterzeichneten die Sowjetunion und Äthiopien einen Freundschafts- und Kooperationsvertrag (20. November 1978). Damit wurden die Beziehungen zwischen den beiden Staaten auch rechtlich auf eine feste Grundlage gestellt.

Daß die äthiopische Armee (229 500 Mann) heute fast ausschließlich über sowjetische Waffen verfügt, ist aufgrund der Entwicklung nicht weiter erstaunlich. Von den 640 Panzern sind 600 sowjetischer Herkunft (100 T-34 und 500 T-54/-55). Das gleiche gilt für 500 gepanzerter Fahrzeuge (Typ BTR-40/-60/-152 APC). Von den 23 Schiffen stammen noch drei Viertel aus amerikanischen Lieferungen. Von den sechs Kampfgeschwadern der Luftwaffe sind fünf mit sowjetischen Maschinen ausgerüstet (eins mit 17 MiG-17, drei mit 50 MiG-21 und eins mit 20 MiG-23). Transportmaschinen, Hubschrauber und Übungsflugzeuge sind verschiedener Herkunft. Außerdem befinden sich 19 000 Kubaner, 2 500 Militärberater aus der DDR und 200 aus der Sowjetunion im Lande⁵⁸⁾.

⁵⁶⁾ G. Linde, Das Horn von Afrika. Neue Achsen und Allianzen, in: Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln, 31/1978.

⁵⁷⁾ K. Melchers, Sowjetische Afrikapolitik von Chruschtschow bis Breshnew, Berlin 1980, S. 266.

⁵⁸⁾ Vgl.: The Military Balance 1980—1981, London 1980, S. 52.

Trotz dieser beachtlichen Streitmacht konnte eine Pazifizierung der Region bis heute nicht erreicht werden. Zwar soll Somalia seine regulären Truppen seit März 1978 aus dem Ogaden abgezogen haben, doch geht die Guerilla-Tätigkeit weiter. Das gleiche gilt auch für die Befreiungsbewegung in Eritrea. Nach letzten Meldungen kontrolliert sie inzwischen wieder drei Viertel des eritreischen Territoriums (März 1981)⁵⁹⁾. Da Somalia seit dem Sommer des vergangenen Jahres von den Vereinigten Staaten Waffenhilfe erhält, können die Kämpfe am Horn von Afrika noch lange weitergehen.

In *Mosambik* begann der sowjetische Einfluß mit der militärischen Ausbildung von Guerillakämpfern in den Basislagern an der Grenze zu Tansania. Die sowjetischen Instrukteure haben sich die Aufgabe mit Chinesen und Kubanern geteilt. Die Revolutionäre Befreiungsbewegung (Frente de Libertacao de Mocambique — FRELIMO) hatte sich aus mehreren nationalistischen Gruppen zusammengeschlossen (25. Juni 1962) und war zunächst ideologisch nicht festgelegt. Im Herbst 1964 begann der bewaffnete Kampf gegen die portugiesische Herrschaft. Im Laufe der nächsten Jahre setzte sich nach heftigen Auseinandersetzungen um die Führung in der FRELIMO Samora Machel durch (Ende 1969). Er gab ihr eine marxistisch-leninistische Richtung. Nicht zuletzt wegen der beträchtlichen sowjetischen Finanz- und Militärhilfe behielt die FRELIMO gegenüber anderen revolutionären Gruppen die Oberhand⁶⁰⁾. Sie schloß im Sommer 1974 mit der portugiesischen Regierung einen Waffenstillstand und übernahm nach der Unabhängigkeitserklärung (am 25. Juni 1975) in Mosambik die Herrschaft. Von da an wurde das Land nicht nur dem Namen nach, sondern auch tatsächlich in eine Volksrepublik umgewandelt. Aus der Revolutionären Befreiungsbewegung wurde die einzige in Mosambik zugelassene politische Partei (1977). Parteiführung und Staatsführung sind identisch. Die Wahlen zu den lokalen und regionalen Körperschaften erfolgen in einem öffentlichen Verfahren. Das gleiche gilt für den gewählten Teil der Nationalversammlung. Die Einführung eines sozialistischen Wirtschaftssystems und der Auszug der portugiesischen Siedler und Fachleute haben die wirtschaftliche Lage verschlechtert. Auch die Schließung der

⁵⁹⁾ Vgl.: Archiv der Gegenwart, 1980, 24410 A.

⁶⁰⁾ Vgl.: W. Berner, Afrikapolitik, in: Osteuropa-Handbuch. Sowjetunion. Außenpolitik 1955—1973, Köln, Wien 1976, S. 830.

Grenze gegenüber Zimbabwe/Rhodesien wirkte sich wirtschaftlich negativ aus (März 1976)⁶¹).

Die Sowjetunion hat mit Mosambik einen Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit geschlossen (31. März 1977), in dessen Präambel festgestellt wird, daß beide Staaten natürliche Verbündete seien. Die Ausrüstung der 24 300 Mann starken Armee kommt zum größten Teil aus der Sowjetunion. Sämtliche Panzer und gepanzerte Fahrzeuge lieferte Moskau (350 T-34/-54/-55, an die 50 PT-76, 150 BRDM und 250 BTR-40/-152 APC); von insgesamt neun Schiffen der Marine (Küsten-Patrouillenboote) stammen drei aus der Sowjetunion, sechs sind noch portugiesischer Herkunft; auch die 36 Kampfflugzeuge der Luftwaffe hat die Sowjetunion geliefert (MiG-17/-19/-21), dazu einige Transportflugzeuge und zehn Mi-8-Hubschrauber. Die restlichen Maschinen (20 Stück) sind unterschiedlicher Herkunft. Die Armee Mosambiks wird von Militärberatern aus der Sowjetunion, China, Kuba, Rumänien und der DDR betreut⁶²). Mosambik ist für die Sowjetunion vor allem wegen der Lage des Landes am Indischen Ozean (Häfen: Maputo, Beira, Nacala, Pemba, Metangula) und wegen der Nachbarschaft zur Republik Südafrika strategisch wichtig.

In Angola hat die Sowjetunion die Entsendung einer südafrikanischen Streitmacht im Sommer 1975 zum Anlaß genommen, in den angolanischen Bürgerkrieg zu intervenieren. Allerdings hat sie diesen Anlaß insofern selbst herbeigeführt, als sie eine der drei Bürgerkriegsparteien, die MPLA (Volksbefreiungsbewegung Angolas), in so großzügiger Weise mit Waffen unterstützt hatte, daß sich für die beiden anderen die Existenzfrage stellte und sie sich um Hilfe bemühten. Im November 1975 flog dann die Sowjetunion kubanische Truppen ein, deren Zahl bis Anfang Februar 1976 auf 14 000 Mann angewachsen sein soll. Auch wenn man von der Version ausgeht, das Kuba in eigener Verantwortung gehandelt hat, so ist eine aktive Mitwirkung der Sowjetunion nicht zu übersehen. Mit Sicherheit lag die Aktion auch in ihrem Interesse, sonst hätte sie nicht die Waffen geliefert und den Transportraum gestellt⁶³).

⁶¹) Vgl.: D. Kappeler, Angola und Mosambik nach vier Jahren Unabhängigkeit, in: Europa-Archiv 8/1979, S. 243—250.

⁶²) Vgl.: The Military Balance 1980—1981, London 1980, S. 53.

⁶³) Vgl.: R. K. Furtak, Die kubanisch-sowjetische Partnerschaft, in: Berichte des Bundesinstituts für

Nach amerikanischen Schätzungen sind allein in der Zeit von April bis Oktober 1975 in Angola 27 Schiffsladungen mit sowjetischen Waffen eingetroffen; zusätzlich erfolgten noch zahlreiche Versorgungsflüge mit Maschinen vom Typ Antonov-22⁶⁴). Infolge dieser Unterstützung befanden sich bis zum Frühjahr 1976 alle größeren Orte in der Hand von Kubanern und MPLA. Die Sowjetunion schloß mit Angola einen Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit (8. Oktober 1976). Außerdem wurde Angola „assoziertes Mitglied“ des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW). Das Land wurde innenpolitisch umstrukturiert, die MPLA in eine „Marxistisch-leninistische Arbeiterpartei“ umgewandelt. An den Schaltstellen der Macht sitzen „Experten“ aus der Sowjetunion, aus Kuba, der DDR und anderen Ostblockländern. Angola ist fest im sowjetisch-kubanischen Griff⁶⁵). Trotzdem hält die Guerilla-Tätigkeit auf dem flachen Lande an. Die 32 500 Mann starke angolische Armee ist — wie nicht anders zu erwarten — fast ausschließlich mit sowjetischen Waffen ausgerüstet. Aus der Sowjetunion kommen sämtliche Panzer und gepanzerte Fahrzeuge (85 T-34, 150 T-54, an die 50 PT-76, 200 BRDM-2 und 150 BTR-40/-50/-60/-152), 18 von 25 Schiffen (Patrouillen- und Landungsboote) sowie 27 von 29 Kampfflugzeugen (15 MiG-17 F und 12 MiG-21 MF). Lediglich die Transportmaschinen, die Hubschrauber (49 Stück) und die Übungsmaschinen sind verschiedener Herkunft. Außerdem halten sich im Lande noch 19 000 Soldaten aus Kuba, 2 500 aus der DDR und 200 Berater und Techniker aus der Sowjetunion auf⁶⁶).

Offen ist noch die Frage, wie sich die Beziehungen der Sowjetunion zur *Volksrepublik Kongo* entwickeln werden. Bisher ist die kleine kongolesische Armee (5 525 Mann) mit Waffen verschiedener Herkunft ausgestattet, unter anderem mit chinesischen Panzern (15 Ch T-59, 14 Ch T-62), gepanzerten Fahrzeugen aus der Sowjetunion (3 PT-76, 15 BRDM-1 und 20 BTR-50), 3 chinesischen Kanonenbooten und sowjetischen Kampfflugzeugen (9 MiG-15,

ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln, 28/1980, S. 43 ff.

⁶⁴) Vgl.: K. Melchers, Die sowjetische Afrikapolitik von Chruschtschow bis Breshnew, Berlin 1980, S. 54.

⁶⁵) Einzelheiten bei: K. Melchers, Die sowjetische Afrikapolitik von Chruschtschow bis Breshnew, Berlin 1980, S. 55 ff.

⁶⁶) Vgl.: The Military Balance 1980—1981, London 1980, S. 52.

1 MiG-17⁶⁷⁾. Ob das auch in Zukunft so bleiben wird, ist fraglich, nachdem eine Regierungsdelegation unter Präsident Sassou-Nguesso in Moskau mit der Sowjetunion einen Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit unterzeichnet hat (13. Mai 1981). Breshnew hat zwar anlässlich des Vertragsabschlusses betont, daß aus Afrika ein Kontinent des Friedens, frei von ausländischen Militärstützpunkten und Kernwaffen werden solle⁶⁸⁾, doch muß das die Sowjetunion nicht unbedingt daran hindern, sich zum Beispiel für den Hafen Pointe Noire zu interessieren. Er soll bereits in der Mitte der siebziger Jahre für östlichen Nachschub im Angola-Krieg benutzt worden sein. Daß die Beziehungen der Sowjetunion zum Kongo, zumindest aus ihrer Sicht, einen hohen Grad von Intensität annehmen sollen, geht schon daraus hervor, daß neben dem Kooperationsvertrag auch Vereinbarungen zur Zusammenarbeit der KPdSU und der kongolesischen Arbeiterpartei getroffen worden sind.

Die sowjetische Afrikapolitik ist ein eklatantes Beispiel für eine Außenpolitik, die sich vorwiegend militärischer Mittel bedient. Im Jahrzehnt zwischen 1967 und 1977 war die sowjetische Rüstungs- und Militärhilfe für ganz Afrika ungefähr doppelt so hoch wie die Wirtschaftshilfe⁶⁹⁾. Allein in den beiden Jahren 1977 und 1978 betrug die sowjetische Militärhilfe 26 Milliarden Dollar. Ende der siebziger Jahre sollen sich in Afrika aufgehalten haben: 37 000—42 000 Soldaten aus Kuba, 4 700—5 200 Militärberater aus der Sowjetunion, 3 500 militärische und zivile Berater aus der DDR sowie mehrere Tausend Techniker aus der Sowjetunion. Außerdem wurden in den Jahren 1956 bis 1977 rund 12 000 afrikanische Militärs in der Sowjetunion, 1 200 in der DDR und 2 675 in China ausgebildet⁷⁰⁾. Auch wenn diese Zahlen nur annähernd richtig sein sollten, sind sie für den militärischen Einfluß der Sowjetunion in Afrika aufschlußreich.

Eine besondere Form der Abhängigkeit der kleinen afrikanischen Staaten von der Sowjetunion ergibt sich aus den Verträgen über

⁶⁷⁾ Vgl.: The Military Balance 1980—1981, London 1980, S. 58.

⁶⁸⁾ Vgl.: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 14. 5. 1981.

⁶⁹⁾ W. Kühne, Schwarzafrika und die Sowjetunion, in: Europa-Archiv, Bonn 10/1980, S. 325 ff.

⁷⁰⁾ Vgl.: anonym, 26 Mrd. Dollar rote Waffen für Afrika, in: Wehrpolitische Informationen 1979, Nr. 27, S. 6 — Die österreichische Militärzeitschrift 6/1979, S. 525, schätzt die Militärberater der DDR in Afrika auf 5 000—5 500.

Freundschaft und Zusammenarbeit (Kooperationsverträge). Während sie selbst wegen ihrer wirtschaftlichen und militärischen Schwäche außerstande sind, die in den Verträgen enthaltenen Konsultations- und Koordinierungsklauseln für sich in gleichberechtigter Weise in Anspruch zu nehmen, kann die Sowjetunion jederzeit und über jedes beliebige Thema Konsultationen herbeiführen und die Zustimmung für ihre Politik erzwingen. Die Sowjetunion pflegt solche Verträge weitgehend und nach ihrem Belieben zu interpretieren. Zum Beispiel wurde im Falle Afghanistan der Kooperationsvertrag zu einem Bündnis- und Beistandspakt umgedeutet. Ob ein Vertragspartner die Rolle eines Verbündeten oder Nichtverbündeten zu spielen hat, liegt im Ermessen der Sowjetunion. Allerdings werden die Vertragspartner von der Sowjetunion auch gestützt und protegiert. Unter diesem Gesichtspunkt werden diese Verträge auch als „Patronage-Verträge“ bezeichnet. Offenbar verfolgt die Sowjetunion mit ihnen globalstrategische Ziele.

„Die von der Sowjetunion mit ‚Klienten-Regimen‘ geschlossenen ‚Patronage-Verträge‘ ersparen es ihr, nach dem Muster traditioneller Großmachtpolitik einzelne Militär- und Versorgungsstützpunkte durch Eroberung, Pachtung, Kauf oder auf andere Weise ‚erwerben‘ zu müssen. Statt dessen engagiert sie jetzt mit dem modernen Instrument der politisch militärischen Kooperationsverträge gewissermaßen ganze Länder für die Zwecke ihrer expansiven Interessenpolitik, d. h. für die politische, militärische und logistische Untermauerung ihres globalen Mitsprache- und Mitbestimmungsanspruchs.“⁷¹⁾

Wie steht es mit der gelegentlich geäußerten Vermutung, daß die Sowjetunion in Afrika nach einem langfristigen Plan zur Eroberung der Welt vorgehe? Sie kann schon deshalb nicht zutreffen, weil auch für die Sowjetunion die innerafrikanischen Entwicklungen mit ihrem oft chaotischen Charakter schlechterdings nicht planbar sind. Doch offensichtlich verfolgt sie diese Entwicklungen mit großer Aufmerksamkeit und nutzt jede sich bietende Chance, sie zu ihren Gunsten zu beeinflussen. Dieses Verhalten befindet sich im Einklang mit ihrer Doktrin, wonach revolutionäre Be-

⁷¹⁾ W. Berner, Zur politischen und strategischen Bedeutung der sowjetischen Kooperationsverträge mit Entwicklungsländern, in: Aktuelle Analysen Nr. 21/1981, Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln.

freiungskriege unvermeidbar sind — solange es Imperialismus gibt — und von der sozialistischen Staatengemeinschaft unterstützt werden sollen. Afrika ist für die Sowjetunion ein wichtiger Schauplatz für ihre Auseinandersetzung mit den Vereinigten Staaten. Unter dem Gesichtspunkt einer möglichen bewaffneten Auseinandersetzung mit Westeuropa hätte Afrika für die Sowjetunion die Funktion einer strategischen Reserve. Schon aus diesem Grunde dürfte der Ausbau der militärischen Präsenz weitergehen. Genügend Konfliktpotential ist vor allem im Süden Afrikas vorhanden.

Kuba

Auch in den Beziehungen der Sowjetunion zu Kuba spielten Streitkräfte und Militärhilfe eine nicht unwichtige Rolle. Großes Aufsehen erregte die Stationierung einer sowjetischen Kampfbrigade im Herbst 1979. Sie soll eine Stärke von 2 000 bis 3 000 Mann haben, mehrere motorisierte Infanteriebataillone, Artillerie-, Panzerabteilungen sowie Versorgungseinheiten umfassen, jedoch über keine eigene Luft- oder Seetransportkapazität verfügen. Außerdem sollen sich in Kuba zwischen 1 500 bis 2 000 sowjetische Militärberater und Ausbilder sowie an die 8 000 Zivilbedienstete aufhalten⁷²⁾.

Die kubanischen Streitkräfte (206 000 Mann) sind mit sowjetischen Waffen ausgerüstet und teilweise von sowjetischen Militärberatern ausgebildet worden. Das Heer verfügt über 600 Panzer (Typen: T-34/-54/-55, 50 T-62 und 60 IS-2 Hy); die Marine über drei U-Boote und 101 Überwasserschiffe (Patrouillenboote verschiedener Größe, Küstenwachboote, Minensucher); die Luftwaffe über 168 Kampfflugzeuge (drei Kampfbombengeschwader, davon zwei mit 30 MiG-17, eins mit 10 MiG-23, acht Geschwader mit Abfangjägern, davon drei mit 48 MiG-21 F, zwei mit 30 MiG-21 MF, zwei mit 40 MiG-19 und eins mit 10 MiG-23). Hinzu kommen Transportflugzeuge, Hubschrauber und Übungsflugzeuge⁷³⁾. Die Sowjetunion soll in den Jahren 1960—1975 an Kuba Waffen im Wert von 3 Milliarden Dollar geliefert haben, und zwar — einer Aussage Castros zufolge — völlig kostenlos⁷⁴⁾.

⁷²⁾ Vgl.: R. K. Furtak, Die sowjetisch-kubanische Partnerschaft, in: Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln 28/1980, S. 39.

⁷³⁾ Vgl.: The Military Balance 1980—1981, London 1980, S. 81.

⁷⁴⁾ R. K. Furtak, a. a. O., S. 36.

Abgesehen von dem allgemeinen politischen Einfluß, den die Sowjetunion auf Kuba über die Rüstungs- und Militärhilfe ausüben kann, ist Kuba für die Operationen der sowjetischen Flotte vor der amerikanischen Ostküste von Nutzen. Auch wenn die Funktion Kubas als strategische Plattform gegenüber den Vereinigten Staaten wegen der zielsicheren land- und seegestützten sowjetischen Interkontinentalraketen heute weitgehend überholt ist, bleibt Kuba für die Marine ein wichtiger Versorgungszentrum, der seit dem Ende der sechziger Jahre von sowjetischen Einheiten regelmäßig angelaufen wird (Hafen: Cienfuegos). Nicht ohne Grund hat sich Kuba bisher geweigert, dem Vertrag von Tlatelolco (12. Februar 1967) beizutreten, in dem die Bildung einer atomwaffenfreien Zone in Lateinamerika vereinbart wurde. Zwischen der Sowjetunion und Kuba gibt es weder einen Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit noch einen Beistandsvertrag nach dem Muster der mit anderen sozialistischen Ländern abgeschlossenen Verträge. Die Sowjetunion scheint sich der kubanischen Gefolgschaft auch ohne solche Verträge sicher zu sein.

Westeuropa

Schließlich sei noch die Frage angeschnitten, welchen politischen Nutzen die sowjetische Militärmacht gegenüber Westeuropa hat oder haben könnte. Die Sowjetunion hat seit der Mitte der sechziger Jahre kontinuierlich aufgerüstet. In den siebziger Jahren haben die Verteidigungsausgaben um real 4,5 % pro Jahr zugenommen und machen heute ungefähr 11 % bis 13 % des Bruttosozialprodukts aus⁷⁵⁾. Nicht zu übersehen ist, daß sich der gesamte Vorgang der Aufrüstung im Schatten von Rüstungskontrollverhandlungen abgespielt hat. Das Ergebnis läßt sich etwa folgendermaßen zusammenfassen: Auf der nuklearstrategischen Ebene hat die Sowjetunion im Vergleich zu den Vereinigten Staaten eine „angenäherte“ Parität erreicht. Im Bereich der Nuklearwaffen mit mittlerer Reichweite, die vor allem in Europa einsetzbar sind (TNF-Theatre Nuclear Forces in Europe), ist sie überlegen. Ein steigendes Übergewicht bei konventionellen Waffen zeichnete sich schon seit langem ab. Schließlich wurden Einsatzmittel für globale Interventionen entwickelt, so daß sie die Fä-

⁷⁵⁾ Vgl.: The Military Balance 1980—1981, London 1980, S. 13. Es handelt sich um Schätzungen des CIA, die von anderen Autoren gelegentlich als zu hoch angesehen werden.

higkeit besitzt, militärisches Potential über weite Entfernungen in und außerhalb Europas an etwaige Krisenpunkte zu transportieren⁷⁶⁾.

In unserem Zusammenhang interessieren vor allem die sowjetischen Mittelstreckenpotentiale in Europa. Sie sind durch die 1974 begonnene Dislozierung des Backfire-Bombers und mehr noch durch die der SS-20 bekanntgeworden. Beide spielen in der Diskussion um den Nachrüstungsbeschluß der NATO (vom 12. Dezember 1979) eine spektakuläre Rolle. Daneben gibt es jedoch eine ganze Reihe anderer Waffen, die auch dieser Kategorie zuzurechnen sind⁷⁷⁾.

Der Vergleich dieses Potentials ist aus einer Reihe von Gründen umstritten. Unterschiede in der Bewertung ergeben sich zum Beispiel in der Frage, welche Waffen beim Vergleich berücksichtigt werden sollen. Soll man Flugzeuge mit einer Reichweite von 1 000 km in den Vergleich mit einbeziehen oder nicht? Noch stärkere Bewertungsunterschiede entstehen durch die Gewichtung der einzelnen Waffensysteme mit Faktoren, die etwas über ihre Eigenschaften (Qualität) aussagen. Wie hoch ist etwa die „Zuverlässigkeit eines Trägersystems über große Entfernungen“ (reliability) zu veranschlagen, oder die „Überlebensfähigkeit bei einem gegnerischen Erstschlag“ (survivability), oder die aus der Reparaturanfälligkeit hochtechnologischer Systeme resultierende „Einsatzbereitschaft“ (serviceability)? Schließlich gipfelt diese Gewichtung in der Frage, wie viele Sprengköpfe im Falle eines mit diesen Waffen geführten Krieges beim Gegner ankommen (arriving warheads). Auch Autoren, die bei ihrer Analyse mit solchen Faktoren arbeiten, weisen auf deren Subjektivität hin. Trotzdem sind sie der Meinung, daß man damit der Wirklichkeit näher kommt als durch bloße numerische Aufrechnungen⁷⁸⁾.

Bei einem Kräftevergleich, der dem gesamten Warschauer Pakt die gesamte NATO, also

⁷⁶⁾ D. Gerhardt, Der sowjetische Rüstungszuwachs seit der Mitte der sechziger Jahre. Stiftung Wissenschaft und Politik, Ebenhausen 1979, S. 6.

⁷⁷⁾ Eine tabellarische Zusammenstellung und Bewertung der TNF-Potentiale von NATO und Warschauer Pakt bietet: The Military Balance 1980—1981, London 1980, S. 116—119. Neue Daten: vgl. Die sowjetische Rüstung (deutsche Fassung des „Pentagon-Paper“), München 1982, S. 84—91.

⁷⁸⁾ So z. B.: D. S. Lutz, Das militärische Kräfteverhältnis im Bereich der euronuklearen Waffensysteme. Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Hamburg, Forschungsberichte Heft 12/1979, S. 24.

auch das globalstrategische Potential der Vereinigten Staaten gegenüberstellt, kann man immer noch zu dem Ergebnis kommen, daß zwischen den beiden Bündnissen annähernd Parität besteht. Bedenklich wird das Kräfteverhältnis zwischen dem Warschauer Pakt auf der einen und Westeuropa auf der anderen Seite im Bereich der Nuklearkräfte in und für Europa (TNF). Hier hat der Warschauer Pakt eine Überlegenheit von ungefähr 3:1. Zählt man die 400 Sprengköpfe der Poseidon C 3 Raketen der U-Boote hinzu, die von den Vereinigten Staaten dem NATO-Oberbefehlshaber-Europa (SACEUR) assigniert worden sind, so reduziert sich die Überlegenheit des Warschauer Paktes auf 1,5:1⁷⁹⁾.

Problematischer jedoch als das gegenwärtige Kräfteverhältnis, dessen Bewertung, wie gesagt, umstritten ist, muß die Tatsache erscheinen, daß die Tendenz zur Aufrüstung der Mittelstreckenpotentiale in der Sowjetunion anhält. Werden hier nicht in absehbarer Zeit Rüstungskontrollvereinbarungen getroffen, so ist ein Rüstungswettlauf kaum noch zu umgehen. Die Möglichkeit eines auch in Europa mit atomaren Waffen geführten Krieges würde dann immer wahrscheinlicher werden. Geht man andererseits von der Annahme aus, daß die Sowjetunion in bezug auf ihre Sicherheit an einem Inferioritätskomplex leidet, so stellt sich die Frage, wie hoch die Überlegenheit sein müßte, damit sie sich nach eigener Auffassung sicher fühlen könnte. Die bisherige sowjetische Argumentation kann hier nicht sehr zuversichtlich stimmen. Vor allem, so ist weiter zu fragen, wie würde die Sowjetunion eine militärische Überlegenheit politisch nutzen, die etwa beim acht- bis zehnfachen des westeuropäischen TNF-Potentials läge?⁸⁰⁾

Die Versuchung, sich durch atomare Erpressung einen lang gehegten Wunsch zu erfüllen, wäre groß. Unter solchen Umständen könnte sich zwischen Westeuropa und den Vereinigten Staaten eine divergierende Interessenlage ergeben, die auf die Dauer den Rückzug der Amerikaner aus Europa zur Folge hätte. Die Vereinigten Staaten würden zwar ihre Gegenküste verlieren, eine Bedrohung ihrer Existenz wäre damit nicht unbedingt verbunden,

⁷⁹⁾ Vgl.: The Military Balance 1980—1981, London 1980, S. 117.

⁸⁰⁾ Laut Auskunft des Bundesministers der Verteidigung an den Deutschen Bundestag besitzt die Sowjetunion bei atomaren Gefechtsköpfen auf Mittelstreckenraketen derzeit eine Überlegenheit von 8:1. Vgl.: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 25. 6. 1981, S. 1.

jedenfalls zunächst nicht. Für die Sowjetunion hingegen würde sich die Möglichkeit bieten, mit dem technologischen Potential Westeuropas ihre eigene Volkswirtschaft zu ergän-

zen. Daß eine solche Entwicklung ohne tiefgreifende Veränderungen der politischen Kultur und Lebensweise Westeuropas erfolgen könnte, ist kaum vorstellbar.

VI. Schlußbemerkung

Das Thema behandelte die Frage, welche Rolle die Streitkräfte in der Außenpolitik der Sowjetunion spielen. Die Fragestellung ist in doppelter Hinsicht einseitig. Zum einen beziehen sich alle Aussagen ausschließlich auf die Sowjetunion, gelegentlich auf ihre Verbündeten. Ein Vergleich mit der Rolle der Streitkräfte in der Außenpolitik anderer Staaten wurde nicht vorgenommen. Zum anderen wurde ausschließlich der Faktor Streitkräfte untersucht, womit hier Soldaten, deren Bewaffnung, Waffenlieferungen, Militärhilfe, Rüstung und entsprechende rechtliche Vereinbarungen gemeint sind. Selbstverständlich sind in einem Gesamturteil über die sowjetische Außenpolitik noch zahlreiche andere Bestimmungsfaktoren zu berücksichtigen. Die Bedeutung der Streitkräfte mag es jedoch als gerechtfertigt erscheinen lassen, sie auch gesondert zu betrachten.

Ausgehend von der Feststellung, daß die sowjetischen Kommunisten die Anwendung militärischer Mittel in der Politik von Anfang an für notwendig und damit auch für legitim hielten, sollte gezeigt werden, wie sich außenpolitische Aufgabe und Funktion der Streitkräfte im Laufe der Jahrzehnte gewandelt haben.

In einer ersten Phase waren innenpolitische und außenpolitische Funktion der Roten Armee gewissermaßen identisch. Es galt, den Bürgerkrieg gegen die Weißen zu gewinnen, die ausländischen Interventionstruppen zu vertreiben und — soweit wie möglich — den Bestand des zaristischen Rußland wiederherzustellen. Diese Ziele waren mit der Eingliederung der Fernöstlichen Republik in die Russische Sowjetrepublik erreicht (10. November 1922). In einer zweiten Phase, die von den frühen zwanziger Jahren bis in den Zweiten Weltkrieg hineinreicht, obliegt den sowjetischen Streitkräften die klassische Funktion der Sicherung des eigenen staatlichen Territoriums. Sie mußten es dann auch gegen den Angriff des Deutschen Reiches verteidigen. In einer dritten Phase, die das Ende des Zweiten Weltkrieges und die ersten Nachkriegsjahre umfaßt, erweitert sich die Sicherheitsfunktion.

Die sowjetischen Streitkräfte werden Besatzungsarmee. Unter ihrer Herrschaft vollzieht sich die Umwandlung des ostmitteleuropäischen Staatengürtels und der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands in Volksdemokratien. Zur Sicherheitsfunktion ist eine Hegemonialfunktion hinzugetreten. Eine vierte Phase, die sich ungefähr vom Ende der vierziger bis zum Ende der fünfziger Jahre datieren läßt, ist durch die Adaption moderner Waffentechnologie (nukleare und elektronische Kriegsführung) charakterisiert. Da diese Bemühungen erfolgreich sind, kommt die sowjetische Außenpolitik in die Lage, in zunehmendem Maße als Weltmacht zu agieren. Eine fünfte Phase zeichnet sich seit der Mitte der sechziger Jahre ab. Je mehr es der Sowjetunion gelingt, ihren Weltmachtanspruch zu verwirklichen, desto mehr werden die Streitkräfte aufgerüstet. Schließlich gewinnen sie eine neue Funktion hinzu: die globale Einsatzfähigkeit. Abgesehen von der australisch-südpazifischen Region und Lateinamerika, das allerdings über Kuba und Afrika dem außenpolitischen Aktionsradius der Sowjetunion in den nächsten Jahrzehnten näher rücken könnte, dürfte es auf der Erde keine außenpolitische Krise geben, die sich ohne (potentielle) Beteiligung der Sowjetunion lösen ließe. Schon aus diesem Grunde ist die Wahrscheinlichkeit gering, daß die Bedeutung der Streitkräfte für die Außenpolitik der Sowjetunion in den nächsten Jahren abnimmt. Eher wird das Gegenteil der Fall sein. Starke Streitkräfte haben in der russisch-sowjetischen Geschichte Tradition. Sie sind die Antwort auf eine empfindliche geopolitische Lage.

Für ein politisches System, daß die Gewaltenteilung nicht kennt und seine Probleme lieber durch Befehl als durch Diskussion regelt, sind auch aus inneren Gründen starke Streitkräfte unentbehrlich. Schließlich haben alle aus der Geschichte bekannten Imperien ihre Macht — und das hieß immer auch ihre militärische Macht — so lange vermehrt, wie es innere und äußere Umstände zuließen. Wird die Sowjetunion eine Ausnahme bilden?

Russen und Nichtrussen in der sowjetischen Gesellschaft

Ist die UdSSR ein Vielvölkerstaat wie viele andere? In der heutigen Staatenwelt ist ethnische Vielfalt die Regel, ethnische Homogenität dagegen die Ausnahme¹⁾. Aber die Sowjetunion nimmt in mehrfacher Hinsicht eine Sonderstellung unter den Vielvölkerstaaten ein. Zunächst einmal beschränkt sich das nationale Problem nicht auf einige politisch mehr oder weniger unbedeutende Minderheiten, sondern bei der Volkszählung von 1979 bezeichnete sich nur noch etwas mehr als die Hälfte der Bevölkerung als Russen. Von den übrigen 91 namentlich aufgeführten Völkern gehörten immerhin zu 21 nichtrussischen Völkern mehr als 1 Million Menschen (Tabelle 1). Natürlich stehen die Nichtrussen nicht als geschlossener Block in der Gesellschaft dem russischen Bevölkerungsteil gegenüber; dazu sind die Nationen nach Geschichte, Kultur, Sprache und Größe unter sich viel zu verschiedenen. Hinzu kommen nationale Reibungsflächen nichtrussischer Völker untereinander (z. B. zwischen Armeniern und Aserbaidschaniern, Georgiern und Abchasiern, Usbeken und Tadschiken). Allerdings hat die sowjetische Nationalitätenpolitik dazu beigetragen, daß heute vielfach ein Solidaritätsbewußtsein der nichtrussischen Völker untereinander entstanden ist, das in dieser Form zu Beginn des 20. Jahrhunderts nicht vorhanden war.

Die UdSSR beansprucht unter den ethnisch heterogenen Staaten auch insofern eine besondere Rolle, als sie — nach eigener Auffassung — im Marxismus-Leninismus eine umfassende Ideologie besitzt, die ihr erlaubt habe, das Nationalitätenproblem zu lösen. Sie ist der Meinung, daß diese Lösung überall in der Welt als Vorbild dienen wird, um letztendlich den Nationalismus überhaupt zu überwinden und ihn in einer sozialistischen Weltgesellschaft aufzuheben. Wesentliche Kernsätze der nationalitätenpolitischen Ideologie besagen, daß der Nationalismus ein Produkt der bürgerli-

¹⁾ Eine Berechnung zu Beginn der siebziger Jahre ergab, daß von den 132 Staaten der Erde nur 9 % als weitgehend ethnisch homogen gelten können; in 53 % der Staaten gehören dagegen zur zahlreichsten ethnischen Gruppe weniger als 75 % der Bevölkerung (W. Connor, Nation-building or nation-destroying?, in: World Politics, XXIV [1972], S. 320).

chen Gesellschaft sei und die nationalen Gegensätze infolgedessen nur im Sozialismus gelöst werden könnten. Voraussetzung dafür sei, daß alle Völker in ökonomischer, kultureller und politischer Hinsicht gleich und gleichberechtigt seien. Diese Vorbedingungen seien in der Sowjetunion „im wesentlichen“ erfüllt. Seit der Chruschtschow-Zeit (Parteiprogramm von 1961) gilt außerdem die ideologische Sprachregelung, in der Sowjetunion gehe gegenwärtig „gleichzeitig“ ein Prozeß des weiteren „Aufblühens“ und der „Annäherung“ der Nationen vor sich, der in einer „vollen Einheit“ aller Natio-

INHALT

- I. Die ethnische Zusammensetzung der Bevölkerung
- II. Modernisierung und Nationalismus
- III. Sprachen, Sprachenpolitik, nationale Assimilation
- IV. Nationale Oppositionsbewegungen

nen sein Ziel finden werde. Die Ideologie hält es mit der grundsätzlich postulierten Gleichheit der Nationen für vereinbar, wenn beim Prozeß der „fortschreitenden Internationalisierung“ aller Lebensbereiche der russischen Nation, ihrer Sprache und Kultur als „älterem Bruder“ eine Sonderrolle zufällt. In der Praxis läuft dies nicht nur darauf hinaus, daß alle Nichtrussen — auch unter administrativem Druck — dazu gebracht werden, die Sprache des „großen russischen Volkes“ (kein anderes Volk erhält in der UdSSR das Attribut „groß“) als „zweite Muttersprache“ zu erlernen, sondern daß die Russen in allen gesamtstaatlichen Führungseliten deutlich überrepräsentiert sind.

Versucht man eine Gesamtbeurteilung der sowjetischen Nationalitätenpolitik, so wird man Licht- und Schattenseiten sorgfältig abwägen müssen. Die Modernisierung hat den zentralasiatischen, kaukasischen und sibirischen Völkern ein zivilisatorisches und bildungsmäßiges Niveau gebracht, das weit über jenem der

Tabelle 1

Die ethnische Zusammensetzung der Bevölkerung der UdSSR

	Gesamtzahl in Tausend			Zuwachs in Prozent	
	1959	1970	1979	1959—1970	1970—1979
Gesamtbevölkerung	208 826,7	241 720,1	262 084,7	15,8	8,4
Russen	114 113,6	129 015,1	137 397,1	13,0	6,5
Ukrainer	37 252,9	40 753,2	42 347,4	9,4	3,9
Weißrussen	7 913,5	9 051,8	9 462,7	14,4	4,5
Litauer	2 326,1	2 664,9	2 850,9	14,6	7,0
Letten	1 399,5	1 429,8	1 439,0	2,2	0,6
Esten	988,6	1 007,4	1 019,9	1,9	1,2
Moldauer	2 214,1	2 698,0	2 968,2	21,8	10,0
Georgier	2 692,0	3 245,3	3 570,5	20,5	10,0
Armenier	2 786,9	3 559,2	4 151,2	27,7	16,6
Aserbaidshaner	2 939,7	4 379,9	5 477,3	49,0	25,1
Kasachen	3 621,6	5 298,8	6 556,4	46,3	23,7
Usbeken	6 015,4	9 195,1	12 456,0	52,8	35,5
Turkmenen	1 001,6	1 525,3	2 027,9	52,2	33,0
Tadschiken	1 396,9	2 135,9	2 897,7	52,9	35,7
Kirgisen	968,7	1 452,2	1 906,3	49,9	31,3
Tataren	4 967,7	5 930,7	6 317,5	19,4	6,5
Tschuwaschen	1 469,8	1 694,4	1 751,4	15,2	3,4
Mordwinen	1 285,1	1 262,7	1 191,8	- 1,7	- 5,6
Mari	504,2	598,6	622,0	18,8	3,9
Udmurten	624,8	704,3	713,7	12,7	1,3
Komi und Komipermjaken	430,9	475,3	477,5	10,2	0,5
Karelrier	167,3	146,1	138,4	- 12,7	- 5,3
Kalmüken	106,1	137,2	146,6	29,1	6,9
Tschetschenen	418,8	612,7	755,8	46,3	23,4
Baschiren	989,0	1 239,7	1 371,5	25,4	10,6
Kabardiner	203,6	279,9	321,7	37,3	15,0
Balkaren	42,4	59,5	66,3	40,3	11,4
Oseten	412,6	488,0	541,9	18,3	11,0
Inguschen	106,0	157,6	186,2	48,7	18,1
Karatschaer	81,4	112,7	131,1	38,4	16,3
Tscherkessen	30,5	39,8	46,5	30,5	16,8
Awaren	270,4	396,3	482,9	46,6	21,9
Lesgier	223,1	323,8	382,6	45,1	18,2
Darginer	158,1	230,9	287,3	46,1	24,4
Kumüken	135,0	188,8	228,4	39,8	20,8
Laken	63,5	85,8	100,1	35,1	16,7
Nogajer	38,6	51,8	59,5	34,2	14,9
Tabasaraner	34,7	55,1	75,2	58,8	36,5
Taten	11,5	17,1	22,4	48,7	31,0
Adygeier	79,6	99,9	108,7	25,5	8,8
Abasiner	19,6	25,4	29,5	29,6	16,1
Abchasen	65,4	83,2	90,9	27,2	9,3
Karakalpaken	172,6	236,0	303,3	36,8	28,5
Burjaten	253,0	314,7	352,6	24,4	12,0
Jakuten	236,7	296,2	328,0	25,1	10,74
Tuwiner	100,1	139,4	166,1	39,3	19,2
Altaier	45,3	55,8	60,0	23,2	7,5
Chakassen	56,8	66,7	70,8	17,4	6,1
Schoren	15,3	16,5	16,0	7,8	- 3,0
Éwenken	24,7	25,1	27,5	1,6	9,6
Nenzen	23,0	28,7	29,9	24,5	4,2
Chanten	19,4	21,1	20,9	8,8	- 0,9
Tschuktschen	11,7	13,6	14,0	16,2	2,9
Éwenen	9,1	12,0	12,3	31,9	2,5
Juden	2 267,8	2 150,7	1 810,9	- 5,2	- 15,8
Deutsche	1 619,7	1 846,3	1 936,2	14,0	4,9
Polen	1 380,3	1 167,5	1 151,0	- 15,5	- 1,4
Bulgaren	324,2	351,2	361,1	8,3	2,8
Griechen	309,3	336,9	343,8	9,0	2,0
Ungarn	154,7	166,5	170,6	7,6	2,5
Rumänen	106,4	119,3	128,8	12,2	8,0
Zigeuner	132,0	175,3	209,2	32,8	19,3
Uiguren	95,2	173,3	210,6	82,0	21,5
Gagausen	123,8	156,6	173,2	26,5	10,6
Koreaner	313,7	357,5	388,9	14,0	8,8
Kurden	58,8	88,9	115,9	51,4	30,4
Finnen	92,7	84,8	77,1	- 8,5	- 9,1
Türken	35,3	79	92,7	123,8	17,3
Dunganen	22,0	38,6	51,7	75,5	33,9

Quellen: Itogi Vsesojuznoj perepisi naselenija 1959 goda, 16 Bde., Moskau 1962—1963; Itogi Vsesojuznoj perepisi naselenija 1970 goda, Bd. 4, Moskau 1973; Naselenie SSSR. Po dannym Vsesojuznoj perepisi naselenija 1979 goda, Moskau 1980; außerdem publiziert die Zeitschrift Vestnik statistiki seit Heft 2/1980 fortlaufend Ergebnisse der Volkszählung von 1979; V.I. Kozlov, Nacional'nosti SSSR, Moskau 1975, S. 249—250.

Völker südlich der sowjetischen Grenzen liegt. Viele Völker haben erst in sowjetischer Zeit eigene Schriftsprachen und Literaturen erhalten und nicht zuletzt deshalb nationales Eigenbewußtsein entwickelt. Andererseits kann von einer Gleichheit der Sprachen und Kulturen gar keine Rede sein. Immerhin ist es der sowjetischen Politik gelungen, mit einer wechselnden Mischung von politischem Zentralismus und sprachlich-kultureller Autonomie den Bestand des Russischen Reiches weitgehend zu bewahren und an einigen Stellen sogar zu erweitern. Natürlich ist die nationale Frage im letzten, bis heute erhalten gebliebenen

europäischen Kolonialimperium keineswegs gelöst. Darauf deutet nicht nur die nicht endende Flut von sowjetischen Publikationen zu diesem Thema hin, sondern inzwischen sprechen auch sowjetische Fachleute in verhöllter Form von den wachsenden nationalen Divergenzen und Bewußtseinslagen, die in Zukunft das nationale Problem weiter ins Zentrum der innenpolitischen Spannungen rücken werden²⁾. Zwei Problemkreise werden mittelfristig im wesentlichen über Stabilität oder Instabilität der sowjetischen Gesellschaft insgesamt entscheiden: die Ökonomie und die nationale Frage.

I. Die ethnische Zusammensetzung der Bevölkerung

Der gesellschaftliche Zustand der UdSSR wird in einem erheblichen Ausmaß von der ethnischen Zusammensetzung der Gesamtbevölkerung und der Bevölkerung in den 15 Unionsrepubliken, 20 Autonomen Republiken, acht Autonomen Gebieten und zehn Autonomen Kreisen bestimmt. Drei Faktoren waren in Vergangenheit und Gegenwart im wesentlichen für die Veränderungen in der ethnischen Zusammensetzung verantwortlich:

- a) das unterschiedliche Geburtenverhalten der Völker, bzw. der unterschiedliche natürliche Zuwachs der Völker;
- b) ihr extrem verschiedenes Migrationsverhalten, bzw. die Ausbreitung der Russen in fast allen Regionen der UdSSR;
- c) die nationale Assimilation, d. h. der Wechsel der nationalen Identität.

Heute und für die absehbare Zukunft bestimmt von den drei Faktoren das unterschiedliche Geburtenverhalten der Völker am stärksten die Verschiebungen in der nationalen Bilanz. Während in der Vorkriegszeit die Geburtenraten der Völker vergleichsweise geringe Unterschiede aufwiesen (Tabelle 2), fielen seit den fünfziger Jahren die Geburtenziffern bei den slawischen und baltischen Völkern; gleichzeitig stiegen sie bei den Völkern islamischer Tradition in Zentralasien und im östlichen Kaukasus und erreichten hier um 1960 ihren Höhepunkt. In den siebziger Jahren gingen dann überall die Geburtenraten und mit ihnen der Bevölkerungszuwachs zurück. Aber die entstandene statistische Schere zwischen geburtenstarken und geburtenschwachen Völkern blieb nicht nur erhalten, sie öffnete sich sogar noch weiter. Denn der

Rückgang des Bevölkerungszuwachses vollzog sich schneller bei jenen Völkern, die ohnehin langsam wuchsen, und weniger rasch bei den Völkern Zentralasiens, die von einem hohen Zuwachs ausgehen konnten. Gegenwärtig sind die Geburtenraten in den zentralasiatischen Republiken doppelt so hoch wie in den slawischen und baltischen Republiken; der natürliche Bevölkerungszuwachs ist in Zentralasien fünfmal größer.

Das Ansteigen des „islamischen“ Teiles der Bevölkerung geht im wesentlichen auf den weit überdurchschnittlichen Zuwachs bei den fünf großen Völkern Zentralasiens (Usbeken, Kasachen, Tadschiken, Turkmenen, Kirgisen) und den Aseri-Türken (Aserbajdschaner) zurück. Diese sechs Völker haben sich von 15,9 Millionen 1959 auf 31,3 Millionen Menschen 1979 vermehrt; ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung stieg im gleichen Zeitraum von 7,6 % auf 12 %. Die Usbeken, Tadschiken und Turkmenen haben sich in 20 Jahren mehr als verdoppelt. Dabei wuchs das bei weitem größte Turkvolk der Sowjetunion, die Usbeken, von 6 Millionen (1959) auf 12,5 Millionen (1979), überholte die Weißrussen und ist nun nach den Russen und Ukrainern das drittgrößte Volk im Verband der UdSSR. Während der Gesamtanteil der „islamischen“ Bevölkerung 1959 noch 11,6 % (= 24,2 Millionen) betrug, belief er sich 1979 auf 16,5 % (= 43 Millionen). Wegen der außer-

²⁾ Ju. V. Arutjunjan, Nacional'no-regional'noe muogobrazie sovetskoj derevni, in: Sociologičeskie issledovanija (1980), 3, S. 73–81; M. I. Kuličenko, Dialektika nacional'nogo i internacional'nogo v zrelom socialističeskom obščestve, in: Obščestvennye nauki (1980), 2, S. 55–68.

Tabelle 2

Natürlicher Bevölkerungszuwachs nach Unionsrepubliken (pro 1000 Einwohner)

	1940			1960			1978		
	Ge- burten	Todes- fälle	natür- licher Zu- wachs	Ge- burten	Todes- fälle	natür- licher Zu- wachs	Ge- burten	Todes- fälle	natür- licher Zu- wachs
UdSSR	31,2	18,0	13,2	24,9	7,1	17,8	18,2	9,7	8,5
RSFSR	33,0	20,6	12,4	23,2	7,4	15,8	15,9	10,3	5,6
Ukrainische SSR	27,3	14,3	13,0	20,5	6,9	13,6	14,7	10,7	4,0
Weißbrussische SSR	26,8	13,1	13,7	24,4	6,6	17,8	15,9	9,1	6,8
Usbekische SSR	33,8	13,2	20,6	39,9	6,0	33,9	33,9	6,9	27,0
Kasachische SSR	40,8	21,4	19,4	37,3	6,6	30,7	24,4	7,4	17,0
Georgische SSR	27,4	8,8	18,6	24,7	6,5	18,2	17,7	8,0	9,7
Aserbaidsschanische SSR	29,4	14,7	14,7	42,7	6,7	36,0	24,9	6,7	18,2
Litauische SSR	23,0	13,0	10,0	22,5	7,8	14,7	15,3	10,0	5,3
Moldauische SSR	26,6	16,9	9,7	29,2	6,4	22,8	20,1	9,8	10,3
Lettische SSR	19,3	15,7	3,6	16,7	10,0	6,7	13,6	12,4	1,2
Kirgisische SSR	33,0	16,3	16,7	36,9	6,1	30,8	30,4	8,1	22,3
Tadschikische SSR	30,6	14,1	16,5	33,5	5,1	28,4	37,5	8,3	29,2
Armenische SSR	41,2	13,8	27,4	40,1	6,8	33,3	22,2	5,5	16,7
Turkmenische SSR	36,9	19,5	17,4	42,4	6,5	35,9	34,4	8,0	26,4
Estnische SSR	16,1	17,0	-0,9	16,6	10,5	6,1	14,9	12,2	2,7

Quelle: S.I. Brook, Demographical and ethnogeographical changes in the USSR according to post-war data up to 1979, in: Geo Journal, Sonderheft 1/1980, S. 10.

ordentlich günstigen Altersstruktur der großen Völker islamischer Tradition, bei denen die geburtenstarken Jahrgänge gegenwärtig ins heiratsfähige Alter eintreten, und der anhaltend hohen Kinderzahl ist davon auszugehen, daß die nationale Bevölkerungsbilanz sich in den kommenden Jahrzehnten weiter zu ihren Gunsten verschieben wird.

Mit Zuwachsraten, die weit unter dem Unionsdurchschnitt liegen, rangieren die Letten und Esten am Schluß unter den Völkern mit eigener Unionsrepublik. Dies muß um so beunruhigender sein, als diese beiden Völker ohnehin die mit Abstand kleinsten Titularvölker von Unionsrepubliken sind. Andererseits verzeichnen die Letten und Esten schon seit mindestens einem halben Jahrhundert eine erheblich niedrigere Zuwachsraten als alle umwohnenden Völker. Dies war weder ein Hindernis für den Aufbau eines eigensprachigen und eigenständigen kulturellen Lebens in all seinen Verzweigungen noch für ökonomische und soziale Leistungen, die bei den meisten Indikatoren die Spitzenpositionen im Republikervergleich halten.

Betrachtet man die ethnische Zusammensetzung der Bevölkerung unter dem Gesichtspunkt des quantitativen Verhältnisses von Russen zu Nichtrussen, so markiert auch hier — ähnlich wie bei der Entwicklung der Gebur-

tenraten — das Ende der fünfziger Jahre einen Einschnitt. Bis zu diesem Zeitpunkt nahm das relative Gewicht der Russen in der Gesamtbevölkerung zu, seither sinkt es. Damit ist ein Trend in sein Gegenteil verkehrt worden, der zumindest seit Ende des 19. Jahrhunderts bestanden hatte. Diese Umkehrung geschah, obwohl in der Nachkriegszeit die Zahl der Russen durch echte und vorgetäuschte nationale Assimilation vergrößert wird. Vorgetäuschte Assimilation kommt dadurch zustande, daß es für die Angehörigen mancher Völker unter bestimmten Umständen sozial vorteilhaft ist, sich als Russen zu bezeichnen. Deshalb erscheint die Vermutung nicht ungerechtfertigt, daß der tatsächliche Prozentanteil der Russen bereits heute unter 50 % liegt.

Das unterschiedliche Geburtenverhalten der Völker ist in gewissem Sinne eine Gegenbewegung zur Ausbreitung der Russen in fast alle Regionen der UdSSR. Diese Migration der Russen — der eigentlichen Nomaden der Sowjetunion — hat vom Ende der zwanziger bis zum Ende der fünfziger Jahre die ethnische Zusammensetzung der meisten national-territorialen Einheiten von Grund auf verändert. Mit dieser Wanderung setzten die Russen einen grundlegenden Strukturprozeß ihrer Geschichte fort, die ja wesentlich die Ausbreitung dieses Volkes von seinen ursprünglichen

Siedlungsgebieten nach Süden und Osten gewesen ist.

Neben den Russen sind die Tataren und die Juden die migrationsfreudigsten Völker gewesen; sie haben einen vergleichbaren Prozeß der geographischen Zerstreuung erlebt. Die Deutschen und die Krimtataren sind dagegen zwangsweise aus ihrer angestammten Heimat vertrieben worden und werden bis heute an einer Rückkehr aus Zentralasien und Sibirien gehindert.

Zwischen 1926 und 1959 nahm der russische Bevölkerungsanteil in allen Unionsrepubliken zu, gleichzeitig verminderte sich der Anteil der einheimischen Völker (außer in Weißrußland, Aserbaidschan und Armenien). Besonders drastisch erhöhte die Migration der Russen deren Anteil an der Republikbevölkerung in der Ukraine und in den fünf asiatischen Unionsrepubliken. In Kasachstan und Kirgisien wurden die Titularnationen dadurch zu Minderheiten im eigenen Territorium. Nimmt man die RSFSR in ihren heutigen Grenzen, also ohne Kasachstan, Kirgisien, Karakalpakien und die Krim, die 1926 zu ihr gehörten, so lebten damals nur 7 % der Russen (= 5 416 000) außerhalb der russischen Föderation. Dieser Anteil hat sich auf 14,2 % 1959 (= 16 251 000) und 17,4 % 1979 (= 23 875 000) erhöht. Die Russen haben sich aber auch innerhalb der RSFSR ausgebreitet und sind in großer Zahl in die nationalen Territorien in Ostsibirien und im Nordkaukasus eingewandert. So stieg etwa ihr Anteil an der Bevölkerung der Jakutischen ASSR von 10,4 % (1926) auf 44,2 % (1959); für die Burjatische ASSR lauten die entsprechenden Zahlen 52,7 % und 74,6 %. Bei der Volkszählung von 1959 waren in 14 Autonomen Republiken der RSFSR jeweils um 40 % oder mehr der Bevölkerung Russen; Ausnahmen bildeten lediglich Dagestan und die ASSR der Tschuwaschen mit etwas über 20 % russischem Bevölkerungsanteil.

Die politische Bedeutung dieser Ausbreitung des Staatsvolkes in fast allen Regionen des Landes innerhalb von drei Jahrzehnten ist kaum zu überschätzen. Diese Migration, bedingt durch ländliche Überbevölkerung in Zentralrußland, wurde seit den dreißiger Jahren durch die sowjetische Nationalitätenpolitik aktiv gefördert. Die Förderung bestand und besteht im wesentlichen darin, daß Industrialisierung und Modernisierung sich im Medium der russischen Sprache und folglich zum großen Teil durch russische Fachkräfte vollziehen. Stalin gab die in den zwanziger Jahren

entwickelte Nationalitätenpolitik auf, die soziale Revolution in möglichst vielen, wenn nicht allen Sprachen der UdSSR durchzuführen.

Die Migration der Russen in alle Teile des riesigen Landes wurde dadurch begünstigt, daß Fachkräfte — vom Facharbeiter bis zum Minister — überall Arbeitsplätze fanden, an denen sie in ihrer Muttersprache tätig sein konnten. Hinzu kam, daß bis zum Zweiten Weltkrieg in den östlichen und südlichen Landesteilen (außer in der Ukraine und im Transkaukasus) Einheimische für Entwicklungsprojekte gleich welcher Art — von der Landwirtschaft bis zum Sekundarschulwesen — praktisch nicht vorhanden waren. Die Russen sind das einzige Volk, denen muttersprachliche Bildungs- und Kultureinrichtungen, Medien und öffentliches Leben in russischer Sprache überall in der UdSSR zur Verfügung stehen. Sie sind das einzige Volk, für das jenes vielgepriesene Territorialprinzip der sowjetischen Nationalitätenpolitik nicht gilt. Auf sie — und nur auf sie — wird vielmehr das offiziell verdammte kulturautonomistische Personalprinzip angewandt, das jedem Angehörigen einer Nation — gleichgültig, wo er ansässig ist — kulturelles Leben und öffentliche Einrichtungen in seiner Muttersprache garantiert.

Die Ausbreitung der Russen war für die Herrschaftssicherung von entscheidender Bedeutung. In den nationalen Territorien der RSFSR ist bis auf wenige Ausnahmen (z. B. Dagestan) das russische Bevölkerungselement bereits aufgrund seiner Quantität bestimmend. Dies ist zwar in den nichtrussischen Unionsrepubliken in der Regel nicht der Fall, aber auch hier gibt es nur noch in ländlichen Gebieten eine geschlossene nichtrussische Bevölkerung. Die europäischen Einwanderer sind in den Städten und Industriegebieten konzentriert und nehmen so unter dem Gesichtspunkt einer sich modernisierenden Gesellschaft Schlüsselstellungen ein. Politisch-separatistische, ja sogar radikal-kulturautonomistische Bestrebungen haben deshalb von vornherein etwas Illusionäres an sich. Nur Armenien, Georgien und Litauen sind in diesem Sinne kaum von russischer Einwanderung berührt worden. Die geringe Zahl der Russen in Weißrußland hat dagegen keinen Aussagewert im Sinne nationaler Eigenständigkeit, weil eine nationale Identität bei den Weißrussen erheblich schwächer entwickelt ist als bei vielen anderen Völkern der UdSSR.

Man muß die politische Bedeutung der russischen Migration vor Augen haben, um die de-

mographische Zäsur am Ende der fünfziger Jahre richtig einzuschätzen. In den sechziger und besonders in den siebziger Jahren kam die russische Migration in die fünf asiatischen und drei transkaukasischen Republiken allmählich zum Stillstand und wurde bevölkerungspolitisch von den steigenden Zuwachsraten der einheimischen Völker völlig in den Hintergrund gedrängt. Aus Georgien gab es schon seit den sechziger Jahren eine Netto-Abwanderung der Russen, aus Aserbaidschan seit den siebziger Jahren, so daß in diesen beiden Republiken nicht nur der Prozentanteil, sondern auch die absoluten Zahlen der russischen Bewohner rückläufig sind. Für Kasachstan, Kirgisien und Armenien erscheint ebenfalls eine Netto-Abwanderung von Russen in den siebziger Jahren wahrscheinlich³⁾. Dagegen hat sich die Zuwanderung von Russen nach Westen, d. h. in die Ukraine, Weißrußland, die Moldau und die drei baltischen Republiken in — gegenüber den sechziger Jahren — abgeschwächtem Umfang auch im vergangenen Jahrzehnt fortgesetzt. In keiner Unionsrepublik steigt der russische Bevölkerungsanteil gegenwärtig so rasch wie in Lettland und Estland.

Die insgesamt gesehen erstaunliche Migrationsfreudigkeit der Russen in Regionen außerhalb der traditionellen russischen Siedlungsgebiete steht in einem eklatanten Gegensatz zur Unwilligkeit der meisten Völker

der UdSSR, in ähnlicher Weise die angestammte Lebens- und Kulturregion zu verlassen. Die Neigung, in der eigenen Republik zu bleiben oder allenfalls in eine sprachlich und kulturell verwandte Nachbarrepublik umzuziehen, ist besonders bei den schnell wachsenden Völkern Asiens stark ausgeprägt. 1979 lebten 99,3 % der Usbeken, 98,5 % der Kirgisen, Tadschiken und Turkmenen und 91,8 % der Kasachen in den fünf asiatischen Unionsrepubliken.

Eine massenhafte und freiwillige Abwanderung von Angehörigen der asiatischen Völker nach Norden, selbst unter erheblichem ökonomischen Druck, erscheint auch deshalb unwahrscheinlich, weil die Tendenz zur kompakten nationalen Siedlung nicht auf sie beschränkt ist und für alle Völker mit eigenen Unionsrepubliken gilt, ausgenommen die Russen und Weißrussen. Der demographische Trend gegen die nationale Zerstreuung scheint bei diesen Völkern schon seit Anfang des 20. Jahrhunderts wirksam zu sein⁴⁾.

Zusammenfassend bleibt mit Blick auf die ethnische Zusammensetzung und die Wanderungsbewegungen der Völker festzuhalten, daß die Volkszählung von 1979 im wesentlichen die Tendenzen bestätigt hat, die seit 1959 sichtbar sind. Von heute her gesehen fand die letzte einschneidende demographische Zäsur in den fünfziger Jahren statt.

II. Modernisierung und Nationalismus

Wachsender Nationalismus und Regionalismus sind eine weltweite Erscheinung und keineswegs auf die Sowjetunion beschränkt. Einerseits handelt es sich offenbar um eine Gegenbewegung gegen Industrialisierung, Bildung wirtschaftlicher Großräume, Ökonomisierung und Anonymität in den Industrieländern. Der Nationalismus als emotional gefärbtes Wir-Bewußtsein bietet überschaubare und von sozialökonomischen Faktoren relativ unabhängige Identifikationen an. Auf der anderen Seite haben in den Ländern der Dritten Welt Dekolonialisierung und das Entstehen vieler neuer — zumeist ethnisch uneinheitlicher — Staaten Nationalismus und Patriotismus begünstigt, bzw. sie sind Motoren der Ent-

kolonialisierung gewesen. Die Verschiedenartigkeit der Strukturen bringt es mit sich, daß die Sowjetunion sowohl ein Industrieland (z. B. Estland, Lettland) als auch ein Entwicklungsland (z. B. Zentralasien) ist. So übt der Nationalismus seine Anziehungskraft gleichermaßen auf die Eliten jener Völker aus, die bis vor wenigen Jahrzehnten keine Bildungsschicht besaßen (z. B. die Tadschiken), wie auf die estnischen Industriemanager und Parteifunktionäre.

Die vergleichende historische Forschung hat gezeigt, daß Modernisierung und Nationalismus vielfach aufeinander bezogen sind. Sie schließen einander nicht nur nicht aus, sondern sie begünstigen sich gegenseitig beson-

³⁾ Vgl. die Berechnungen von A. Sheehy, The national composition of the population of the USSR according to the census of 1979, Radio Liberty Research Bulletin 123/80, 27. März 1980, S. 16.

⁴⁾ R. A. Lewis, The mixing of Russians and Soviet nationalities and its demographic impact, in: E. Allworth (Hrsg.), Soviet nationality problems, New York/London 1971, S. 145.

ders dort, wo Prozesse der Nationsbildung im Gang sind oder wo nationale Bewegungen unbefriedigt geblieben sind, d. h. nicht in staatlicher Selbständigkeit haben Ausdruck finden können⁵⁾. Der neuzeitliche Nationalismus ist gleichzeitig mit der Modernisierung seit der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts zu einer universalhistorischen Triebkraft geworden. Beide hängen aufs engste mit sozialen und politischen Wandlungsvorgängen in traditionellen Gesellschaften zusammen.

Als besonders günstige Voraussetzungen für das Entstehen nationaler Bewegungen erweisen sich u. a. die Durchsetzung moderner Verwaltungsstrukturen, insbesondere wenn sie von fremdnationalen Eliten beherrscht sind, soziale Mobilisierung der Bevölkerung, ein überregionales Kommunikationsnetz, Ausweitung der Bildungsmöglichkeiten für soziale Schichten, die davon früher ausgeschlossen waren, und Probleme der politischen Partizipation in der Gesellschaft insgesamt. Die marxistische Auffassung vom Nationalismus als einer Ideologie des Bürgertums kann durch die vergleichende historische Forschung als widerlegt betrachtet werden. Eine besondere Rolle kommt dagegen den Intelligenz-Eliten bei der Entstehung und Führung nationaler Bewegungen zu⁶⁾. Alle genannten Bedingungen des Nationalismus sind in der Sowjetunion gegeben. Sie ist zudem ein Land, in dem zwar vielfache Modernisierungsprozesse angelaufen sind, Modernisierung insgesamt aber von Rückständigkeit und Nachholbedarf gegenüber vielen anderen Industrieländern mitbestimmt ist.

Industrialisierung, Urbanisierung und vor allem die Bildungsexplosion haben bei vielen islamischen Völkern überhaupt erst nationales Eigenbewußtsein entstehen lassen. Die sowjetische Führung hat dies — natürlich entgegen den eigenen Intentionen — noch durch die administrative Aufteilung Zentralasiens nach Völkern gefördert. So haben gerade jene Maßnahmen, deren Zweck die Gleichheit der Völker und die Internationalisierung der sowjetischen Gesellschaft waren, nationale Identifikation begünstigt und nationale Eliten erst geschaffen. Inzwischen sind überall nationale Bildungs-Eliten herangewachsen und haben wichtige Funktionen in Wirtschaft, Partei und Bildungswesen ihrer jeweiligen Republiken übernommen. Sie drängen weiter nach vorne

und geraten in Konflikt mit den eingewanderten Russen bzw. Ukrainern, die zuvor einen Großteil dieser Funktionsstellungen innegehabt hatten.

Eine ähnliche Situation wie bei den islamischen Völkern ist auch bei den Völkern im Westen und im Transkaukasus entstanden. Hier sind heute nach den stalinschen Säuberungen und Deportationen wieder nationale Kader nachgewachsen, die zwar in der Regel das Sowjetsystem nicht prinzipiell in Frage stellen, die aber keineswegs aufgehört haben, sich mit dem eigenen Volkstum zu identifizieren und für dessen kulturelle und ökonomische Belange im Verband der Sowjetunion eintreten. Für die Intelligenz der baltischen Völker, allen voran die Litauer, gilt dies allerdings nur mit Einschränkungen, denn hier zeigen sich seit den sechziger Jahren starke desintegrierende Kräfte und offene Opposition. Auch in diesem Fall bestätigt sich die Hypothese vom engen Zusammenhang zwischen Modernisierung und nationalem Eigenbewußtsein. Estland und Lettland sind die mit Abstand am höchsten industrialisierten nicht-russischen Republiken; und Litauen befindet sich besonders seit 1960 in einem schnellen Industrialisierungsprozeß. Im Zeitraum von 1960 bis 1970 nahm es im Republikvergleich den ersten Platz hinsichtlich der Wachstumsrate des Nationaleinkommens ein⁷⁾.

Die neuen nichtrussischen Eliten treffen auf gesamtgesellschaftliche Bedingungen, die sich gegenüber den dreißiger und vierziger Jahren beträchtlich verändert haben. In der nachstalinschen Gesellschaft hat der dauernde terroristische Druck von oben nachgelassen, und die unterschiedlichsten gesellschaftlichen Kräfte haben wieder mehr Eigenleben entfalten können. Die innenpolitischen Entscheidungen der Kremführung sind heute in beträchtlichem Ausmaß Reaktionen auf gesellschaftliche Herausforderungen, die von der Führung weder intendiert noch erwartet worden waren. Die — wie auch immer begrenzte — Emanzipation gesellschaftlicher Kräfte von einem seinem Anspruch nach totalitären Herrschaftsapparat hat das individuelle und gruppenspezifische Selbstbewußtsein erheblich gestärkt und damit auch dem nationalen Bewußtsein wieder Betätigungsräume eröffnet, die in der Stalinzeit durch Terror und Angst verschlossen worden waren.

⁵⁾ O. Dann (Hrsg.), *Nationalismus und sozialer Wandel*, Hamburg 1978.

⁶⁾ Dann, a. a. O., S. 209–217.

⁷⁾ Z. Katz/R. Rogers/F. Harned (Hrsg.), *Handbook of major Soviet nationalities*, New York/London 1975, S. 119f.

Als weiterer Verstärker für Nationalismus wirkt in der sowjetischen Situation ein weitverbreitetes geistiges Vakuum, das hinter der phrasenreichen Fassade der offiziellen Weltanschauung entstanden ist. Hinter dieser Fassade und auch unter ihrem Schutz gehen geistige und bewußtseinsmäßige Veränderungen vor sich, die wir nur teilweise kennen und die auch die politische Führung in ihrer selbstverschuldeten Isolierung von der Gesellschaft möglicherweise nicht einzuschätzen vermag. Aber mit Sicherheit strömten in dieses geistige Vakuum auch nationalistisches Ideengut und Ressentiment ein. Die Identifikation mit dem eigenen Volkstum und die Bereitschaft, sich für dessen Förderung einzusetzen, spielen heute für den gesellschaftlichen Zustand der Sowjetunion eine größere Rolle als vor dreißig oder vierzig Jahren. Insofern ist das nationale Problem heute weniger „gelöst“ als damals.

Die sehr unterschiedlichen gesellschaftlichen Strukturen bei den Völkern und in den verschiedenen Landesteilen sind auch durch die ökonomische Entwicklung nicht ausgeglichener geworden. Schon seit den zwanziger Jahren figuriert die wirtschaftliche Gleichheit aller Völker und Regionen als Ziel mit hoher Priorität in allen programmatischen Äußerungen von Partei und Staat. In der heutigen Propaganda steht manchmal die Behauptung, die wirtschaftliche Gleichheit der Völker sei längst erreicht, und die Aufforderung, dafür noch mehr als bisher zu kämpfen, in merkwürdiger Unverbundenheit nebeneinander⁸⁾. Tatsächlich zeigen westliche Untersuchungen, daß das Ziel einer ausgeglichenen wirtschaftlichen Entwicklung aller Regionen in immer weitere Ferne rückt und in der konkreten wirtschaftlichen Planung auch niemals eine besonders hohe Priorität besessen hat⁹⁾.

Seit den fünfziger Jahren hat sich bei einem überall steigenden Entwicklungsniveau der

Abstand zwischen den wirtschaftlich starken und schwachen Unionsrepubliken sowohl hinsichtlich der Bruttoproduktion pro Kopf in Industrie und Landwirtschaft als auch im Hinblick auf das produzierte Nationaleinkommen pro Kopf der Bevölkerung zum Teil erheblich vergrößert. Nach der Planung wird sich auch vorläufig nichts daran ändern, daß die drei ökonomisch schwächsten Republiken (Turkmenistan, Tadschikistan, Usbekistan) Mitte der siebziger Jahre nur etwas mehr als ein Viertel des Pro-Kopf-Wertes der drei am meisten entwickelten Republiken (Estland, Lettland, RSFSR) produzierten¹⁰⁾.

Unter nationalitätspolitischen Gesichtspunkten wiegen diese Fakten um so schwerer, als sie einer umgekehrten Tendenz im Bereich der Bildungsinvestitionen und damit beim Heranwachsen nationaler Eliten gegenüberstehen. Die Unterschiede zwischen den Unionsrepubliken bei den Pro-Kopf-Ausgaben für das Schul- und Hochschulwesen waren bereits in den fünfziger Jahren geringer, und sie haben sich seitdem weiter verkleinert. Dies konnte trotz des sich vergrößernden Abstandes zwischen der überdurchschnittlich hohen Geburtenrate der islamischen Völker und der relativ niedrigen Geburtenrate der europäischen Völker erreicht werden. Wählt man den Anteil von Personen mit mittlerer Bildung und Hochschulbildung an der Gesamtbevölkerung als Indikator, so sind die Unterschiede zwischen den Unionsrepubliken seit den fünfziger Jahren beträchtlich zurückgegangen. Nach der Zahl der Hochschulstudenten hatten die Turkvölker Mitte der siebziger Jahre fast einen ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung entsprechenden Stand erreicht und waren damit unter den sowjetischen Hochschülern proportional besser repräsentiert als beispielsweise die Ukrainer¹¹⁾. In zugespitzter Formulierung läßt sich sagen: In der Sowjetunion werden immer mehr nationale Eliten in relativ immer ärmeren Regionen des Landes ausgebildet — eine der klassischen Voraussetzungen für nationale Spannungen.

⁸⁾ Vgl. M. I. Kuličenko, *Social'no-ekonomičeskie osnovy vzaimovlijanija i vzaimoobogaščeniija nacionalnych kul'tur v uslovijach razvitogo socializma*, in: *Voprosy istorii*, (1977), 5, S. 28.

⁹⁾ V. N. Bandera/ Z. L. Melnyk (Hrsg.), *The Soviet economy in regional perspective*, New York/Washington/London 1973; H.-J. Wagener, *Wirtschaftswachstum in unterentwickelten Gebieten. Ansätze zu einer Regionalanalyse der Sowjetunion*, Berlin 1972.

¹⁰⁾ N. Penkaitis, *Der Finanzausgleich in der Sowjetunion und seine Bedeutung für die Wirtschaftsentwicklung der Unionsrepubliken*, Berlin 1977, S. 191.

¹¹⁾ *Narodnoe chozjajstvo SSSR za 60 let*, Moskau 1977, S. 588.

III. Sprachen, Sprachenpolitik, nationale Assimilation

Neben der Vermischung der Völker, die im wesentlichen eine Ausbreitung der Russen war, gilt seit der neuen Nationalitätenpolitik Stalins vom Ende der dreißiger Jahre die russische Sprache als eines der wichtigsten Integrationsinstrumente im sowjetischen Vielvölkerstaat. In der Stalinzeit bestand die Aufgabe darin, durch obligatorischen Russischunterricht im allgemeinbildenden Schulwesen die elementaren Voraussetzungen für die Durchsetzung des Russischen als lingua franca zu schaffen. Seit Ende der fünfziger Jahre hat die Sprachenpolitik eine ganz neue bevölkerungspolitische Dringlichkeit erhalten. Wenn der Anteil der Russen an der Bevölkerung abnahm, war es um so notwendiger, daß die anderen Völker sich die russische Sprache aneigneten, denn sonst war ein fortschreitender sprachlicher Desintegrationsprozeß, der leicht in einen politischen übergehen konnte, unvermeidlich — dieses politische Kalkül muß man der sowjetischen Führung unterstellen. Die neue politische Doktrin in der Sprachenpolitik hieß deshalb: Zweisprachigkeit für die Nicht-russen. In der nationalitätenpolitischen Praxis hat sich insbesondere mit den Maßnahmen seit 1978 erneut bestätigt, daß die Forderung nach Zweisprachigkeit die Durchsetzung des Russischen in möglichst vielen Bereichen des öffentlichen Lebens zum Ziel hat und daß damit in der Tendenz die nicht-russischen Sprachen in den privaten Sektor abgedrängt werden sollen.

Der Slogan „Russisch als zweite Muttersprache“, der seit Ende der fünfziger Jahre in nicht endenden Wiederholungen die Propaganda und die einschlägigen Parteidokumente beherrscht, ist also in erheblichem Maß eine Reaktion auf demographische Veränderungen. An die Stelle der in den sechziger und siebziger Jahren auslaufenden russischen Bevölkerungsmigration tritt gewissermaßen die Ausbreitung der russischen Sprache als Integrationsinstrument.

Die Volkszählung von 1970 enthielt deshalb erstmalig die Frage nach guten Kenntnissen der russischen Sprache bzw. nach freier Beherrschung einer anderen Sprache der UdSSR. Der angewandte Terminus „freie Beherrschung des Russischen“ unterliegt selbstverständlich der subjektiven Interpretation des Befragten; andererseits erscheint eine andere und objektivere Einschätzung des Kenntnisstandes einer Fremdsprache bei einer Volkszählung kaum möglich.

Im Jahre 1970 hatten 41,8 Millionen Nicht-russen (= 37,1 % der Nicht-russen) angegeben, daß sie über gute russische Sprachkenntnisse verfügten. Addiert man hierzu jene 13 Millionen Nicht-russen mit Russisch als Muttersprache, so ergibt sich, daß 1970 48,7 % der nicht-russischen Bevölkerung in der Lage waren, auf russisch zu kommunizieren. Ein halbes Jahrhundert nach der Revolution und 40 Jahre nach der Einführung des obligatorischen Russischunterrichts in den allgemeinbildenden Schulen stellte sich also heraus, daß noch immer mehr als die Hälfte der nicht-russischen Bevölkerung oder 24 % der Gesamtbevölkerung über schlechte oder gar keine Kenntnisse der lingua franca verfügte. Diese Tatsache wog um so schwerer, als die mangelhaften Kenntnisse der „zweiten Muttersprache“ insbesondere bei den großen, schnell wachsenden Randvölkern mit eigener Unionsrepublik zu verzeichnen waren (Tabelle 3).

Es ist deshalb nicht verwunderlich, daß die Propagierung des Russischen und administrative Maßnahmen der Sprachenpolitik in den siebziger Jahren in erster Linie in den nicht-russischen Unionsrepubliken ansetzten und hier in der Verbreitung des Russischen als Zweitsprache deutliche Erfolge zu verzeichnen sind. Dabei ist davon auszugehen, daß in einer Bevölkerung mit vergleichsweise geringer Verbreitung der „zweiten Muttersprache“ grundsätzlich größere Steigerungsmöglichkeiten bestehen als dort, wo bereits zwei Drittel der Menschen mehr oder weniger bilingual sind. 61,1 Millionen Nicht-russen (= 49 % der Nicht-russen) beherrschten nach den Angaben von 1979 das Russische als zweite Sprache; hinzu kamen 16,3 Millionen Nicht-russen (= 13,1 %) mit russischer Muttersprache, so daß jetzt 62,1 % der Nicht-russen auf russisch kommunizieren konnten.

Analysiert man jedoch diese Zahlen im einzelnen, so entstehen erhebliche Zweifel an ihrer Glaubwürdigkeit. Gänzlich aus dem Rahmen fällt der angebliche Eifer der Usbeken für die russische Sprache. Nach den Versicherungen der Statistik konnten 1979 360 % mehr Usbeken gut russisch als 1970, während die von gleicher Basis ausgehenden Turkmenen und Tadschiken sich „nur“ um 119 % bzw. 161 % steigerten. Die Zahl der Esten mit russischer Zweitsprache nahm dagegen um 15 % ab — auch dies ein statistischer Rekord, mit dem die Esten ganz allein stehen. Diese Merkwürdigkeiten zusammen mit anderen Informationen

Tabelle 3

Nationen und Sprachen

Titularnationen der Unionsrepubliken	Sprache der eigenen Nation als Muttersprache (in %)			Russisch als Zweitsprache (in %)	
	1926	1959	1979	1970	1979
Ukrainer	87,1	87,7	82,8	36,3	49,8
Weißrussen	71,9	84,2	74,2	49,0	57,0
Usbeken	99,1	98,4	98,5	14,5	49,3
Kasachen	99,6	98,4	97,5	41,8	52,3
Georgier	96,5	98,6	98,3	21,3	26,7
Aserbajdschaner	93,8	97,6	97,9	16,6	29,5
Litauer	46,9 ¹⁾	97,8	97,9	35,9	52,1
Moldauer	92,3 ¹⁾	95,2	93,2	36,1	47,4
Letten	78,3 ¹⁾	95,1	95,0	45,2	56,7
Kirgisen	99,0	98,7	97,9	19,1	29,4
Tadschiken	98,3	98,1	97,8	15,4	29,6
Armenier	92,4	89,9	90,7	30,1	38,6
Turkmenen	97,3	98,9	98,7	15,4	25,4
Esten	88,4 ¹⁾	95,2	95,3	29,0	24,2
<i>Titularnationen der Autonomen Republiken der RSFSR</i>					
Baschkiren	53,8	61,9	67,0	53,3	64,9
Tataren	98,9	92,1	85,9	62,5	68,9
Völkerschaften Dagestans	99,3	96,2	95,9	41,7	60,3
Udmurten	98,9	89,1	76,5	63,3	64,4
Tschuwaschen	98,7	90,8	81,7	58,4	64,8
Tschetschenen und Inguschen	99,7	98,7	98,4	67,6	76,7
Komi	96,5	89,3	76,2	63,1	64,5
Mordwinen	94,0	78,1	72,6	65,7	65,5
Burjaten	98,1	94,9	90,2	66,7	71,9
Jakuten	99,7	97,6	95,3	41,7	55,6
Karelier	95,5	71,3	55,6	59,1	51,3
Mari	99,3	95,1	86,7	62,4	69,9
Kabardiner und Balkaren	99,4	97,7	97,7	71,5	77,1
Oseten	97,9	89,1	88,2	58,6	64,9
Kalmüken	99,3	91,0	91,3	81,1	84,1
Tuwiner	—	99,1	98,8	38,9	59,2
<i>Nationen ohne eigenes Territorium²⁾</i>					
Deutsche	94,9	75,0	57,0	59,6	51,7
Juden ³⁾	71,9	21,5	14,2	16,3	13,7
Polen	42,9	45,2	29,1	37,0	44,7
Koreaner	98,9	79,3	55,4	50,3	47,7
Bulgaren	92,4	79,4	68,0	58,8	58,2
Griechen	72,7	41,5	38,0	35,4	34,1
Karakalpaken ⁴⁾	87,5	95,0	95,9	10,4	45,1
Ujguren	52,7	85,0	86,1	35,6	52,1
Zigeuner	64,2	59,3	74,1	53,0	59,1
Gagausen	—	94,0	89,3	63,3	68,0
Ungarn	—	97,2	95,4	25,8	34,2
Völkerschaften des Nordens ⁵⁾	—	75,7	61,8	52,3	54,0

Quelle: Vgl. die Quellen zu Tabelle 1. Die Zahlen für 1926 nach: Nacional'naja politika VKP (b) v cifrach, Moskau 1930.

¹⁾ Die Zahl der Litauer, Letten, Esten und Moldauer betrug vor 1939/40 nur einen Bruchteil der Bevölkerungszahlen dieser Nationen nach der Okkupation der Westgebiete durch die UdSSR.

²⁾ In die Tabelle wurden nur Völker aufgenommen, die 1979 mehr als 150 000 Menschen zählten.

³⁾ Für die Juden besteht formell das Jüdische Autonome Gebiet (Birobidžan).

⁴⁾ Für die Karakalpaken existiert eine ASSR im Verband der Usbekischen Unionsrepublik.

⁵⁾ Für die Völkerschaften des Nordens bestehen seit 1930 zehn Autonome Kreise im Verband der RSFSR.

lassen den Schluß zu, daß in der Sprachenstatistik einerseits die Absicht, eine politische Leistungsschau vorzuführen (in Usbekistan), und andererseits antirussische Emotionen (in Estland) erheblich auf die Zahlen eingewirkt haben.

Trotz des Zweifels an bestimmten Zahlen stimmen manche Gesamteindrücke von der Sprachenstatistik durchaus mit anderen Beobachtungen der nationalitätenpolitischen Situation überein. So sind russische Sprachkenntnisse auch 1979 bei den Völkern innerhalb der RSFSR, die nur einen autonomen Status haben, und bei jenen ohne territoriale Verwaltungseinheit deutlich stärker verbreitet als bei den Randvölkern mit eigenen Unionsrepubliken. Dies war schon deshalb zu erwarten, weil das öffentliche Leben und vor allem das Bildungswesen innerhalb der RSFSR in den vergangenen 20 Jahren fast vollständig auf die russische Sprache umgestellt worden sind. Nur für Tataren und Baschkiren gibt es noch Mittelschulen, in denen die Muttersprache bis zur 10. Klasse Unterrichtssprache ist; aber auch hier besucht ein Großteil der Kinder russische Schulen. Für alle anderen Sprachgruppen wird Schulunterricht in der Muttersprache zumeist nur in den Grundschulklassen angeboten.

Die Forderung nach Zweisprachigkeit betrifft übrigens nicht die Russen — ganz im Gegensatz zur Nationalitätenpolitik der zwanziger und dreißiger Jahre. 1970 beherrschten nur 3 % aller Russen eine andere Sprache der UdSSR; dieser Anteil stieg 1979 lediglich auf 3,5 %. Von diesen 4,8 Millionen sprachkundigen Russen gab die überwältigende Mehrheit, nämlich 3,1 Millionen, an, die ukrainische Sprache zu beherrschen. Dagegen konnten sich von den 1,7 Millionen Russen, die in Usbekistan ansässig sind, nur 98 000 in der Landessprache bewegen.

Eine sprachliche Assimilation der Russen an ein anderes Volk im Sinne des Übergangs zu einer anderen Muttersprache findet in der UdSSR praktisch nicht statt. 99,9 % der Russen gaben bei der letzten Volkszählung Russisch als ihre Muttersprache an. Damit sind die Russen das Volk der Sowjetunion, das am stärksten an seiner Muttersprache festhält und bei weitem am wenigsten Bereitschaft zeigt, eine andere Sprache des Landes zu lernen. Das ist nicht so sehr die Folge kollektiver Sprachfaulheit als vielmehr Ausdruck und Konsequenz der nationalitätenpolitischen Zielrichtung.

Bei den anderen Völkern findet in sehr unterschiedlichem Ausmaß — jedoch progressiv — sprachliche Assimilation, und zwar überwiegend an das Russentum, statt. Die Zahl der Nichtrussen, die ihre Muttersprache aufgegeben hatten, war schon zu Beginn des 20. Jahrhunderts nicht unbedeutend. Sie ist von 8,14 Millionen 1926 auf 17,90 Millionen 1979 gestiegen. Damit sank der Prozentanteil der Nichtrussen, die an ihrer Muttersprache festhalten, von 88,2 % (1926) auf 85,6 % (1979). In überwältigender Mehrheit erfolgte die Assimilation zugunsten der russischen Sprache; schon 1926 gingen 80 % der Sprachwechsler zum Russischen über, 1979 waren es fast 90 %. Diese Entwicklung wird man kaum dramatisch nennen können, zumal von ihr nur bestimmte Völker und Volksteile betroffen sind. Dabei handelt es sich größtenteils um Assimilationsvorgänge, die bereits in den zwanziger Jahren im Gang waren und teilweise in die vorrevolutionäre Zeit zurückreichen, wenn auch ihre Progression seit Ende der fünfziger Jahre nicht zu verkennen ist. Aber die Assimilation hat bisher den Bestand der Sprachen in den Unionsrepubliken und auch in den meisten Autonomen Republiken nicht bedroht.

Von einem neuen Einbruch der russischen Sprache in der Nachkriegszeit wird man lediglich bei den ugro-finnischen Völkern des Wolgaraumes (Udmurten, Mordwinen, Mari) und des europäischen Nordens (Karelier, Komi) sprechen können. Bei einigen Völkern sind sogar vergleichsweise viele Menschen innerhalb der eigenen Republik zu Russisch als Muttersprache übergegangen (bei Kareliern, Komi, Udmurten, Tschuwaschen). So wird man ein jedenfalls teilweises Aufgehen der Völker im Russentum in absehbarer Zukunft am ehesten hier erwarten können. Dagegen zeigen die Völker islamischer Tradition im Nordkaukasus — und unter ihnen insbesondere die Tschetschenen, Inguschen, Kabardiner, Balkaren und Kartschaer — eine erstaunliche Resistenz, obwohl sie keineswegs in einem geschlossenen einheimischen Sprachmilieu leben. Alle genannten Völker außer den Kabardinern gehören zu jenen, die am meisten unter Stalins Nationalitätenpolitik zu leiden hatten. Sie wurden gegen Ende des Zweiten Weltkrieges unter unwürdigsten Umständen und großen Verlusten nach Osten deportiert, durften allerdings — im Gegensatz zu den Deutschen und Krimtataren — Ende der fünfziger/Anfang der sechziger Jahre wieder in ihre alte Heimat zurückkehren. Ihre große nationale Geschlossenheit und Vitalität (vgl. die hohen

Zuwachsraten) müssen auch als eine Reaktion auf Demütigung und Gewalt interpretiert werden.

Wie nicht anders zu erwarten ist, kommt ein Großteil der sprachlich Russifizierten aus den Völkern ohne eigene territoriale Verwaltungseinheit, die in der Zerstreuung und damit in einem russisch bestimmten Sprachmilieu leben. Zahlenmäßig fallen hier die Juden und die Deutschen bei weitem am stärksten ins Gewicht. Aber dazu wird man auch die Tataren rechnen müssen, von denen ein unverhältnismäßig hoher Bevölkerungsanteil außerhalb Tatarsiens lebt. 1979 gaben 83,3 % der Juden (= 1,5 Millionen), 42,6 % der Deutschen (= 825 000) und 13,2 % der Tataren (= 833 000) an, Russisch sei ihre Muttersprache.

Der Übergang der Deutschen und der Juden zur russischen Sprache — das Jiddische ist eine sterbende Sprache in der UdSSR — vermittelt wesentliche Einsichten für eine realistische politische Einschätzung sprachlicher Assimilationsprozesse. Sprachliche Assimilation ist auf der einen Seite Voraussetzung für ethnische Assimilation, aber auf der anderen Seite tritt eine solche weder mit Notwendigkeit ein noch können nationale Probleme als gelöst gelten, wenn ein Großteil der Nation seine Muttersprache aufgegeben hat. Die Juden und die Deutschen sind für die sowjetische Führung gerade in dem Augenblick zu einem innen- und außenpolitischen Konfliktpotential geworden, als ihr sprachlicher Übergang zum Russischen weit fortgeschritten war. Erklärend und damit die Folgerungen einschränkend muß allerdings hinzugefügt werden, daß beide Nationen ihre Sprachen erst aufgegeben haben, nachdem ihnen der Sowjetstaat durch gewaltsame Zerschlagung ihrer Kultur- und Bildungseinrichtungen während und unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg den Weg dorthin gewiesen hatte.

Auch sowjetische Ethnographen stellen fest, daß eine Stufenleiter vom Russischen als Zweitsprache zum Russischen als Muttersprache und schließlich zur nationalen Assimilation an das Russentum existiert, obwohl weder der einzelne noch ganze Volksteile, die einmal diese Leiter betreten haben, mit Notwendigkeit auf ihr von einer Stufe zur anderen fortschreiten müssen. Aber zweifellos geht in der Sowjetunion ethnische Russifizierung vor sich. Zwar erfaßt die Volkszählung sie nicht quantitativ, gibt aber doch deutliche Hinweise darauf. Unter ethnischer Russifizierung verstehen wir den Übergang von Einzelpersonen oder Gruppen aus irgendeinem Volk zur russischen

Nation, der mit einer Änderung des nationalen Bewußtseins verbunden ist, so daß die betreffenden Menschen sich beispielsweise bei einer Volkszählung als Russen bezeichnen.

Die Zahl der Russen nahm zwischen 1970 und 1979 um 6,5 % zu, die der Ukrainer und Weißrussen jedoch nur um 3,9 % bzw. 4,5 %. Es gibt keinen Grund zu der Annahme, daß hierfür beträchtliche Unterschiede im natürlichen Bevölkerungsverhalten verantwortlich waren. Vielmehr erklärt sich der geringere Zuwachs bei Ukrainern und Weißrussen durch Assimilation an das Russentum. Diese nationale Assimilation findet besonders bei den großen ukrainischen und weißrussischen Volksgruppen außerhalb der eigenen Territorien statt. Der hohe Anteil sprachlicher Russifizierung ist hierfür ein Signal: 55,8 % der Ukrainer außerhalb der Ukraine (= 3,27 Millionen) und 60,8 % der Weißrussen außerhalb der Weißrussischen Republik (= 1,15 Millionen) bezeichneten 1979 Russisch als ihre Muttersprache. Das weist darauf hin, daß es viele Menschen gibt, die in der Assimilation noch einen Schritt weitergehen. Zu den ganz wenigen Völkern, deren absolute Zahlen seit 1939 beständig abgenommen haben, gehören die Mordwinen, Karelrier und Juden. Besonders dramatisch ist der Rückgang des jüdischen Volkes von 3,0 Millionen 1939 über 2,3 Millionen 1959 auf 1,8 Millionen 1979.

Die Schrumpfung der Karelrier und Mordwinen ist hauptsächlich auf ethnische Russifizierung zurückzuführen, selbst wenn man bei diesen ugro-finnischen Völkern eine niedrigere Geburtenrate — orientiert am Beispiel der Esten — unterstellt. Der sowjetische Ethnograph Koslow schätzt allein die Assimilationsverluste des kleinen mordwinischen Volkes seit den dreißiger Jahren auf 400 000 Menschen¹²⁾. Auch der Rückgang des Judentums ist nicht ausschließlich auf die nach 1970 sprunghaft angestiegene Emigration zurückzuführen. Die Volkszählung ergab 1979 340 000 Juden weniger als 1970; die Zahl der Ausgewanderten belief sich auf 150 000 bis 200 000. Auch hier ist der fast vollständige Übergang zum Russischen als Muttersprache, der in dieser Höhe von keinem Volk der Sowjetunion erreicht wird, Signal und Vorstufe zur nationalen Assimilation.

Für die Beurteilung der politischen und gesellschaftlichen Relevanz ist die Frage entschei-

¹²⁾ V. I. Kozlov, Ethnic processes and trends in the ethnic composition of the population in the USSR, in: Geo Journal, Sonderheft (1980) 1, S. 28.

dend, ob ethnische Russifizierung freiwillig, unter sanfter administrativer Einwirkung oder unverhülltem Zwang vor sich geht. Direkter Zwang in Richtung auf Russifizierung ist in der UdSSR niemals ausgeübt worden; dagegen wirkt eine Vielzahl politischer und administrativer Entscheidungen in diese Richtung. Sie reichen von der zentral gesteuerten, weit überproportionalen Vertretung der russischen Sprache in den Medien bis zur Einschränkung oder Aufhebung von Bildungseinrichtungen in den nichtrussischen Sprachen und zum Verbot nationalsprachlicher religiöser und kultureller Institutionen (bei den Deutschen und Juden). Dennoch steht ethnische Russifizierung als Ziel nicht im Vordergrund der Nationalitätenpolitik, ja die Haltung sowohl der Sowjetführung als auch des russischen Volkes ihr gegenüber ist durchaus ambivalent. Für jene, die Russen werden möchten oder es bewußtseinsmäßig schon seit langem sind, ist es gar nicht so einfach, dies auch in die Tat umzusetzen. Dem steht z. B. die Eintragung der Nationalität im Paß jedes Sowjetbürgers gegenüber, die grundsätzlich nicht änderbar ist. Aber auch die russische Gesellschaft richtet durch einen emotional bestimmten Antisemitismus und Rassismus erhebliche Barrieren auf. Viele assimilationswillige Juden werden sich dadurch wieder ihres Judentums bewußt. Sowjetische Asiaten, die sich durch ihr Äußeres deutlich von Europäern unterscheiden, werden in der russischen Gesellschaft von heute nicht als Russen akzeptiert.

Das mittelfristige Ziel der Nationalitätenpolitik lautet: Durchsetzung des Russischen als „zweite Muttersprache“, Abbau oder zumindest Eindämmung nichtrussischen nationalen Bewußtseins und entsprechender kultureller und politischer Bestrebungen, Homogenisierung der sowjetischen Gesellschaft. Russisch als Zweitsprache bedeutet dabei in seinen Implikationen mehr als das Erlernen einer — für alle nützlichen — lingua franca. In der Sowjetunion — wie anderswo — ist es nicht möglich, ganze Bevölkerungen zur Bilingualität in der

Weise zu erziehen, daß die Menschen sich gleichmäßig und gleich sicher in allen Lebensbereichen in zwei Sprachen bewegen können. In der Wirklichkeit bedeutet Zweisprachigkeit eine mehr oder weniger stark ausgeprägte Funktionsteilung der Sprachen. Bestimmte Lebensbereiche, gesellschaftliche und private Rollen sind überwiegend der einen, andere der zweiten Sprache zugeordnet. Politik der Zweisprachigkeit heißt also, allmähliche Durchsetzung des Russischen in möglichst vielen öffentlichen Bereichen und zugleich Zurückdrängung der einheimischen Sprachen in den privaten und familiären Bereich. Damit sind die Entwicklungschancen aller nichtrussischen Sprachen grundsätzlich bedroht, denn natürlich verkümmert eine Sprache, in der keine Universitätsvorlesungen mehr gehalten werden und die nicht Medium der Berufsausbildung in einer Industriegesellschaft ist. Das Deutsch der Sowjetunion-Deutschen ist dafür ein gutes Beispiel.

Dies ist nicht die Folge selbstläufiger Prozesse oder gesellschaftlicher Bedürfnisse, sondern zielgerichteter Sprachenpolitik. Nachdem in den sechziger Jahren das Mittelschulwesen innerhalb der RSFSR weitgehend auf die russische Unterrichtssprache umgestellt worden war, sind seit den siebziger Jahren in den nichtrussischen Unionsrepubliken vielfache Bemühungen im Gange, der russischen Sprache ganz unten und ganz oben in der Bildungspyramide mehr Raum zu verschaffen. Der Russischunterricht soll jetzt nicht in der ersten Grundschulklasse wie bisher, sondern bereits im Kindergarten bei den Fünfjährigen beginnen¹³⁾, und die Hochschulen und mittleren Fachschulen sind angewiesen, den Lehrbetrieb allmählich überall auf Russisch umzustellen¹⁴⁾. Kandidaten- und Doktordissertationen werden nur noch in russischer Sprache akzeptiert. Georgier, Litauer, Esten und andere haben darauf mit zum Teil öffentlichen Protesten reagiert, weil sie fürchten, ihre Sprachen könnten allmählich auf das Niveau des Udmurtischen oder Deutschen absinken.

IV. Nationale Oppositionsbewegungen

Schon heute ist deutlich, daß die aggressive Sprachenpolitik der letzten Jahre zu einer Verschärfung der nationalen Spannungen geführt hat. Die nationalen Oppositionsbewegungen, die sich seit den sechziger Jahren formiert haben, erhielten dadurch neuen Zulauf. Die vergleichende Nationalismusforschung

hat gezeigt, daß die Bedrohung der Muttersprache bzw. das Bewußtsein einer solchen Bedrohung zu den stärksten Motoren für nationale Abwehrreaktionen gehört. Bevor hierauf

¹³⁾ Verordnung des Ministeriums für Bildung der UdSSR vom 18. Juli 1979 „Über Maßnahmen zur Einführung des Russischunterrichts in Vorschulein-

näher einzugehen ist, sollen jedoch die drei politisch unerwünschten und bekämpften nationalen Wanderungsbewegungen zur Sprache kommen. Die nationale Bewegung unter den Juden, Deutschen und Krimtataren hat große Teile dieser Völker oder im Fall der Krimtataren das ganze Volk erfaßt. Diese Bewegungen sind auf ein bestimmtes, klar umrissenes Ziel gerichtet: die Rückkehr in die Heimat bzw. in jenes Land, das im Zuge des nationalen Aufbruchs diese Qualität erhalten hat.

Am erstaunlichsten ist wahrscheinlich die Bewegung der Krimtataren, die schon 1956 begonnen und sich nach 1967 erheblich verschärft hat. Die Krimtataren sind eines jener im Zuge des Zweiten Weltkriegs wegen angeblicher Kollaboration mit der deutschen Besatzungsmacht deportierten Völker, die zwar nach Stalins Tod rehabilitiert wurden, aber bis heute nicht die Erlaubnis zur Rückkehr auf die Krim erhalten haben. Dieses Schicksal teilen sie mit den Sowjetunion-Deutschen. Fast das ganze Volk, zu dem heute etwa 300 000—350 000 Menschen gehören, die hauptsächlich in Usbekistan angesiedelt wurden, hat sich an den Aktionen zur Rückkehr in die angestammte Heimat beteiligt. Dies waren nicht nur Tausende individueller und kollektiver Briefe, Petitionen und großer Memoranden an alle politischen Instanzen, sondern die Krimtataren haben über Jahre hin gewählte Repräsentanten in Moskau unterhalten, die dort die Anliegen des Volkes vor den obersten Organen von Partei und Staat vertraten. Die Zahl der Unterschriften unter den Memoranden reichte von einigen Tausend bis zu 130 000. Das alles wurde trotz Verfolgung durch Polizei und Gerichte ins Werk gesetzt. Die Gerichte verurteilten mehrere hundert Krimtataren zu Lagerhaft; Tausende wurden auf administrativem Wege bestraft. Diejenigen, die auf eigene Faust auf die Krim zurückkehrten, wurden und werden wieder nach Zentralasien abgeschoben. Nur einigen hundert Familien gelang

richtungen und Vorschulklassen der allgemeinbildenden Schulen mit nichtrussischer Unterrichtssprache", in: *Russkij jazyk v nacional'noj škole* (1979), S. 92.

¹⁴⁾ Verordnung des Ministeriums für höhere und mittlere Fachschulbildung der UdSSR vom 6. Dezember 1978 „Über Maßnahmen zur weiteren Vervollkommnung des Studiums und des Unterrichts der russischen Sprache in den Unionsrepubliken“, in: *Bjulletin' Ministerstva vyssšego i srednego special'nogo obrazovanija SSSR* 2/1979, S. 20–22. Vgl. die „Empfehlungen der wissenschaftlich-praktischen Allunionskonferenz: Die russische Sprache — Sprache der Freundschaft und Zusammenarbeit der Völker der UdSSR“ (Taschkent 22. bis 24. Mai 1979), in: ebenda, (1979), 9, S. 19–26.

es seit Ende der sechziger Jahre, sich auf der Krim niederzulassen.

Das kleine Volk der Krimtataren hat eine der größten Solidarisierungsbewegungen der sowjetischen Geschichte zustande gebracht — und eine der erfolglosesten. Allein strategische und ökonomische Gründe reichen wohl nicht aus, um zu erklären, warum sich die sowjetische Führung bis heute vollkommen unachgiebig zeigt. Offenbar besteht die Furcht, durch das Eingehen auf eine nationale Protestbewegung nicht nur das Gesicht zu verlieren, sondern auch unübersehbare innenpolitische Rückwirkungen auszulösen¹⁵⁾.

Andererseits waren in den siebziger Jahren die ins Ausland gerichteten und von dort unterstützten Wanderungsbewegungen der Juden und Sowjetunion-Deutschen im ganzen erstaunlich erfolgreich; das gilt insbesondere für die jüdische Auswanderungswelle. Die Unterstützung der jüdischen Bewegung beschränkte sich nicht auf die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten und manchen anderen westlichen Ländern, sondern auch die amerikanische Außen- und Handelspolitik hat sich aktiv für die Belange der Auswanderungswilligen engagiert. Seit Beginn des Exodus 1971 haben bis einschließlich 1980 etwa 250 000 Juden die UdSSR verlassen. Dabei unterlagen die jährlichen Auswanderungsquoten erheblichen Schwankungen; sie erreichten mit 35 000 Auswanderungsvisa 1973 und 51 000 im Jahre 1979 die bisherigen Höhepunkte. Die Erhöhung der Quoten war regelmäßig direkter Ausdruck von sowjetischen Bemühungen, amerikanische Politiker bei der Verabschiedung von SALT I und II sowie der Ausweitung des Handels günstig zu stimmen. Im ersten Halbjahr 1981 verzeichneten die jüdischen Organisationen einen drastischen Rückgang der Auswanderung auf weniger als 7 000 Personen¹⁶⁾.

Das Paradox der Juden in der sowjetischen Gesellschaft besteht darin, daß einerseits ihre Assimilation weit fortgeschritten ist und weiterhin gefordert und gefördert wird, andererseits aber ihre volle Eingliederung besonders seit den sechziger Jahren erneut und verstärkt auf Hindernisse stößt. Dabei wirken ein in fast

¹⁵⁾ G. Simon, Die nationale Bewegung der Krimtataren. Teil I und II, Berichte des BIÖst, (1975), 30, und (1975), 31; A. Fisher, *The Crimean Tatars*, Stanford (Cal.) 1978; A. Sheehy/B. Nahaylo, *The Crimean Tatars, Volga Germans and Meskhetians*, Minority Rights Group, Report Nr. 6, London 1980³.

¹⁶⁾ *International Herald Tribune* 6. 3. 1981; FAZ 4. 7. 1981.

allen Gruppen der sowjetischen Gesellschaft tief verwurzelter, irrationaler Antisemitismus sowie bestimmte gesellschafts- und außenpolitische Maßnahmen in die gleiche Richtung, so daß am Ende die faktische Diskriminierung der Juden in der Gesellschaft steht. Die Politik der proportionalen nationalen Repräsentation in Bildung, Wissenschaft und Parteimitgliedschaft hat in den vergangenen Jahrzehnten dazu geführt, daß den Juden der Zugang in diese Bereiche erschwert worden ist, weil sie hier erheblich überrepräsentiert waren und z. T. noch immer sind. Die uneingeschränkte und vehemente Identifikation der sowjetischen Außenpolitik mit der arabischen Sache besonders seit 1967 hat die Stellung der Juden in der Sowjetunion nicht leichter gemacht; sie sahen sich teilweise in eine Feindposition hineingedrängt. Die sowjetische Nationalitätenpolitik, die im Prinzip den Wechsel der durch Geburt erworbenen Nationalitätzugehörigkeit nicht kennt, verhindert auch auf diese Weise die volle Assimilierung der Juden. So ist die jüdisch-nationale Renaissance seit den sechziger Jahren und der im Zusammenhang damit wachsende Zionismus nicht zuletzt das Ergebnis der Unmöglichkeit, in der sowjetischen Gesellschaft seine jüdische Identität aufzugeben.

Der Wunsch, die Sowjetunion zu verlassen, ist seit dem Ende der sechziger Jahre unter den Juden zu einer Massenbewegung geworden, die mit großer Unversöhnlichkeit und persönlichem Opfermut betrieben wurde. Manche mußten jahrelang um ihre Ausreise kämpfen, anderen fiel die Ausreiseerlaubnis mehr oder weniger in den Schoß und wieder andere sitzen als Aktivisten und Sprecher der Bewegung bis heute im Lager. Im Herbst 1977 befanden sich mindestens 21 jüdische Aktivisten in Lagern oder in der Verbannung¹⁷⁾. Von Januar 1978 bis Oktober 1980 wurden weitere zwölf Sprecher der jüdischen Auswanderungsbewegung zu Lagerhaft oder Verbannung verurteilt oder in psychiatrische Zwangsbehandlung eingewiesen¹⁸⁾. Diese Doppelstrategie hat die Sowjetunion auch sonst angewandt, um mit massiven und spontanen oppositionellen Bewegungen von unten fertig zu werden: dem Nachgeben gegenüber den „einfachen“ Beteiligten steht die polizeiliche und gerichtliche Verfolgung der Initiatoren und Anführer ge-

genüber. Auf diese Weise hofft die sowjetische Politik offenbar, am wirksamsten das Wachsen solcher Bewegungen — darunter fallen z. B. auch Streiks — einzudämmen.

Inzwischen hat sich übrigens die innere Struktur der Auswanderungsbewegung nicht unerheblich verändert; sie kann nur noch bedingt als zionistisch gekennzeichnet werden. Die Zahl derjenigen, die von der Zwischenstation Wien aus gar nicht erst nach Israel weiterreisen, stieg von 4% der Emigranten 1973 auf etwa zwei Drittel seit Ende der siebziger Jahre¹⁹⁾. Hauptreiseland sind die Vereinigten Staaten. Natürlich spielen neben politischen und nationalen zunehmend auch wirtschaftliche Motive beim Wunsch, die Sowjetunion zu verlassen, eine Rolle.

Die Bewegung unter den Sowjetunion-Deutschen, in die Bundesrepublik überzusiedeln, hat seit 1971/72 Massencharakter angenommen, nachdem es eine große Zahl von Bemühungen um Familienzusammenführungen schon seit den fünfziger Jahren gegeben hatte. Eine Anzahl von Motiven bewirkt, daß heute ein Teil jener Familien, deren Vorfahren im 18. und 19. Jahrhundert nach Rußland eingewandert sind, jetzt in ihre alte Heimat zurückstrebt. Denn die Auswanderungsbewegung ist nicht auf jene Deutschen beschränkt, die während der Wirren der Kriegs- und Nachkriegszeit in die Sowjetunion verschleppt worden waren oder die nahe Verwandte in der Bundesrepublik haben. Viele Auswanderungswillige sind aktive Christen und gehören den Baptisten, Mennoniten oder Pfingstlern an; sie sind in ihrer Religionsausübung erheblichen Beschränkungen unterworfen oder werden direkt verfolgt. Wichtigstes Motiv ist jedoch der Wille, das eigene Deutschtum zu bewahren, das von Assimilation bedroht gilt. Die Deutschen gehören wie die Krimtataren zu den nach Zentralasien und Sibirien deportierten Völkern. Nach der Aufhebung der Zwangsansiedlung (1955) und ihrer Rehabilitierung (1964) erhielten sie weder das Recht zur Rückkehr an ihre früheren Wohnsitze noch irgendeine territorial-administrative Autonomie. Trotz gewisser deutschsprachiger kultureller Aktivitäten kann von einer angemessenen Kulturautonomie nicht die Rede sein. Schließlich sind politisch-wirtschaftliche Gründe zu bedenken, die die Volksdeutschen in der Bun-

¹⁷⁾ International Herald Tribune 15./16. Oktober 1977.

¹⁸⁾ C. Lubarsky, Die seit Januar 1978 in der UdSSR verhafteten Andersdenkenden, in: Glaube in der 2. Welt (1981), 1, S. 53–70.

¹⁹⁾ Z. Gitelman, The Jewish question in the USSR since 1964, in: G. W. Simmonds (Hrsg.), Nationalism in the USSR and Eastern Europe in the era of Brezhnev and Kosygin, Detroit 1977, S. 326; Die Welt 9. 1. 1981.

desrepublik eine höhere Lebensqualität erwarten lassen.

Die Zahl der Ausreiseerlaubnisse für Volksdeutsche stieg von 1 140 1971 auf 9 800 im Jahre 1976 und fiel danach kontinuierlich auf 9 200 1977 und 7 200 im Jahre 1979²⁰). Insgesamt sind in den siebziger Jahren 56 000 Deutsche in die Bundesrepublik gekommen. Der relative Erfolg dieser Bewegung ist sicher der Verbesserung der deutsch-sowjetischen Beziehungen in diesem Zeitraum und dem damit verbundenen sowjetischen Bemühen, Bonn günstig zu stimmen, zu verdanken. Auch die gleichzeitige jüdische Emigrationswelle hat den Druck auf die sowjetische Führung verstärkt. Aber die Zahl der Ausreisewilligen hat durch die Genehmigungen der vergangenen Jahre nicht ab-, sondern zugenommen. Mehr noch, das Zahlenverhältnis zwischen jenen, die in die Bundesrepublik kommen möchten, und denen, die eine Erlaubnis erhalten, ist heute bei den Deutschen ungünstiger als bei den Juden. Mit anderen Worten: für Juden ist die Auswanderung gegenwärtig leichter möglich als für die Deutschen.

Da die Sowjetunion eine Freizügigkeit ihrer Bürger über die Grenzen hinweg grundsätzlich nicht anerkennt, muß in jedem Einzelfall Familienzusammenführung als Grund der Auswanderung nachgewiesen werden. Allerdings wird diese Bestimmung auch von sowjetischer Seite recht unterschiedlich gehandhabt, wenn etwa prominente Bürgerrechtler zu Juden erklärt und abgeschoben werden. In gleicher Weise wie bei den Juden haben auch deutsche Wortführer der Bewegung ihren Einsatz mit Lagerhaft büßen müssen: Mehr als 40 von ihnen sind bis 1977 gerichtlich verurteilt worden, auch danach gab es weitere Prozesse²¹).

Es gibt verschiedene Möglichkeiten, um zu zeigen, wie nachhaltig sich die sowjetische Gesellschaft seit dem Tode Stalins verändert hat. Eines der eindrucksvollsten Symptome sind die offenen Oppositionsbewegungen, die zwar unterdrückt werden, aber bis heute nicht dem seinem Anspruch nach totalen Herrschaftsapparat unterworfen werden konnten. Solche Gruppen, die sich der Kontrolle von oben entziehen, mit neuem Selbstbewußtsein auftreten und ihre Anliegen in aller Regel öffentlich vertreten, sind vielfach in der Gesellschaft ent-

standen. Die national bestimmten Gruppen gehören zu den größten und am besten organisierten. Das ist bereits im vorhergehenden Abschnitt deutlich geworden. Jetzt soll von weiteren nationalen Gruppen die Rede sein, die mit der sowjetischen Nationalitätenpolitik und zum Teil auch dem System der politischen Herrschaft unzufrieden sind und Änderungen fordern. Diese nationalen Gruppen verfügen entweder tatsächlich oder potentiell über eine Massenbasis in der jeweiligen Nation; das unterscheidet sie von der russischen Bürgerrechtsbewegung.

Seit Mitte der siebziger Jahre sind die Verbindungen zwischen beiden Zweigen der Dissidentenbewegung enger geworden. Im Anschluß an die Moskauer „Öffentliche Gruppe zur Förderung der Durchführung der Abmachungen von Helsinki in der UdSSR“ entstanden im November 1976 Helsinki-Komitees in der Ukraine und in Litauen, im Januar 1977 in Tiflis und im April 1977 in Erevan. In allen nationalen Komitees verbindet sich das Engagement für die Menschenrechte mit Forderungen nach mehr nationaler Selbstbestimmung in der UdSSR; der Protest richtet sich gegen den hypertrophen Zentralismus und die Überfremdung durch russische Sprache und Kultur. Wegen der weit ausgreifenden räumlichen Verzweigung und der offenbar besonders hoch eingeschätzten Gefährlichkeit sieht der KGB seit 1977 eine seiner Hauptaufgaben in der Unterdrückung der Helsinki-Komitees. Bisher sind mehrere Dutzend Mitglieder der Helsinki-Komitees verhaftet und verurteilt worden, so daß gegenwärtig nur noch das Moskauer und das litauische Komitee in reduziertem Umfang die Sammlung von Informationen zur mangelhaften Verwirklichung der Menschenrechte in der UdSSR fortsetzen können. Die Gerichte verhängten in mehreren Fällen das auch nach sowjetischen Maßstäben außerordentlich harte Urteil von zehn Jahren Haft und fünf Jahren Verbannung. Schon seit einiger Zeit läßt sich feststellen, daß die politische Strafjustiz in der Ukraine bei vergleichbaren Tatbeständen erheblich rigorosere Urteile fällt als in Rußland²²).

Die ukrainischen Bürgerrechtler können sich auf zumindest passive Sympathien in breiten Kreisen der ukrainischen Intelligenz stützen, weil sie die nationalen Anliegen als integralen Teil ihrer Arbeit ansehen. Die Rückbesinnung

²⁰) R. Karklins, Interviews mit deutschen Spätaussiedlern aus der Sowjetunion, Berichte des BLOst, (1978), 42, S. 27; S. Heitman, The Soviet Germans in the USSR today, ebd., (1980), 35, S. 83.

²¹) FAZ 3. Mai, 6. Mai 1978.

²²) Ukrainian dissident Levko Luk'yanenko sentenced to fifteen years, Radio Liberty research 166/78, 22. Juli 1978; Neue Zürcher Zeitung 23. Mai 1978.

auf die eigenständigen Elemente der ukrainischen Kultur und Geschichte und vor allem auf den Gebrauch der Muttersprache ist seit den sechziger Jahren eine Bewußtseinshaltung, deren Anhänger bis weit in das Establishment von Partei und Staat reichen. Die Überfremdung besonders des Hochschulwesens und der Medien durch die russische Sprache oder die moskauzentrische Betrachtung der ukrainischen Geschichte sind für viele ein Ärgernis. „Die Ukrainer müssen endlich das Recht bekommen, frei auf ihrem Heimatboden zu leben, ihre Muttersprache zu gebrauchen, sich für ihre nationalen Traditionen einzusetzen, ihr geistiges Erbe, das sie von ihren Vorfahren übernommen haben, zu vermehren und ihre nationalen Heiligtümer vor Besudelungen zu schützen“, heißt es in einem Brief von zwei prominenten ukrainischen politischen Häftlingen aus dem Jahre 1978²³⁾.

Vielfach besteht in der Ukraine der nicht unbegründete Verdacht, die Republik werde durch Kapitalausfuhr und ungenügende Berücksichtigung bei Investitionen wirtschaftlich ausgenutzt. Hinzu kommt die Erinnerung an die kurze Periode der staatlichen Unabhängigkeit nach 1917 und das historische Eigenbewußtsein der West-Ukraine; alle diese Faktoren erklären die breite Palette nationaler ukrainischer Subkulturen. Sie reichen von den Resten der militanten und konspirativen Nachfolgeorganisationen aus der Zeit des Partisanenkampfes in den vierziger Jahren bis zu liberaldemokratischen Bürgerrechtlern.

Die nationalen Forderungen der liberalen und reformsocialistischen Dissidenten werden heute radikaler zum Ausdruck gebracht als in den sechziger Jahren. In der Samizdat-Literatur der baltischen Republiken ist an die Stelle kulturautonomistischer Bestrebungen jener Jahre fast durchweg die Forderung nach staatlicher Unabhängigkeit getreten. Die mit Abstand unruhigste Republik der UdSSR ist derzeit Litauen. Hier gibt es seit Ende der sechziger Jahre eine von beträchtlichen Teilen der Bevölkerung gestützte Protestbewegung innerhalb der katholischen Kirche. Sie richtet sich gegen die Einschränkungen des kirchlichen Lebens, das Verbot des privaten Religionsunterrichts, die durch staatliche Bestimmungen gedrosselte Priesterausbildung und die Unmöglichkeit, religiöse Literatur auch nur annähernd der Nachfrage entsprechend zu drucken. Katholisches und litauisch-natio-

nales Bewußtsein stehen in einem engen Wechselverhältnis, und es dürfte gegenwärtig in der Sowjetunion keine Nation geben, wo Konfessionelles und Nationales so geschlossen miteinander verbunden sind. Die nationalistische Untergrundzeitschrift *Aušra* (Morgenröte) hat geschätzt, daß nur etwa 15% der Bevölkerung — 8% der Bewohner sind Russen — die Zugehörigkeit Litauens zur UdSSR positiv beurteilen²⁴⁾. A. Svarinskas, ein litauischer Priester, erklärte anlässlich der Gründung eines „Katholischen Komitees zur Verteidigung der Rechte der Gläubigen“ im November 1978 in Moskau, es gäbe keine Dissidenten in Litauen, sondern „nur normale Menschen und einige Kollaborateure“²⁵⁾.

Mag sein, daß hier auch Wunschvorstellungen der Betroffenen im Spiel sind; dennoch bestätigen andere Informationen, daß in Litauen ein erheblicher Teil der Gesamtbevölkerung — nicht nur der Intelligenz — in offener Opposition zum Sowjetsystem steht. In jedem Jahr erscheinen neue Samizdat-Zeitschriften, deren Herstellung und Verbreitung ohne — zumindest — passive Unterstützung vieler nicht denkbar sind; nur ein Teil dieser Zeitschriften ist bisher im Westen bekanntgeworden. Die wichtigsten scheinen die beiden der katholischen Kirche nahestehenden Zeitschriften „Chronik der litauischen katholischen Kirche“ (erscheint seit 1972) und „Weg der Wahrheit“ (Tiesos kelias, seit 1977) zu sein sowie die radikalen nationalistischen Organe „Morgenröte“ (*Aušra*, seit 1975) und „Gott und Land“ (*Dievas ir tėvynė*, seit 1976).

Die Stimmung in Litauen macht sich nicht nur in Flugblättern Luft, die zum Nationalfeiertag des unabhängigen litauischen Staates (16. Februar) verteilt werden, in denen die Russen als „Okkupationsmacht“ angeprangert werden, oder bei Fußballspielen, die mit Sprechchören „Freiheit für Litauen!“ zu Ende gehen²⁶⁾. Zu einem besonderen Medium nationalen Bewußtseins sind in allen baltischen Republiken die offiziellen und inoffiziellen ethnographischen Gesellschaften und Klubs geworden. Hier beschäftigen sich Professionelle und Laien — z. T. hinter dem Rauchvorhang der Völkerfreundschaft (in den offiziellen Gesellschaften für Ethnographie), z. T. ohne ihn — mit der Ge-

²⁴⁾ The sixth issue of the unofficial Lithuanian journal „*Aušra*“, Radio Liberty research 174/77, 20. Juli 1977, S. 4.

²⁵⁾ Keston College, Press Release, 28. November 1978.

²⁶⁾ The ninth issue of the unofficial Lithuanian journal *Aušra*, Radio Liberty research 122/78, 26. Mai 1978.

²³⁾ O. Tychyj, Mitglied des ukrainischen Helsinki-Komitees, und V. Romanjuk, orthodoxer Priester, Archiv Samizdata Nr. 3219.

schichte, Folklore und Literatur des eigenen Volkes. In Litauen stehen dabei die Zeit des Widerstandes gegen die zaristische Russifizierungspolitik nach dem Aufstand von 1863 und die lebendige Erinnerung an die staatliche Unabhängigkeit zwischen 1918 und 1939 im Mittelpunkt. Die Aktivitäten reichen von der relativ unpolitischen Pflege des Volksliedes — die jedoch seit dem 19. Jahrhundert ein wesentliches Medium der nationalen Renaissance bei allen baltischen Völkern gewesen ist — bis zum Sammeln von dokumentarischem Material aus der Zeit des antikommunistischen Guerillakrieges zwischen 1944 und 1952. Nach den Informationen von „Aušra“ befanden sich im Frühjahr 1978 ungefähr 60 litauische politische Gefangene in Lagern, Verbannung oder in Untersuchungshaft²⁷⁾.

Im 20. Jahrhundert ist das Bewußtsein einer Schicksalsgemeinschaft der drei baltischen Republiken gewachsen, obwohl deren historische Wege vor 1918 eher durch Unterschiede als durch Gemeinsamkeiten charakterisiert waren. In den letzten Jahren haben mehrfach nationale Gruppen aus den baltischen Republiken gemeinsam Eingaben und Petitionen verfaßt. An einem Schreiben vom September 1975 mit der Forderung nach Abhaltung eines Referendums und einer allmählichen Überführung der baltischen Republiken in die Unabhängigkeit unter der Aufsicht und Garantie der UNO beteiligten sich sechs Organisationen, darunter die Estnische Demokratische Bewegung, die Estnische Nationale Front, die Unabhängigkeitsbewegung Lettlands und die Litauische Nationale Demokratische Bewegung. Über die meisten dieser Gruppen ist bisher im Westen wenig bekannt²⁸⁾.

Seit Herbst 1980 ist es erstmals auch in Estland zu offenen Protestaktionen gegen die Russifizierung gekommen. Ende September und Anfang Oktober demonstrierten Tausende von Schülern und Studenten in Tallinn (Reval) und riefen „Mehr Fleisch — weniger Russen!“ Streiks in Tartu (Dorpat) folgten, und 40 etablierte estnische Schriftsteller und Hochschullehrer solidarisierten sich in einem Brief an die Prawda mit diesen Aktionen und erhoben ihre Stimme gegen die „Kampagne zur Forcierung des Russischunterrichts“ und die „Ernennung von Personen ohne adäquate

Kenntnis der estnischen Kultur auf verantwortliche Posten“. Verhaftungen und Prozesse sollen weitere Aktionen unterdrücken. Der im Januar 1981 zu zwei Jahren Lagerhaft verurteilte Bürgerrechtler Juri Kukk starb im März 1981 an den Folgen der Strapazen im Lager²⁹⁾.

Neben der Ukraine und den baltischen Republiken bilden Armenien und Georgien den dritten Schwerpunkt nationaler Dissidentengruppierungen. Von den islamischen Völkern Zentralasiens ist bislang nichts über vergleichbare Aktivitäten bekanntgeworden. Man wird daraus den Schluß ziehen dürfen, daß dort im ganzen Unzufriedenheit mit der Sowjetmacht weniger verbreitet ist oder doch weniger artikuliert wird. Die nahtlose Integration dieser Völker in das sowjetische System kann aber aus dieser Beobachtung sicher nicht gefolgert werden.

Zu den langlebigsten und am besten organisierten nationalen Gruppen gehört die 1966/1967 gegründete armenische „Vereinigte Nationale Partei“. Sie hat sich im Laufe der siebziger Jahre, wohl unter dem Eindruck der Bürgerrechtsbewegung, von einer konspirativen Gemeinschaft zu einer in die Öffentlichkeit strebenden und für sich Legalität fordernden Gruppe entwickelt. Ziel der Partei ist die „Wiederherstellung der nationalen Staatlichkeit auf dem gesamten Territorium des historischen Armenien, die Wiedervereinigung aller Armenier, die in der ganzen Welt verstreut sind, in einer territorial und staatlich wiederhergestellten Heimat und die nationale Wiedergeburt“³⁰⁾. Diese armenische nationale Gruppe lehnt Gewalt als politisches Mittel ausdrücklich ab, fordert eine Volksbefragung über den Austritt Armeniens aus der UdSSR und geht davon aus, daß „ein unabhängiges Armenien nicht ein antisowjetisches Armenien bedeutet“³¹⁾. Die Vereinigte Nationale Partei ist von Anfang an massiven Verfolgungen ausgesetzt gewesen. Allein von 1967 bis 1975 fanden 18 Prozesse gegen Mitglieder oder Mitarbeiter von Unterorganisationen statt. Dabei wurden nach eigenen Angaben mehr als 50 Armenier zu Haftstrafen zwischen sechs Monaten und zehn Jahren Haft und Verbannung verurteilt. Besonders hart griff der KGB im

²⁷⁾ The eleventh issue of the unofficial Lithuanian journal *Aušra*, Radio Liberty research 245/78, 6. November 1978.

²⁸⁾ A. Zarinš, *Dissent in the Baltic republics: a survey of grievances and hopes*, Radio Liberty research 496/76, 14. Dezember 1976, S. 11, 33.

²⁹⁾ FAZ 15. 1. 1981; 27. 3. 1981; *International Herald Tribune* 29. 5. 1981.

³⁰⁾ Organizacija nezavisimosti Armenii „Nacional'no-ob'edinennaja partija“ k 10-j godovščine svoego suščesvovanija, Erevan 1976 g., *Archiv Samizdata* Nr. 3119, S. 3.

³¹⁾ Ebd., S. 5.

Olympiajahr 1980 gegen die nationalen — wie gegen alle anderen — Oppositionsbewegungen durch: Von Januar 1978 bis Oktober 1980 wurden 29 Ukrainer, 25 Krimtataren, 23 Litauer, neun Esten, sechs Armenier, vier Letten und drei Georgier wegen ihrer Teilnahme an der nationalen oder Bürgerrechtsbewegung zu Lagerhaft, Verbannung oder psychiatrischer Zwangsbehandlung verurteilt oder in Untersuchungshaft genommen³²⁾.

Überblickt man die nationale Dissidenten-tätigkeit insgesamt, so mag sich der Eindruck aufdrängen, daß viele der vertretenen Ziele angesichts der tatsächlichen Machtverhältnisse illusionär sind. Dabei darf man jedoch nicht vergessen, daß politische Programme häufig nicht das erreichen, was sie sich vornehmen, aber deshalb durchaus nicht wirkungslos bleiben müssen. Wie immer man den

³²⁾ Lubarsky, ebd.

gegenwärtigen politischen Stellenwert der nationalistischen Gruppen einschätzt mag — er ist mit Sicherheit bei den einzelnen Völkern verschieden zu veranschlagen —, diese Gruppen machen auf jeden Fall deutlich, daß von einer „Lösung“ des nationalen Problems in der Sowjetunion keine Rede sein kann. Aber ist so etwas überhaupt denkbar? Der Abbau nationaler Spannungen in einem Vielvölkerstaat ist wohl nur in einem wechselseitigen Verzicht vorstellbar, will man nicht den Zerfall des Staatswesens als unvermeidlich betrachten. Die Zentralmacht müßte ein beträchtliches Maß an Kompetenzen im kulturellen, aber auch im ökonomischen Bereich an die nicht-russischen Völker abgeben, und diese müßten ihrerseits auf die politische Unabhängigkeit verzichten. Gegenwärtig sind jedoch weder die sowjetische Führung noch die nationalistischen Gruppen bei vielen Völkern bereit, diesen Weg zu gehen.

Die Sowjetunion und der Mittlere Osten

Politik im Spannungsfeld von strategischen Zielsetzungen und Islam-Frage*)

I. Islamische Erneuerung — Herausforderung für Ost und West

Die sogenannte Reislamisierungsbewegung als religiöses Phänomen und als Problem der politischen Erneuerung ist eine Erscheinung, die nicht auf den Mittleren Osten beschränkt ist, sondern sich auf den gesamten islamischen Raum erstreckt. Sie ist also nicht nur in den klassischen Räumen des Islam festzustellen, sondern auch in Missionsräumen wie etwa in Südostasien oder in den kommunistisch regierten Staaten des osteuropäischen und asiatischen Raumes.

In der islamischen Erneuerungsbewegung hat die „religiös-politische Erneuerung“ ihre bisher konkreteste Gestalt angenommen. Sie ist aber keineswegs auf den Islam begrenzt, sondern äußert sich auch in der neohinduistischen „Zurück-zu-Gandhi“-Bewegung auf dem indischen Subkontinent und der buddhistischen Erneuerungsbewegung in Süd- und Südostasien.

Allen diesen religiösen Erneuerungsbewegungen ist jedoch eines gemeinsam: Ihr Ursprung ist in der Konfrontation mit dem Westen, mit der europäisch-amerikanischen Zivilisation oder, ganz allgemein ausgedrückt, mit dem westlichen Geist zu suchen. Heute wenden sie sich vor allem gegen die Überfremdung ihrer Kulturen durch die industriell-technische Zivilisation und stellen damit die seit der Kolonialzeit weitgehend von westlich-abendländischem Denken geprägten Ordnungsnormen in Frage. Ihr wichtigstes Merkmal ist die Rückbesinnung auf originäre, weitgehend religiös geprägte Ordnungswerte und -strukturen Asiens, und insofern wird in ihnen letztlich die geistig-politische Dimension fundamentaler ordnungspolitischer Umwälzungen sichtbar. Sie haben sich bisher am deutlichsten im ökonomischen Bereich artikuliert — in den Auseinandersetzungen zwischen den Industrie-

und Entwicklungsländern seit 1964 um eine neue Weltwirtschaftsordnung auf den bisherigen Welthandels- und Entwicklungskonferenzen.

Vor diesem hier nur skizzenhaft nachgezeichneten Hintergrund muß auch die politische Problematik des Mittleren Ostens gesehen werden. Die Politik aller westeuropäischen Länder und der Vereinigten Staaten ist von der Entwicklung in diesen Räumen weitgehend überrascht worden. Ein deutliches Indiz dafür war die Reaktion auf die sowjetische Intervention in Afghanistan: Von den hektischen und unausgewogenen Gegenmaßnahmen der USA (Embargo) sind weniger die Besetzer Afghanistans — also die Sowjetunion — und das sowjethörige Regime in Kabul vor Probleme gestellt worden, als vielmehr die westlichen Partner der Vereinigten Staaten.

In Wirklichkeit war die sowjetische Afghanistan-Intervention nur der letzte Akt einer langfristig angelegten und systematisch durchgeführten sowjetischen Mittelost-Politik, die spätestens seit 1954/55 überschaubar, qualifizierbar und kalkulierbar war. Seit der Intervention der Sowjetunion haben sich die westlichen Analysen der Vorgänge in Mittelost und der Politik der westlichen Länder weitgehend auf Afghanistan, d. h. auf einen Schauplatz an der geographischen Peripherie des Geschehens in der Gesamtregion konzentriert.

Afghanistan ist aber eben nur ein Teil der vom Islam geprägten mittelöstlichen Region bzw. Zentralasiens. Zu ihr gehören genauso die Türkei, Iran, weite Bereiche der Sowjetunion, Pakistan, das von Indien und Pakistan verwaltete Kaschmir und mit Sinkiang auch weite Teile Chinas. Bei aller politischen Vielfalt und Differenzierung bildet dieser Raum in kultureller Hinsicht eine sehr weitgehende Einheit. Dies wurde bisher von der westlichen Politik, wie die Erfahrungen seit dem Umsturz in Iran und der Afghanistan-Intervention lehren, nie genügend in Rechnung gestellt.

*) Der Beitrag verzichtet auf alle Fußnoten, weil sie den räumlichen Rahmen sprengen würden. Die wichtigsten Literaturangaben zu der hier behandelten Problematik finden sich in dem Verzeichnis am Ende dieser Darstellung

Anders verhält es sich mit der sowjetischen Mittelost-Politik: Jede bilaterale außenpolitische Maßnahme Moskaus im mittelöstlichen Raum ist ohne Schwierigkeiten in eine Gesamtkonzeption der Außenpolitik in dieser Region einzuordnen. Sie hat auch niemals aus

den Augen verloren, daß Iran im Mittleren Osten politisch eine Schlüsselbedeutung zukommt — nicht nur wegen seiner ökonomisch herausragenden Stellung oder seiner strategischen Bedeutung, sondern auch und nicht zuletzt wegen der Islam-Problematik.

II. Die zaristische und sowjetische Mittelostpolitik

1. Der zaristische Vorstoß nach Zentralasien

Die Geschichte des kolonialen Vordringens Rußlands nach Zentralasien ist die Geschichte der Konfrontation mit dem Westen in diesem Raum. Sie vollzog sich parallel zur kolonialen Expansion Englands durch Machtausweitung des zaristischen Reiches — seit Ende des 18. Jahrhunderts im Kaukasus und seit Mitte des 19. Jahrhunderts in Turkestan. Zugespitzt ausgedrückt: Zentralasien und der Mittlere Osten wurden überhaupt erst durch die Machtausweitung des zaristischen Reiches in die europäische Großmachtpolitik in Asien einbezogen. Ende des 19. Jahrhunderts standen sich die beiden europäischen Mächte konfrontativ an der heutigen Grenze der Sowjetunion mit der Türkei, Iran und Afghanistan gegenüber und versperrten sich gegenseitig das weitere Vordringen. Das wichtigste Ziel der zaristischen „Süd“-Politik war die Ausdehnung des russischen Machtbereiches in Richtung der Türkischen Meerengen, des Persischen Golfes und des Indischen Ozeans. Sie fand ihre Grenze an der Barriere der Machtinteressen Englands. Andererseits war es aber ein großer Gewinn für die russische Politik, daß sie durch diese Konfrontation eine vertragliche Absicherung ihres territorialen Gewinns in Zentralasien und Mittelost erreichen konnte.

2. Sicherung des territorialen Besitzstandes nach der Oktoberrevolution

Nach 1917 hatte die sowjetische Mittelostpolitik für lange Zeit, praktisch sogar bis zum Beginn des Zweiten Weltkrieges, defensiven Charakter. Für die Sowjetführung hatte die Konsolidierung der Sowjetmacht und der „Aufbau des Sozialismus im eigenen Lande“ absoluten Vorrang. Dennoch: Auch in dieser Periode folgte ihre Mittelost-Politik der zaristischen Tradition. Ihr Ziel war die Sicherung des vor 1917 erworbenen Besitzstandes. Das wurde dadurch erreicht, daß die Sowjetführung bereits Anfang 1921 die Türkei, Iran und

Afghanistan durch sogenannte Freundschaftsverträge an sich binden konnte. Sie wurden durch „Freundschafts- und Neutralitätsverträge“ mit der Türkei (1925) und mit Afghanistan (1926 und 1931) bzw. durch einen „Nichtangriffs- und Neutralitätsvertrag“ mit Iran (1927) ergänzt oder erweitert.

3. Rückkehr zur offensiven Orientpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg

Auch nach dem Zweiten Weltkrieg hat die sowjetische Führung an der Tradition der zaristischen Orientpolitik festgehalten, die nun allerdings wieder expansive Züge annahm. Basis dieser Politik blieben die in den Jahren 1921 bis 1931 geschlossenen Verträge. Die Anstrengungen der Sowjetführung, ihre Beziehungen zu den drei genannten Ländern auf dieser Grundlage zu intensivieren, waren nur begrenzt erfolgreich:

Der Türkei gegenüber sind sie bereits 1945 an der Forderung nach militärischen Stützpunkten am Bosphorus und an den Dardanellen gescheitert. Seit dem Beitritt der Türkei zur NATO und der Gründung des Bagdad-(CENTO-)Paktes ist die Meerengenproblematik keine bilateral zwischen der Sowjetunion und der Türkei auszuhandelnde Frage mehr.

Für die Aktivierung der Iran-Politik waren die Voraussetzungen günstiger: Bereits 1945 war es unter Einfluß Moskaus südlich der sowjetisch-iranischen Grenze zur Proklamation zweier Volksrepubliken gekommen: der „Autonomen Republik Aserbaidschan“ (12. Dezember 1945) und der „Kurdischen Volksrepublik“ (15. Dezember 1945); beide waren wirtschaftlich und politisch weitgehend auf die Sowjetunion ausgerichtet. Wichtige Ansatzpunkte für die sowjetische Iran-Politik waren darüber hinaus der britisch-iranische Ölkonflikt der Jahre 1951—1954, der sich an der Verstaatlichungs-Politik der iranischen Regierung entzündete, die Machtübernahme Mosadeghs (1951), der Anfang 1953 sogar Verhandlungen mit der Sowjetunion zur Erneue-

zung des „Nichtangriffs- und Neutralitätsvertrages“ aus dem Jahre 1927 aufnahm. Dieser erste Anlauf Moskaus in der Iran-Politik nach 1945 ist mit dem Sturz Mossadeghs gescheitert.

Mit der Einladung des Schahs nach Moskau im Juni 1955 zu Verhandlungen über die Neuordnung der sowjetisch-iranischen Beziehungen unternahm die Sowjetunion einen erneuten Anlauf. Er wurde durch den Beitritt Irans zum Bagdad-Pakt im selben Jahr abgeblockt.

Schließlich hat die Sowjetunion noch einmal versucht, Iran durch einen „Vertrag über Freundschaft, Nichtangriff und Zusammenarbeit“ wieder stärker an sich zu binden. Die Verhandlungen darüber wurden abgebrochen, als die USA im März 1959 bilaterale Sicherheitsabkommen mit Iran, der Türkei und Pakistan unterzeichneten.

4. Neuordnung der sowjetischen Mittelost-Politik seit 1954

a) *Afghanistan als neuer Schwerpunkt*

Für die sowjetische Führung waren damit neue Bedingungen geschaffen worden; denn als einziger Spielraum war ihr im Mittleren Osten nur Afghanistan geblieben. Die Voraussetzungen dafür waren relativ günstig, weil sie das Vakuum, das durch den zunehmenden Rückzug der Engländer aus Asien entstanden war, nutzen konnte (Auseinandersetzungen zwischen Afghanistan und Pakistan in der Pashtunen/Pathanen- und Beludschien-Frage, permanente militante Spannungen zwischen Pakistan und Indien in der Kaschmir-Frage). Von nur „relativ günstigen“ Voraussetzungen für die sowjetische Außenpolitik kann man insofern sprechen, als Afghanistan zwar potentiell geopolitisch-strategisch von großer Bedeutung, aber ökonomisch völlig unerschlossen und deshalb eben doch nur von begrenztem strategischem Wert war. Die sowjetische Politik richtete sich deshalb seit 1954/55 zunächst auch ganz auf die ökonomische Erschließung des Landes. Dabei stand konsequenterweise die Hilfeleistung beim infrastrukturellen Aufbau des Landes an erster Stelle. Die großen Straßenprojekte um Kabul sowie in Nordafghanistan, insbesondere aber der Ausbau der beiden Karawanenstraßen von Charikar nach Doshi über den 3400 m hohen Salang-Paß im Hindukusch und von Kuschka über Herat nach Kandahar zu festen Autostraßen sind dafür die spektakulärsten Beispiele. Daneben wurde mit sowjetischer Hilfe eine

Reihe von Flugplätzen von großem strategischen Wert für die Sowjetunion angelegt. Für die Intervention der Sowjetunion Ende Dezember 1979 sollten alle diese Maßnahmen zentrale Bedeutung bekommen.

Ein anderer wichtiger Bereich der sowjetischen Wirtschaftsaktivitäten in Afghanistan war (und ist bis heute) die Suche nach und Erschließung von Rohstoffvorkommen; sie richtete sich zunächst auf in Nordafghanistan vermutete Ölvorkommen. Die damit verbundenen Erwartungen erfüllten sich zwar nicht, aber es wurden dabei im Raum Shibergan relativ große Erdgaslager gefunden und erschlossen. Seit 1967 wird der größte Teil dieses Erdgases über eine speziell dafür geschaffene Pipeline in die Sowjetunion gepumpt (vertraglich festgelegt bis 1985: insgesamt 70 Mrd. Kubikmeter).

Der politisch wichtigste Bereich der sowjetischen Wirtschaftsaktivitäten in Afghanistan seit 1954/55 ist jedoch in ihren Bemühungen zu sehen, die afghanische Entwicklungsplanung an die eigene langfristige Wirtschaftsplanung zu binden. Der entscheidende Durchbruch auf dem Weg zu diesem Ziel gelang Moskau bereits im Oktober 1961, als sich Kabul gezwungen sah, eine vertragliche Verpflichtung Moskaus zur Beteiligung am zweiten afghanischen Fünfjahresplan zu akzeptieren. Von hier führte der Weg über einige Zwischenstationen direkt zu dem im April 1977 zwischen beiden Ländern unterzeichneten Zwölfjahres-„Vertrag über wirtschaftliche Zusammenarbeit“. Er enthält auch einen Artikel, mit dem Afghanistan praktisch seine weitere Entwicklungsplanung ganz sowjetischen Experten überlassen mußte. Mit der Unterzeichnung des „Vertrages über Freundschaft, gute Nachbarschaft und Zusammenarbeit“ im Dezember 1978 (neun Monate nach der Machtübernahme Tarakis in Kabul) hatte die Sowjetunion schließlich ihr Ziel — die feste Anbindung Afghanistans — erreicht.

Dieser Vertrag enthält auch eine militärische Klausel, auf die sich die Sowjetunion bei ihrer Militärinvention im Dezember 1979 berufen konnte.

b) *Probleme der Energieversorgung — Reaktivierung der Iran-Politik*

Eine grundsätzlich neue Situation in der Mittelost-Politik ergab sich daraus, daß sich Moskau seit Mitte der sechziger Jahre immer stärker der wachsenden Energieprobleme der eigenen Wirtschaft und der auf die Versorgung

aus der Sowjetunion angewiesenen Länder des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) bewußt wurde: Die Rohstoffreserven der Sowjetunion sind zwar groß, aber bisher nur teilweise erschlossen. Ihre Erschließung ist mit enormen, auf absehbare Zeit aber kaum lösbaren Schwierigkeiten finanzieller und infrastruktureller Art verbunden. Diese Problematik beeinflußt die Außenpolitik der Sowjetunion seit Beginn der siebziger Jahre: Sie zielt seither darauf, einerseits die für solche Erschließungsarbeiten erforderlichen Kapital- und Technologieimporte aus den westlichen Ländern zu ermöglichen, andererseits aber auch, Energierohstoff-Importe aus den Ländern des Nahen und Mittleren Ostens zum Ausgleich der errechneten Fehlmengen zu gewährleisten.

Im Rahmen dieser Politik mußte die sowjetische Führung einer Reaktivierung ihrer Beziehungen zu Iran besondere Bedeutung beimessen. Sie bestand deshalb auch nicht mehr auf dem Abschluß eines Vertrages über „Freundschaft, Nichtangriff und Zusammenarbeit“, den sie noch im Juli 1958 erreichen wollte, sondern begnügte sich mit einem Notenwechsel, in dem die Regierung in Teheran im Februar 1962 erklärte, eine Stationierung von ausländischen Raketenabschubrampen auf dem Territorium Irans nicht zuzulassen.

Der damit erreichte Durchbruch hatte eine schnelle Intensivierung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern zur Folge: Bereits im November 1963 kam Breshnew zu seinem ersten Staatsbesuch nach Teheran. Zweieinviertel Jahre später — im Januar 1966 — wurde dann das sogenannte Erdgasabkommen unterzeichnet, in dem sich Iran zur Lieferung von insgesamt 140 Mrd. Kubikmeter Erdgas an die Sowjetunion bis 1985 gegen Bezahlung mit Gütern und Anlagen zur industriellen Entwicklung verpflichtete.

Die große Bedeutung der Gasabkommen mit Iran und Afghanistan ergibt sich daraus, daß sie die Sowjetunion in die Lage versetzt haben, ihre transkaukasischen und zentralasiatischen Unionsrepubliken zu einem erheblichen Teil mit Energie aus diesen Quellen zu versorgen, d. h. von der eigenen Energieversorgung abzukoppeln. Zu diesem Zweck wurde in beiden Ländern ein von der Sowjetunion finanziertes Pipeline-System mit einer Länge von insgesamt 2900 Kilometern gebaut.

Zur Vervollständigung des Gesamtbildes der sowjetischen Iran-Politik in dieser Phase bleibt festzustellen, daß sie nach Abschluß des

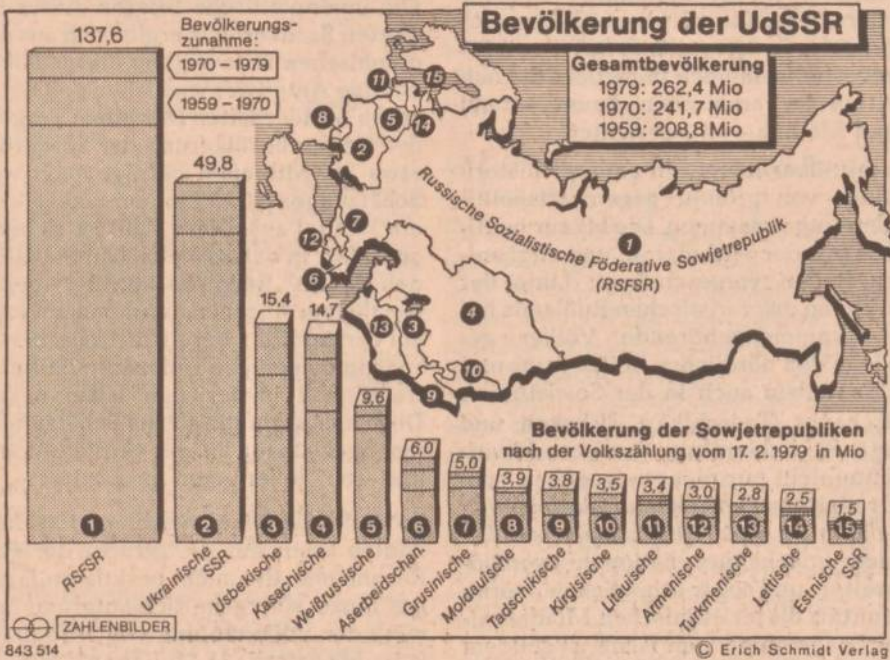
INHALT

- I. Islamische Erneuerung — Herausforderung für Ost und West
- II. Die zaristische und sowjetische Mittelostpolitik
 1. Der zaristische Vorstoß nach Zentralasien
 2. Sicherung des territorialen Besitzstandes nach der Oktoberrevolution
 3. Rückkehr zur offensiven Orientpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg
 4. Neuordnung der sowjetischen Mittelost-Politik seit 1954
 - a) Afghanistan als neuer Schwerpunkt
 - b) Probleme der Energieversorgung — Reaktivierung der Iran-Politik
- III. Der Islam in Zentralasien und seine politische Sprengkraft
 1. Identität von Nationalitäten- und Islam-Politik
 2. Ziele und Grenzen der Islam-Politik von Staat und Partei
 - a) Der Koran — Religionsurkunde und Quelle von Recht und Gesetz
 - b) Grenzen der Religionsgesetzgebung des Staates ...
 - c) ... und der Atheismus-Propaganda der KPdSU
- IV. Das grenzüberschreitende „revolutionäre“ Potential des Islam
 1. Der schiitische Islam als religiöses und politisches Phänomen
 - a) Sunniten und Schiiten
 - b) Ideale Legitimität des „verborgenen Imam“ und konkrete irdische Herrschaft in Iran
 2. Die ideologische Reaktion der Sowjetführung
 - a) Der Kampf gegen jeden „Export der Konterrevolution“
 - b) Unterscheidung zwischen progressiven und reaktionären Gläubigen
 3. Der Islam in der Sowjetunion — Teil der Umma
- V. Sowjetische Iran-Politik und Militär-Intervention in Afghanistan
 1. Moskau und die Botschaftsbesetzung in Teheran
 2. Konsequenzen und Perspektiven der sowjetischen Mittelost-Politik

„Erdgasabkommens“ im wesentlichen dem „Muster Afghanistans“ gefolgt ist — im Ergebnis allerdings mit dem wesentlichen Unterschied, daß alle Bemühungen Moskaus, auch

die Entwicklungsplanung Irans an die sowjetische Wirtschaftsplanung zu binden, am Widerstand des Schahs gescheitert sind. Und es mutet fast wie ein „Treppenwitz der Geschichte“ an, daß Khomeiny es der konsequenten Politik des Schahs zu verdanken hat, wenn Iran

schen Ziele aus den Augen zu verlieren. Allerdings war die sowjetische Politik so stark von inneren ökonomischen Zwängen bestimmt, daß jede Störung durch von der Moskauer Führung nicht beeinflussbare Ereignisse, wie die islamisch-revolutionären Vorgänge in



seit Januar 1979 nie in den Machtsog der Sowjetunion geraten ist, wie Afghanistan seit April 1978.

Auf die wichtigsten Grundelemente der sowjetischen Afghanistan- und Iran-Politik ist hier vor allem aus drei Gründen hingewiesen worden:

— Einmal, um auf die Kontinuität der sowjetischen Mittelost-Politik im Sinne einer konsequenten Fortsetzung der zaristischen Orientpolitik bis 1917 hinzuweisen,

— zum anderen, um zu zeigen, daß Planung und Durchführung der sowjetischen Mittelost-Politik seit etwa 1954 von einem nüchternen ökonomischen Pragmatismus bestimmt waren, ohne die langfristigen strategisch-machtpoliti-

Iran, zwangsläufig nicht nur zu außen-, sondern auch zu innenpolitischen Komplikationen führen mußte: Der völlige Ausfall der iranischen Gaslieferungen seit März 1980 war deshalb für Moskau nicht nur der bisher empfindlichste außenpolitische Rückschlag in ihrer Mittelost-Politik, sondern hat die sowjetische Führung auch vor komplizierte innenpolitische Probleme gestellt.

— Und schließlich wurde auf diese Zusammenhänge hingewiesen, weil deutlich gemacht werden sollte, warum das brisanteste Erbe der expansiven zaristischen Mittelost-Politik — die Islam-Frage — völlig aus dem Blickfeld der sowjetischen Führung geraten ist, obwohl es immer eine zentrale politische Rolle gespielt hat.

III. Der Islam in Zentralasien und seine politische Sprengkraft

Zum Verständnis der Rolle des Islam in Zentralasien muß an einige grundsätzliche historische Sachverhalte erinnert werden: Einmal muß man sich vergegenwärtigen, daß die geo-

graphischen Räume der islamisch-ethnischen Minderheiten in der Sowjetunion noch bis zur Oktoberrevolution 1917 in voneinander relativ unabhängige Chanate (z. B. Buchara, Ko-

kand, Chiwa) gegliedert waren. Dem Russischen Reich wurden sie erst im 19. Jahrhundert durch die zaristische Kolonialpolitik einverleibt. Noch bis zur Jahrhundertwende waren diese Räume Bestandteile der Gemeinschaft der Muslime (Umma), die bis zum Ende der Kolonialzeit keine nationalen Grenzen kannte oder anerkannte. Bis heute fühlen sich die Muslime der Sowjetunion in ihrem religiösen Selbstbewußtsein noch immer auf die heiligen Stätten im arabischen Raum — auf Mekka und Medina — ausgerichtet.

Damit unmittelbar hängt ein anderer historischer Faktor von größter gegenwartspolitischer Bedeutung zusammen. Die bis zur heutigen Grenze mit der Türkei, Iran und Afghanistan nach Süden vorgeschobene Linie der Machtausübung des zaristischen Rußlands hat ethnisch zusammengehörende Völker getrennt. Wie in den nördlichen Teilen Irans und Afghanistans leben auch in der Sowjetunion Aserbajdschaner, Tadschiken, Usbeken und Turkmenen. Sie haben ihre islamische Identität bis heute nicht nur nicht aufgegeben, sondern ihr religiöses Bewußtsein wurde durch eine bis dahin im gesamten islamischen Lebensbereich unbekannt nationale Komponente erweitert und sogar erheblich verstärkt. Das Bekenntnis dieser ethnischen Minderheiten in der Sowjetunion zum Islam ist seitdem mit dem Bewußtsein identisch, nicht zum europäisch-russischen bzw. — religionsgeschichtlich ausgedrückt — russisch-orthodoxen Staatsvolk zu gehören.

1. Identität von Nationalitäten- und Islam-Politik

Für die Innenpolitik Moskaus ergab sich daraus die Konsequenz, daß Nationalitäten- und Religions-, d. h. Islam-Frage nicht unabhängig voneinander zu lösen waren. Die bereits am 3. Dezember 1917, also unmittelbar nach der Oktoberrevolution veröffentlichte „Botschaft an die werktätigen Muslime in Rußland und des Orients“ schien zu zeigen, daß im Unterschied zur zaristischen Regierung die neue sowjetische Führung den unmittelbaren Zusammenhang von nationaler und religiöser Frage durchaus erkannt hatte; „... Fortan werden Euer Glaube und Eure Bräuche, Eure nationalen und kulturellen Institutionen als frei und nicht verletztlich erklärt“, hieß es darin, „baut Euer nationales Leben frei und unbehindert auf. Das ist Euer Recht.“ Solche Zugeständnisse erwiesen sich aber sehr schnell als taktische Mittel zur Sicherung und Festigung der

Sowjetherrschaft. Denn schon kurze Zeit später wurden sie von Stalin mit der Erläuterung interpretiert, daß natürlich die Moskauer Nationalitätenpolitik national in der äußeren Form sein könne, daß sie aber in der inneren Substanz immer proletarisch bleiben müsse.

Die innenpolitische Brisanz dieses hier skizzierten Sachverhalts ergibt sich aus der demographischen Entwicklung dieses Raumes: Der heutige Anteil der vom Islam geprägten ethnischen Minderheiten (vor allem Turkvölker) an der Gesamtbevölkerung der Sowjetunion von etwa 262 Millionen beträgt nach westlichen Schätzungen 50 Millionen, macht also knapp ein Fünftel aus. Diese Zahl ist sicher zu hoch gegriffen. In den sowjetischen Statistiken werden keine „Religionsrubriken“ geführt; die westlichen Angaben beruhen im wesentlichen auf der Addition der nichtrussischen Bevölkerung in denjenigen Unionsrepubliken, die sich traditionell immer zum Islam bekannt hat. Doch haben gerade solche Schätzungen die Islam-Spezialisten in der Sowjetunion zu konkreteren Äußerungen „proviziert“.

So stellte Ch. Ismailov Anfang 1980 fest, solche Zahlen seien nur die „Frucht der Phantasie“. Rechne man die „nicht praktizierenden Muslime“ hinzu, so ergebe sich aufgrund der Ergebnisse der Volkszählung von 1970 (!) eine Zahl von „höchstens 35 Millionen“. Hinweise auf das im Vergleich zur russischen Bevölkerung weit über dem Durchschnitt liegende Wachstum der muslimischen Bevölkerung werden mit der Feststellung abgetan, die Muslim-Kinder würden keineswegs immer Gläubige. Ein hoher sowjetischer Partei-Funktionär, M. S. Umachov, muß allerdings einräumen, daß der Islam in Zentralasien und im Kaukasus entgegen allen Erwartungen tiefer verwurzelt sei als jede andere Religion bzw. Konfession. Veränderungen im Sinne der Moskauer Nationalitätenpolitik erfolgten erheblich langsamer als vorausgesehen; besonders zählebig seien die Traditionen und Bräuche des Islam.

Der Vorsitzende des Geistlichen Direktoriums der Muslime von Zentralasien und Kasachstan, Mufti Zia ud-Din Babachan, hat die Muslime in der Sowjetunion im September 1979 mit „ungefähr 40 Millionen“ beziffert, wobei er allerdings hinzugefügte, daß es sehr schwierig sei, präzise Angaben zu machen. Man kann aber sicher davon ausgehen, daß diese Zahl der Wirklichkeit sehr nahe kommt.

Für Moskau liegt die quantitative Problematik der Islam-Frage aber vor allem in dem überdimensionalen Wachstum der muslimischen Be-

völkerung. Nach den Ergebnissen der Volkszählung im Januar 1979 verzeichnen Turkmenistan mit 28, Usbekistan mit 30 und Tadschikistan mit sogar 31 Prozent die mit Abstand höchsten Bevölkerungswachstumsraten aller Unionsrepubliken. Die Bedeutung dieses Sachverhalts wird allerdings bewußt heruntergespielt.

2. Ziele und Grenzen der Islam-Politik von Staat und Partei

Tatsächlich hat die sowjetische Führung „ihr“ Islam-Problem niemals „in den Griff“ bekommen. Die Mittel, die sie bisher zur Lösung dieser Frage eingesetzt hat — die staatliche Religionsgesetzgebung und die militante Atheismus-Politik der Kommunistischen Partei —, mußten am Kern der Islam-Frage vorbeilaufen, weil die religiöse Struktur des Islam der marxistisch-leninistischen Doktrin nur schwer oder gar nicht zugänglich ist.

a) Der Koran — Religionsurkunde und Quelle von Recht und Gesetz

Das Leben aller Muslime ist in das Gefüge des kanonischen Rechts (šaría) eingebaut. Es verkörpert die Gesamtheit der „Vorschriften“ Al-lahs, nach denen der Muslim zu leben und zu handeln hat. Und da der Islam alle Lebensverhältnisse religiös wertet, beinhaltet das kanonische Recht nicht nur die religiöse Pflichtenlehre und den Kult, sondern auch die Normen für Recht und Politik. Er kennt also keine Distanz oder sogar negative Haltung zur Welt. Der Islam umfaßt den Glauben an das Diesseits und Jenseits gleichermaßen. Die Heilige Schrift — der Koran — ist nicht nur eine Religionsurkunde, sondern auch die wichtigste Quelle von Recht und Gesetz. Mit anderen Worten: Im Islam sind der geistliche und der weltliche Bereich unmittelbar und unlösbar ineinander verflochten; sie sind identisch.

Dieses Phänomen des Islam und seine politische Bedeutung hat die sowjetische Staats- und Parteiführung entweder nie verstanden oder aber immer ignoriert, obwohl sie die Sprengkraft der Identität von Islam- und Nationalitätenfrage seit 1918 häufig als politische Realität erfahren mußte. Sie zeigte sich immer davon überzeugt, in der Lage zu sein, den damit verbundenen innenpolitischen Gefahren mit ihrer allgemeinen Religionspolitik wirksam entgegenzutreten zu können. Diese aber ist nahezu ausschließlich auf die Russisch-Ortho-

doxe Kirche — auf ihre institutionelle Organisation und das religiös-geistliche Leben der christlichen Glaubensgemeinschaften — ausgerichtet: Mit der staatlichen Religionsgesetzgebung soll der Islam institutionell genauso wie alle anderen religiösen „Glaubensgemeinschaften“ bekämpft werden. Und die „kämpferische“ Atheismus-Politik der KPdSU hat als Ergänzung der Gesetzgebung des Staates die „Auslöschung“ aller religiösen Bewußtseinserscheinungen zum Ziel.

b) Grenzen der Religionsgesetzgebung des Staates

Eine solche Religionspolitik mußte weit am Islam vorbeigehen. Die Religionsgesetzgebung des Staates — das jetzt gültige Religionsgesetz ist im Juni 1975 in Kraft getreten — hat die Entmachtung der institutionellen kirchlichen Einrichtungen zum Ziel. Sie war deshalb immer auf die Vernichtung des äußeren Rahmens der islamischen Glaubensgemeinschaft gerichtet: Von den zur Zeit der Oktoberrevolution in der Sowjetunion bestehenden 2600 Moscheen wurden bis 1942 mehr als 90 Prozent geschlossen. Heute gibt es nach Angaben des Mufti Babachan vom Januar 1980 nur noch etwa 200 größere und rund 1000 kleinere Moscheen.

Solche Maßnahmen haben den Islam kaum treffen können, weil für ihn im Unterschied zur Russisch-Orthodoxen Kirche institutionalisierte „kirchliche“ Formen nie von Bedeutung waren. Fragen der kirchlichen Hierarchie und Jurisdiktion haben im Islam nie eine zentrale Rolle gespielt. Gemeinde als Institution und „kirchliche Amtsträger“ sind keine zwingenden Voraussetzungen, das Vorhandensein von Moscheen als gottesdienstliche Stätten keine unabdingbare Notwendigkeit für die Praxis des Glaubens. Die eigentliche Klammer für die Muslime ist die geistlich-politische „Bruderschaft aller Gläubigen“ in der weltweiten Gemeinschaft aller Muslime (umma). Und den einzigen Rahmen, der ihr Leben in dieser Gemeinschaft „regelt“ — individuell und im Verhältnis zueinander —, bilden der Koran und die Hadithe, jene überlieferten Aussprüche und Handlungen des Propheten, die den Koran ergänzen. Die hier für alle Muslime verbindlich festgelegten Ideale und Verhaltensnormen erlegen den Gläubigen nur fünf wirklich erfüllbare Pflichten auf: Das Glaubensbekenntnis (das nur aus dem einen Satz besteht: „Es gibt keinen Gott außer Allah und Muhammad ist sein Prophet“), das fünfmalige tägliche Gebet, das Spenden von Almosen, das Fasten

im Monat Ramadan und die Wallfahrt nach Mekka.

Die sowjetische Führung hat die Bedeutung dieses für den Islam charakteristischen religiösen Phänomens, das sich praktisch jeder auf institutionelle Einrichtungen zielenden Religionsgesetzgebung entzieht, seit 1917 häufig erfahren. Aber sie hat daraus nie Konsequenzen gezogen: Die 1941/42 mit Sitz in Taschkent, Baku, Buinaksk und Ufa geschaffenen vier Geistlichen (Verwaltungs-)Direktorien entsprachen durchaus der „klassischen“ sowjetischen Religionspolitik; denn diese Maßnahme sollte den Islam sozusagen an die Religionsgesetzgebung anpassen und ihn damit für die Staats- und Parteinstanzen kontrollierbar machen. Sie hat sich jedoch als wirkungslos erwiesen; denn die Politik der „Hohen Geistlichkeit“ läuft seither praktisch darauf hinaus, „unter der Decke“ einer kalkulierten Umarmung der marxistisch-leninistischen Staatsmacht die Lebenskraft des Islam nicht nur zu erhalten, sondern ihren Spielraum noch erheblich zu erweitern.

In allen wichtigen Dokumenten der Geistlichen Direktorien und ihrer führenden Repräsentanten der jüngsten Vergangenheit findet dieses Verhalten seinen Ausdruck: Sie folgen immer dem gleichen, für den Außenstehenden nur schwer nachzuvollziehenden schillernden „Muster“, indem sie zwischen (stereotypen) Bekenntnissen zu den Zielen der atheistischen Staatsmacht und eindringlichen Beschwörungen der muslimischen Gemeinschaft in der Sowjetunion und ihrer Zugehörigkeit zur umma oszillieren.

Diese Haltung der muslimischen Geistlichkeit ist Folge eines bemerkenswerten inneren Wandels im Sinne einer Anpassung der muslimischen Bevölkerung an die von Staat und Partei seit 1917 geschaffenen politischen Bedingungen. Sie findet Ausdruck in der von den neuen islamischen „Institutionen“ geförderten Bereitschaft der Muslime, aktiv an der Arbeit der gesellschaftlichen Organisation teilzunehmen und zu diesem Zweck auch die den Gläubigen unabdingbar auferlegten religiösen Pflichten der Realität des Lebens in der Sowjetunion anzupassen, ohne gegen die vom Koran gesetzten Normen zu verstoßen.

Was aber von außen entweder als Opportunismus oder aber als eine Verwässerung der religiösen Substanz des Islam erscheinen mag, erweist sich in Wirklichkeit als eine konsequente Anknüpfung an die von orthodoxen und modernistischen Strömungen geprägten großen Reformbewegungen des 19. und

20. Jahrhunderts im Nahen und Mittleren Osten. Sie hatten schon vor der Oktoberrevolution und noch bis in die zweite Hälfte der zwanziger Jahre beträchtlichen Einfluß auf die muslimischen Intellektuellen Rußlands bzw. der Sowjetunion, die ihrerseits auf die Reformbewegungen in der nichtrussischen Islamwelt zurückgewirkt haben.

Im Sinne dieser Tradition erlebt der Islam in der Sowjetunion heute eine bemerkenswerte Renaissance unter völlig neuen Bedingungen: Er versteht sich nicht mehr, wie noch in den dreißiger Jahren, in Gegnerschaft zur Sowjetideologie, sondern führt den Sozialismus auf den Propheten direkt zurück. Er stellt — mit anderen Worten — keinesfalls den Kommunismus oder sogar das sowjetische System in Frage, führt ihn aber nicht auf die Werke von Marx, Engels und Lenin zurück, sondern leitet ihn aus den schon von Muhammad verkündeten Prinzipien des Islam ab; schon Karl Marx habe sich aufgrund seiner Geschichtskennnisse von ihnen inspirieren lassen. So stellte — beispielsweise — 1970 anlässlich einer Konferenz der Muslime in Taschkent ein führender Teilnehmer fest: „Ich bewundere das Genie des Propheten, der die sozialen Prinzipien des Sozialismus verkündet hat. Ich bin glücklich, daß eine große Anzahl der sozialistischen Prinzipien nichts anderes ist als die Verwirklichung der Weisungen Muhammads.“

Es ist leicht zu verstehen, daß die Instanzen von Staat und Partei in dieser neuen Entwicklung des Islam große Gefahren sehen und ihr heute noch immer hilflos gegenüberstehen.

c) ... und der Atheismus-Propaganda der KPdSU

Vor vergleichbar schwierigen Problemen sieht sich seit der Oktoberrevolution auch die „kämpferische“ Atheismuspolitik der Kommunistischen Partei: Wie die auf den institutionellen Rahmen des Islam gerichtete staatliche Gesetzespolitik hat auch sie ihr erklärtes Ziel — „Auslöschung des religiösen Bewußtseins“ — nach mehr als 63 Jahren Sowjetherrschaft in Zentralasien und im Kaukasus nicht erreicht. Im Gegenteil: Bei weiten Teilen der muslimischen Bevölkerung wurde das Bewußtsein der Zugehörigkeit zu einer mit dem europäisch-abendländischen Kulturkreis nicht identischen Gemeinschaft erheblich geschärft. Dieses Bewußtsein manifestiert sich in ihrem bis heute ungebrochenen Festhalten an den Traditionen und in der Pflege des Brauchtums.

Die Sowjetmacht hat dieses Verhalten der ethnischen Islam-Minderheiten seit der Oktoberrevolution immer kritisch verfolgt, zeitweilig sogar physisch bekämpft, schließlich aber wegen der Erfolglosigkeit dieses „Kampfes“ — wenn auch widerwillig — toleriert. Noch bis in die jüngste Vergangenheit hat sie offenbar nicht begriffen oder zur Kenntnis nehmen wollen, daß es sich bei der Pflege solcher Traditionen und Bräuche nicht um irgendwelche folkloristischen Äußerungen handelt, sondern daß diese mit religiösen Verhaltensnormen identisch sind, die den Muslimen in der „Bruderschaft aller Gläubigen“ auferlegt sind. So wurde erst in jüngster Vergangenheit festgestellt, daß fast alle Muslime ihre Söhne noch immer beschneiden lassen, daß die Feiern zum Ramadan weitgehend eingehalten werden, daß Trauungen nach dem islamischen Ritus noch immer weit verbreitet sind und daß selbst Beisetzungen auf islamischen Friedhöfen von großen Teilen der Bevölkerung nach wie vor gewünscht werden und dementsprechend häufig vorkommen. In der für die Muslime „gottlosen“ Umwelt der marxistisch-leninistischen Ideologie ist der Praktizierung des religiösen Bekenntnisses in dieser Form ein Gewicht von hoher Signifikanz zuzuschreiben.

Erst in den letzten Jahren hat die sowjetische Führung solche Verhaltensweisen nicht mehr nur als rückständig-religiöse Praktiken abqualifiziert, sondern in ihnen auch politische Willensäußerungen erkannt. Darauf läßt die zunehmende Kritik daran in der partei- und regierungsamtlichen Publizistik schließen: Keine „Modernisierung“ könne offenbar „das reaktionäre, inhumane Wesen ... der islamischen Religion ändern“, stellte im April 1978 der sowjetische Islam-Spezialist N. M. Vagabov fest. Sie führe besonders durch die Praktizierung „der Traditionen, Sitten und Rituale ... zur Absonderung und Isolierung ... zur Stärkung der nationalen Verslossenheit und zur Hinderung einer Annäherung ... der Sowjetvölker“. Ein anderes Beispiel dafür ist die scharfe Kritik des Ersten Sekretärs der Turkmenischen KP, M. G. Gapurov, Ende Juli 1979 am „wachsenden Einfluß des Islam“ in der Unionsrepublik Turkmenistan: Der Einfluß der religiösen Propaganda, stellte er fest, werde von der Kommunistischen Partei oft unterschätzt. Die Zahl der sog. „Heiligen Stätten“ nehme nicht ab, und „unter dem Einfluß des muslimischen Klerus und aller möglichen religiösen Scharlatane“ dauerten „Überbleibsel der Vergangenheit, wie religiöse Beschneidungen und religiöse Eheschließungen, fort ...“.

IV. Das grenzüberschreitende „revolutionäre“ Potential des Islam

Für diejenigen, welche die Entwicklung in der Sowjetunion zu beobachten haben, stellte sich damit die Frage, ob und welchen Einfluß die islamisch-revolutionären Vorgänge der letzten zweieinhalb Jahre in Iran und Afghanistan auf die islamischen Minderheiten in der Sowjetunion haben oder haben können. Daß diese Vorgänge tatsächlich auf sie ausstrahlen, spiegelt sich deutlich in den Reaktionen Moskaus auf die Vorgänge in Iran und Afghanistan wider. Man kann sie als deutliches Zeichen eines tiefen Unbehagens über die sich im islamischen Raum vollziehenden Entwicklungen und ihre Rückwirkungen auf die Sowjetunion werten. Die Äußerung von Breshnew auf dem XXVI. Parteikongreß der KPdSU im Februar 1981 zu dieser Problematik bestätigen das Unbehagen auf höchster Ebene: „In einigen Ländern des Ostens werden in letzter Zeit aktiv islamische Losungen vorgeschoben, ... wir Kommunisten verhalten uns mit Achtung gegenüber den religiösen Überzeugungen der Menschen, die an den Islam glauben ... Die

Hauptsache bleibt, welche Ziele die Kräfte verfolgen, die diese oder jene Losungen verkünden. Unter der Flagge des Islam kann sich der Befreiungskampf entfalten. Davon zeugen die Erfahrungen der Geschichte, darunter auch der jüngsten Geschichte. Aber mit islamischen Losungen kann auch die Reaktion operieren, die konterrevolutionäre Rebellionen anzettelt. Das hängt davon ab, welchen realen Inhalt diese oder jene Bewegung hat.“

Diese Ausführungen Breshnews sind das Fazit einer Analyse der revolutionären Vorgänge in Afghanistan und Iran, die er mit der aufschlußreichen Feststellung einleitet: „Wir sind gegen den Export der Revolution, wir können uns jedoch auch mit dem Export der Konterrevolution nicht einverstanden erklären.“

1. Der schiitische Islam als religiöses und politisches Phänomen

Damit stellt sich insbesondere die Frage nach der Ausstrahlung der Entwicklung in Iran auf

die Sowjetunion. Sie verlangt vor allem deswegen eine Antwort, weil sich nur etwa 10 Prozent aller Muslime der Sowjetunion zur schiitischen Richtung des Islam bekennen (überwiegend in Aserbaidschan), alle anderen hingegen zur sunnitischen zählen. Diese Frage ist nur zu beantworten, wenn man sich einige Kriterien der Unterscheidung zwischen sunnitischem und schiitischem Islam vergegenwärtigt und dabei noch einmal von wichtigen religionsgeschichtlichen Grundsachverhalten ausgeht.

Der Islam unterscheidet sich von den anderen monotheistischen Religionen dadurch, daß er den Glauben an das Jenseits und Diesseits gleichermaßen umfaßt und deshalb keine Distanz oder sogar negative Haltung zur Welt kennt: Von den sogenannten Fünf Säulen des Islam ist nur die erste — das Glaubensbekenntnis — eine dogmatische; die anderen gehören der Pflichtenlehre an. Dieses Übergewicht des „Handelns“ bewirkt, daß vom Menschen die bedingungslose Ergebung und Unterwerfung unter den Willen Gottes gefordert wird. Die allgemeine Norm für sein Handeln ist der Koran und das aus ihm abgeleitete Gesetz. Der Koran schließt also Lehre, Sittenkodex und Gesetze ein, genießt absolute, höchste Autorität und ist deshalb unantastbar, d. h. darf keiner Interpretation durch menschliche Exegese ausgesetzt sein.

Da aber die Auskünfte des Korans nicht für die verbindliche Regelung aller Fälle des täglichen menschlichen Verhaltens ausreichen, bildet daneben die Sunna, d. h. alles, was sich in den Äußerungen, dem Handeln und in der Zustimmung des Propheten zu dem, was in seiner Gegenwart gesagt und getan wurde, manifestiert, die Richtschnur für das Leben der Muslime. Das Bedürfnis, diesen mit der Zeit gewaltig angeschwollenen Stoff zu sichten, führte zu Sammlungen (hadithe), die zu fast kanonischem Ansehen gelangt sind.

a) Sunniten und Schiiten

In dieser Problematik wurzelt der Gegensatz zwischen Sunniten und Schiiten; denn Schwierigkeiten mußten sich zwangsläufig daraus ergeben, daß in die „kanonischen“ Sammlungen zum Teil fragwürdiger Stoff aufgenommen worden war. Bereits unmittelbar nach dem Tode des Propheten (632 in Medina) entzündeten sich in der Umma Differenzen über die Authentizität der Überlieferung dessen, was er gesagt, getan und gebilligt habe. Meinungsunterschiede ergaben sich insbesondere aus unterschiedlichen Auffassungen zur

Frage, ob die Traditionskette von Gewährsmännern diese Authentizität auch tatsächlich verbürge. Der Unterschied zwischen Sunniten und Schiiten beruht also nicht primär auf Glaubensdifferenzen — beide Zweige des Islam haben die Sunna bis heute nie in Frage gestellt —, sondern auf unüberbrückbaren Auffassungen in der politischen Frage der legitimen Nachfolge des Propheten in der religiösen und politischen Führung der Umma. Diese Differenzen scheiden nach wie vor die Geister in der Gemeinschaft aller Muslime: Bis heute stehen sich in ihr konfrontativ gegenüber:

— auf der einen Seite die „Sunniten“, die der historischen Realität entsprechend die ersten drei Kalifen Abu Bakr, Umar, Utman — sie stammen aus einem entfernten Zweig der Familie des Propheten — und dann erst Ali, den (mit einer Tochter des Propheten verheirateten) Vetter Muhammads, als die ersten vier rechtmäßigen Kalifen anerkennen, und

— auf der anderen Seite die „Schiiten“, die von dem personengebundenen Bezug ausgehen, daß Ali der erste rechtmäßige Nachfolger Muhammads ist und nach ihm jeweils derjenige seiner leiblichen Nachkommen, der die Voraussetzungen für das Amt erfüllt. Nur er ist für sie des „göttlichen Lichtes“ inne.

Die Schia — die „Partei Alis“ — wendet also das Prinzip der Erblichkeit weltlich-politischer und geistlicher Macht — beide bilden im Islam notwendigerweise eine Einheit —, d. h. das Prinzip der Unfehlbarkeit und Sündenlosigkeit nur auf die direkten Nachkommen Muhammads bzw. Alis an. Sie vertritt den Grundsatz des Übergangs des Imamats vom Vater auf den Sohn als Träger des „göttlichen Lichtes“. Das Imamatum beruht infolgedessen auf einer ununterbrochenen Reihenfolge der von Gott direkt mit der entsprechenden Qualifikation begabten erbberechtigten Nachfolger des Propheten bzw. Alis, des ersten Imam. Der Imam ist dank der durch diese Erbfolge auf ihn übergeleiteten Lichtsubstanz sündenlos und unfehlbar.

Die Schiiten erkennen also die ersten drei Kalifen nicht an. Sie werfen ihnen vor, Alis Rechte usurpiert zu haben. In ihren Äußerungen sehen sie die Ursachen für die meisten fragwürdigen Bestandteile der Überlieferungssammlungen und halten sich ausschließlich an die Ali-Hadithe. Die Entwicklung des schiitischen Islam ist die eines erfolglosen Kampfes innerhalb der Umma um die rechtmäßige Leitung der ganzen islamischen Gemeinschaft. Sie hat ihren politischen Akzent

in dem Glauben, daß der letzte Imam nicht gestorben sei, sondern als der einzig Rechtgeleitete im Verborgenen weiterlebe, um am Ende der Tage wiederzukehren und als Welterlöser das von Gott gewollte Idealreich aufzurichten.

b) Ideale Legitimität des „verborgenen Imam“ und konkrete irdische Herrschaft in Iran

Auf die Vertiefung dieser religionsgeschichtlichen Problematik kann in dem hier gezogenen Rahmen verzichtet werden. Die Frage ist aber natürlich, welche Konsequenzen sich daraus für die Beurteilung der Situation des Islam in Iran und damit im weiteren Sinne auch für das politische Verhältnis Irans zum Sowjetstaat ergeben. Zweierlei muß dazu hier in Erinnerung gerufen werden:

Einmal: Der schiitische Zweig des Islam hat in der Umma immer eine religiöse, vor allem aber politische Opposition gebildet. Er ist in einem langen historisch-politischen Prozeß zum Glauben der Unterlegenen, zur Religion der Erwartung und Hoffnung auf die schiitische „Machtergreifung“ der Abkommen aus dem Hause des Propheten geworden. Und eben diese Hoffnung schlägt sich in der „Lehre vom verborgenen Imam“ nieder.

Und zum anderen: Unter den Safawiden (1501—1722), den erbitterten Gegnern der sunnitischen Osmanen, wurde der schiitische Zweig des Islam in Iran zur Staatsreligion erhoben (1512). Dennoch ist es aber der Schia nie gelungen, in Iran einen Staat unter Führung ihrer Imame bzw. deren Stellvertreter zu errichten. Bis Ende 1978 war die politische Herrschaft in Iran (seit 1925 der Pahlevi-Dynastie) eine von der schiitischen Geistlichkeit allenfalls indirekt geleitete, wenn auch von der Legitimation durch sie abhängige politische Herrschaft.

Dieser spannungsgeladene politische Sachverhalt hat auch bewirkt, daß Iran tief von der Vergeistigung des Imamats und von der „Verfolgung“ der Schiiten in der Umma geprägt ist — mit der Konsequenz, daß es für die iranische Bevölkerung natürlich und selbstverständlich ist, zwischen der konkreten Realität irdischer Herrschaft und der idealen Legitimität des verborgenen Herrschers zu unterscheiden. Die irdischen Mächte Irans waren für die Bevölkerung immer unrechtmäßig, wenn auch — je nach dem Grad ihrer Gerechtigkeit — mehr oder weniger akzeptabel. An die Stelle des verborgenen Imam tritt in der politischen Realität die Autorität derjenigen schiitischen

Gelehrten, in deren Händen die „Macht“ der Auslegung der Ali-Hadithe liegt. Sie bilden die Gemeinschaft derjenigen, die die Anstrengungen der dauernd erforderlichen Interpretation unternimmt (muğtahid). Diese Gemeinschaft verleiht der Vollmacht des Imam Dauer. Folgerichtig tragen deshalb die gelehrtesten, weisesten und frömmsten schiitischen Geistlichen den Titel „Ayatollah“, was so viel wie „Zeichen des Wirkens Gottes“ oder „Zeichen der Gegenwart Gottes“ heißt. Als muğtahid sind sie gemeinsam zur Leitung und Gesunderhaltung der schiitischen Gemeinschaft verpflichtet und insofern befugt, die irdischen Machthaber zu beraten oder sie ggf. auch öffentlich zu kritisieren.

Auf dieses Spannungsverhältnis ist das ganze politische System Irans zurückzuführen; es war immer geprägt vom Gegenüber

— der mächtigen schiitischen Hierarchie, die sich auf ihren religiös-politischen Auftrag be ruht, auf eine jahrhundertealte Tradition zurückblickt und über eine große Popularität verfügt, und

— der Staatsmacht, der es seit der Machtübernahme der Pahlevi-Dynastie (1925) gelungen war, ein Bild der Stärke zu vermitteln, deren Grundlage das Verständnis gerade des schiitischen Islam für ihren Nationalismus, das Bekenntnis zur Monarchie, die massive Industrialisierung und eine starke Armee war.

Die aus diesem Selbstverständnis resultierende Sicherheit der iranischen Staatsmacht war jedoch insofern trügerisch, als sie vor allem auf Kosten der schiitischen Hierarchie erreicht werden konnte — z. B. dadurch, daß sie deren Autorität zu begrenzen suchte, indem sie die Verwaltung der geistlichen Stiftungen an sich riß und die Geistlichkeit damit eines Teils ihrer wirtschaftlichen Basis beraubte.

Für die schiitische Geistlichkeit war das Pahlevi-Regime deshalb auch „illegal“; es hatte sich weder als moralisch noch als gerecht ausgewiesen. Sein Verhalten bestätigte das Selbstverständnis der Geistlichkeit und erhärtete in den Augen der Bevölkerung deren Verpflichtung zu dauernder Opposition gegen jede staatliche Ungerechtigkeit. Damit wurde die Überzeugung gefestigt, daß der schiitische Islam in Zeiten kultureller Überfremdung, d. h. der durch die Politik des Schahs verursachten Dominanz der westlichen Zivilisation, immer die eigentliche politische Konstante in Iran war, ist und bleiben muß. Dies macht auch verständlich, daß der „Ruf“ nach Gerechtigkeit, nach einem gerechten Staatswesen sich für

die iranische Bevölkerung nicht in ihren Herrschern, sondern vor allem in ihrer Geistlichkeit verkörpert.

c) *Theokratie —
die unabdingbare Konsequenz*

In diesem Selbstverständnis der iranischen Bevölkerung war die Forderung der Ayatollahs — insbesondere Khomeinys —, die Pahlavi-Dynastie zu stürzen und eine theokratische Herrschaft zu errichten, nur folgerichtig. Sie war mit der Vorstellung von einem gerechteren politischen Regime identisch, einem Regime, das sich so weit wie irgend möglich dem Ideal eines von Gott durchdrungenen Staatswesens annähert. Diese Forderung wurde aber immer in dem Bewußtsein erhoben, daß die wirklich vollkommene Gesellschaft erst nach Erfüllung der eschatologischen Erwartung des schiitischen Islam (Rückkehr des „verborgenen Imam“) verwirklicht werden kann.

Die Proklamation Irans zur „Islamischen Republik“ (1. April 1979) aufgrund des am 30. und 31. März 1979 durchgeführten Referendums, die Ausarbeitung einer neuen Verfassung und Abstimmung darüber am 2. und 3. Dezember 1979, die der Geistlichkeit eine entscheidende Machtposition sicherte, die Wahlen am 14. März und 5. Mai 1980 zum Parlament, bei denen die streng religiös orientierte „Islamisch-Republikanische Partei“ den größten Teil der Sitze erhielt, sowie die vom neuen Parlament „vorgeschlagene“ Ernennung des Khomeiny nahestehenden Ministerpräsidenten (des inzwischen ermordeten Rajai; August 1980) durch den Staatspräsidenten waren die logische Konsequenz dieser schiitischen „Staatsphilosophie“.

2. *Die ideologische Reaktion
der Sowjetführung*

Von hier führt der Weg direkt zurück zur Frage nach den Rückwirkungen der islamisch-revolutionären Vorgänge in Iran und Afghanistan auf die islamischen Minderheiten in der Sowjetunion. Sie ist eben nicht mit dem Hinweis abzutun, daß nur zehn Prozent der Muslime in der Sowjetunion zum schiitischen Islam zu rechnen sind, weil es nicht primär um eine innerreligiöse Konfrontation zwischen sunnitischem und schiitischem Islam geht. Auch im rein schiitischen Iran spielt sie nur eine untergeordnete Rolle. Die Beurteilung der Vorgänge im kaukasischen und zentralasiatischen Raum muß von dem in diesem Zusammenhang viel wichtigeren Element des

schiitischen Islam, dem Element des Widerstandes der Opposition gegen die staatliche Ungerechtigkeit ausgehen, das die Forderung nach einem gerechteren und damit nach einem „legitimen“ politischen System beinhaltet.

In diesem Phänomen findet die früher zitierte kompromißlose Stellungnahme Breshnews gegen jeden „Export der Konterrevolution“ aus dem „Ursprungsland“ Iran, direkt oder über Afghanistan, in die Sowjetunion ihre Erklärung.

a) *Der Kampf gegen jeden „Export der Konterrevolution“*

Breshnews Erläuterungen der sowjetischen Haltung in der Afghanistan-Frage bzw. zur Entwicklung in Iran in unmittelbarem Zusammenhang mit der Islam-Passage seines Rechenschaftsberichtes spiegeln das Dilemma wider, in dem sich die sowjetische Führung befindet: Bei der Behandlung Afghanistans wird der Islam zwar überhaupt nicht erwähnt, sondern in lapidarer Kürze lediglich festgestellt, daß „der Imperialismus ... einen wahrhaft unerklärten Krieg ... gegen die afghanische Revolution entfesselt“ habe, durch den an „unserer südlichen Grenze eine direkte Bedrohung“ geschaffen wurde; sie habe die Sowjetunion auch gezwungen, „auf Bitte eines befreundeten Landes Militärhilfe zu leisten“. Aber die Stellungnahme Breshnews zu den Vorgängen in Iran geht, wenn auch nicht direkt, um so deutlicher auf die Rolle des Islam in Iran und auch in Afghanistan ein: Sie schreibt der „Revolution in Iran“ einerseits einen „besonderen Charakter“ zu und grenzt sie damit von den parallelen Vorgängen in Afghanistan ab, läßt aber der Sowjetunion andererseits alle Möglichkeiten zu einer dialektisch unterschiedlichen Bewertung der islamisch-revolutionären Vorgänge in Iran und Afghanistan im Sinne der marxistisch-leninistischen Revolutionsdoktrin: Denn „... abgesehen von aller ihrer Kompliziertheit und Gegensätzlichkeit“ sei die iranische Revolution zwar „im Grunde genommen eine antiimperialistische Reaktion, ... die innere und äußere Reaktion“ sei aber bestrebt, „... ihren Charakter zu verändern“.

b) *Unterscheidung zwischen progressiven
und reaktionären Gläubigen*

Was Breshnew hier nur sehr pauschal anspricht, gehört gewissermaßen zum „kleinen Einmaleins“ des Marxismus-Leninismus. Bereits im November 1979 hatte die „Prawda“

Veranlassung gesehen, den Parteikadern die unantastbaren ideologischen Grundpositionen der KPdSU in einem Artikel „Über den wachsenden Einfluß der Religion in der zeitgenössischen Welt“ in Erinnerung zu bringen. In ihm wird ein Unterschied zwischen „progressiven und reaktionären Gläubigen“, die oft in ein und derselben Religion anzutreffen seien, gemacht und an den Vorgängen in den Nachbarländern erläutert: In Iran sei dem Islam „der Beginn einer Revolution“ gelungen, während er in Afghanistan von den Feinden der Volksmacht als Instrument benutzt“ werde. Kapitalismus und Imperialismus versuchten, „die Klassenwidersprüche unserer Epoche als Kampf zwischen den religiösen Prinzipien und dem atheistischen Kommunismus hinzustellen“. Marxismus und Religion könnten sich aber durchaus in einer gemeinsamen Interessensphäre treffen; denn die Kommunisten würden alle „Gläubigen unterstützen, die für Entspannung und Frieden zwischen den Völkern eintreten“. Und unmittelbar nach der Afghanistan-Intervention wurde die „Logik“ dieser Dialektik in der „Literaturnaja gazeta“ mit der Feststellung zusammengefaßt: „... Iran und Afghanistan ... müssen ihre Errungenschaften vor einer Einmischung der Imperialisten schützen ...“

3. Der Islam in der Sowjetunion — Teil der Umma

Die Schärfe der Polemik in der sowjetischen Publizistik seither gegen das „phantastische Geschwätz ...“, daß die islamische Explosion ... bald auf die Sowjetunion übergreifen“ werde, macht die Unsicherheit von Partei- und Staatsführung hinsichtlich der Islam-Frage im eigenen Land deutlich. Solche „Erdichtungen“ hätten in den muslimischen Ländern den „falschen, aber leider lebendigen Eindruck“ hervorgerufen, „daß es sich bei den sowjetischen Kommunisten um Erzfeinde der Religion“ handle. Auf diese Weise sei es auch gelungen, „Elemente des Mißtrauens bei den Führern der Revolution in Iran gegenüber den Linkskräften des Landes“ zu wecken.

Hinter dem sich darin artikulierenden Unbehagen ist die zunehmende „Einsicht“ der Sowjetführung zu erkennen, daß sich in den Iran- und Afghanistan-Vorgängen seit Anfang 1979 nur die internationale Dimension ihrer inneren Islam-Problematik widerspiegelt und daß die Muslime in der Sowjetunion von den Erneuerungsbestrebungen in der weltweiten Islam-Gemeinschaft nicht isoliert werden können. Daß sich die sowjetischen Muslime ihrer

Zugehörigkeit zur Umma bis heute bewußt geblieben sind, ist in der Begrüßungsansprache des derzeit ranghöchsten islamischen Geistlichen der Sowjetunion, Mufti Zia ud-Din Babachan, im September 1979 zur Eröffnung eines Symposiums in Dushanbe, das den Vorbereitungen der Feiern zum Beginn des 15. Jahrhunderts nach islamischer Zeitrechnung im Jahre 1980 galt, mehr als deutlich zum Ausdruck gekommen: „In unserem Land hat das System gewechselt, haben sich die sozialen Beziehungen verändert, sind ein neuer Typus des Staates und eine neue sozialistische Ordnung aufgetreten“, führte Babachan aus, „aber die Muslim-Religion fährt fort zu existieren und zu blühen — mehr noch, ihr Prestige wird stärker ... Die Muslime des sowjetischen Ostens [sind] ein unveräußerlicher Teil der Umma ... Alle Muslime der Welt bilden einen Körper ... Wenn ein Teil davon unter einer Krankheit leidet, ist der Schmerz im ganzen Körper zu spüren.“

Mit dem Erneuerungsprozeß in den islamischen Nachbarstaaten wird im Selbstbewußtsein der sowjetischen Muslime nur nachvollzogen, was im eigenen Lande schon viel früher zu Ende gebracht worden ist. Ihr harter Überlebenskampf gegen die Sowjetisierungspolitik der europäisch-atheistischen Partei- und Staatsmacht hatte auch jenen Selbstbestimmungsprozeß ausgelöst, der zur Entstehung der neuen islamischen Identität in der Sowjetunion führte. Sie steht in der Tradition der ursprünglich vom Nahen und Mittleren Osten ausgegangenen säkularen Strömungen und dokumentiert zugleich auch die Fähigkeit des Islam, sich elastisch und ohne religiösen Substanzverlust an die Politik einer „atheistischen“ Staatsführung anzupassen.

Daraus ergibt sich, daß die immer wieder aufgeworfene Frage, ob sich ein militantes Aufbegehren der Muslime gegen die Verwestlichungspolitik der Regierung (wie in Iran) oder ein bewaffneter Kampf gegen den Zugriff der atheistischen Macht (wie in Afghanistan) in der Sowjetunion wiederholen könnte, falsch gestellt ist, wenn sie nicht die Islam-Frage als Kernproblem der gegenwärtigen Vorgänge im Nahen und Mittleren Osten einbezieht. Denn aufgrund der Erfahrungen ihres harten Selbstbehauptungskampfes können die Muslime in der Sowjetunion überhaupt keine Illusion über den Ausgang und die Chancen eines solchen militanten Aufbegehrens haben.

Die Frage nach der Bedeutung der iranischen und afghanischen Ereignisse ist nur zu beantworten, wenn man sich vergegenwärtigt, daß

in ihnen nur die Spitze des Eisberges fundamentaler Umwälzungen von weltumspannender Bedeutung sichtbar wird. Bei dem, was sich gegenwärtig in der islamischen Welt vollzieht, geht es um wesentlich mehr als um eine auf religiös-theologische Probleme konzentrierte Erneuerungsbewegung. Sie stellt auch die Gültigkeit der seit der Kolonialzeit im Nahen und Mittleren Osten praktizierten europäischen Ordnung in Frage. Der hier tatsächlich in Gang befindliche Prozeß der Nord-Süd-Auseinandersetzung wird sich in dem Maß verschärfen, wie die islamischen Länder Fortschritte bei der Weiterentwicklung der im Ko-

ran wurzelnden Scharia zu einer in der Gegenwart praktizierbaren modernen islamischen Staats- und Wirtschaftsordnung erzielen. Dies ist zweifellos ein sehr langfristiger Prozeß, von dem auch die Muslime in der Sowjetunion nicht abzutrennen sind. Ein wesentliches Kriterium dafür ist, daß die Front zwischen Nord und Süd in Mittelost eben nicht an der sowjetischen Grenze mit Afghanistan, Iran und der Türkei verläuft, sondern quer durch die Sowjetunion, nämlich an der nördlichen Grenze der vom Islam geprägten zentralasiatischen und transkaukasischen Unionsrepubliken zum europäischen Rußland.

V. Sowjetische Iran-Politik und Militär-Intervention in Afghanistan

Vor diesem Hintergrund muß die Entwicklung im Mittleren Osten und insbesondere die Politik der Sowjetunion in diesem Raum beurteilt werden: Die vorstehend dargelegten Zusammenhänge erfordern es, die eingangs gemachten Feststellungen dahin gehend zu relativieren, daß der Pragmatismus der sowjetischen Mittelost-Politik keineswegs nur auf innerökonomische Zwänge zurückzuführen ist, sondern daß es ihr hier angesichts der Islam-Problematik um fundamentalere innere Sicherheitsbelange geht.

Tatsächlich zeichnete sich schon seit Mitte 1979 deutlich die Entschlossenheit der Moskauer Führung ab, der Gefahr des „Exports der islamischen Konterrevolution“ von Iran und Afghanistan in die Sowjetunion präventiv zu begegnen. Denn in dem Maße, wie sich das wirtschaftspolitische Instrumentarium als untauglich erwies, vergrößerte sie ihren politischen Druck auf Teheran.

Seit September/Oktober 1979 konzentrierte er sich zunächst auf die Kritik an der innenpolitischen Entwicklung Irans, dehnte diese Kritik dann aber sehr schnell auf die geistige und materielle Unterstützung des muslimischen Widerstandes gegen das Kabuler Regime durch Teheran aus: Die ersten kritischen Stellungnahmen der partei- und regierungsamtlichen Moskauer Publikationsorgane im Juni 1979 zur innenpolitischen Situation in Iran waren noch eine unmittelbare Reaktion auf die Ankündigung der neuen Erdgaspolitik Teherans. Je deutlichere Konturen diese neue Politik jedoch annahm, um so stärker und unverblümter zielten die sowjetischen Angriffe auf die schiitische Geistlichkeit im Sinne einer Relativierung ihres Anteils am Erfolg des revolutionären Umbruchs, ihrer Bedeutung für

die zukünftige Entwicklung Irans und schließlich auch wegen ihrer direkten „Einmischung“ in die sowjetische Islam- und Afghanistan-Politik.

Ihren dramatischen Höhepunkt erreichte die Kritik im September 1979 in dem gegen die schiitische Geistlichkeit erhobenen Vorwurf, sie verfolge unter dem Zeichen „Kommunistenjagd“ alle Menschen, die für eine „fortschrittliche sozialistische Umwandlung“ Irans kämpften. Daraus wurde die Schlußfolgerung abgeleitet, daß die Koalition der Kräfte, die den Sieg der Revolution in Iran ermöglicht hätte, bereits zerfallen sei.

1. Moskau und die Botschaftsbesetzung in Teheran

Der Zusammenhang der Besetzung der amerikanischen Botschaft in Teheran (4. November 1979) mit dem sowjetischen Mißerfolg in der Erdgaspolitik und dem eruptiven Umschlag der Haltung Moskaus zum Khomeiny-Regime ist evident. Er läßt sich quellenmäßig zwar nicht minutiös belegen, ergibt sich jedoch aus der Logik der durchaus überschaubaren Zusammenhänge der Entwicklung in Iran seit Oktober 1979: Sie erlaubt es festzustellen, daß Khomeiny und die schiitische Geistlichkeit die Botschaftsbesetzung nicht veranlaßt haben. Khomeiny hat verschiedene Male versucht, mit dem ganzen Gewicht seiner „Imam-Autorität“ die Beendigung der Geisellaffäre anzuordnen. Erst als seine Autorität durch Nichtbeachtung dieser Forderung von seiten der Besetzer in Frage gestellt zu werden drohte, hat er solche Versuche aufgegeben. Verbal hat er sich erst nach der mißglückten amerika-

nischen Befreiungsaktion vom 25. April 1980 hinter die Besetzer gestellt.

Ebensowenig waren die damalige Regierung Bazargan und der designierte Präsident Bani Sadr dafür verantwortlich: Sie haben die Botschaftsbesetzung mehrfach verurteilt und ihre Beendigung gefordert — ohne spürbare Resonanz bei den Geiselnehmern. Ministerpräsident Bazargan ist deswegen wenige Tage nach der Botschaftsbesetzung demonstrativ zurückgetreten. Auch das iranische Außenministerium hat sich strikt geweigert, die amerikanischen Diplomaten, die sich zu dieser Zeit außerhalb ihrer Botschaft aufhielten und Zuflucht im Außenministerium gefunden hatten, in das Botschaftsgebäude zurückzuführen.

Die Erklärung für das Verhalten der Botschaftsbesetzer — „Studenten“ von Mujahedin-e-Khalq, Fedayin-e-Khalq und Anhänger der (illegalen) Tudeh-Partei — und für ihre zu diesem Zeitpunkt noch ganz ungewöhnliche „Zugeknöpftheit“ den Forderungen Khomeinys, des Staatspräsidenten und der Regierung gegenüber ergibt sich aus ihrer Zusammensetzung und programmatischen Orientierung. Ihnen gemeinsam ist, daß sie links von der „revolutionären Linie“ Khomeinys operieren: Die Mujahedin bezeichnen sich selbst als „islamische Marxisten“ (im Sinne eines „religiösen Sozialismus“); sie fühlen sich zwar in ihrem Bekenntnis zum Islam an Khomeiny gebunden, waren jedoch niemals bereit, dessen politischen Weisungen bedingungslos zu folgen. Die Fedayin und die (1949 verbotene) kommunistische Tudeh-Partei bilden zwar relativ kleine Minderheiten, sind aber straff organisiert. Beide bezeichnen sich als linksradikal, als ihre ideologische Basis den Marxismus-Leninismus und fordern übereinstimmend die Umwandlung Irans in einen „Arbeiterstaat“ nach dem Vorbild der Sowjetunion.

Fedayin und Tudeh haben nie einen Zweifel daran gelassen, daß sie das Khomeiny-Regime nur „vorläufig“ zu tolerieren bereit sind. Und Moskau hat in allen Äußerungen zur iranischen Szenerie nie einen Zweifel daran gelassen, daß die Ziele der sowjetischen Iran-Politik mit denen dieser beiden „Parteien“ identisch sind.

Vor diesem Hintergrund muß die Reaktion der sowjetischen Führung auf die Besetzung der amerikanischen Botschaft gesehen werden: Sie hat der lautstarken verbalen Entschlossenheit Washingtons, gegen Iran vorzugehen, die Absicht unterstellt, unter Berufung auf das Völkerrecht die Realisierung von seit

Jahren im Pentagon vorbereiteten Plänen zur „Eroberung der Erdölgebiete der arabischen Länder“ mit einer militärischen Intervention in Iran einzuleiten. Die offiziellen Moskauer Presseorgane beschworen bereits vor, dann aber vor allem unmittelbar nach der Botschaftsbesetzung mit zunehmender Schärfe akut drohende militärische Gefahren für Iran. Und der sowjetische Außenminister Gromyko ließ Khomeiny nur wenige Tage nach der Botschaftsbesetzung durch den Palästinenserführer Arafat in Teheran davon in Kenntnis setzen, daß die Sowjetunion „eine militärische Intervention der USA gegen Iran nicht dulden“ würde.

Befürchtungen, die Sowjetunion würde die amerikanischen Reaktionen auf die Teheraner Ereignisse als Vorwand benutzen, um selbst militärisch in Iran zu intervenieren, waren durchaus angebracht und begründet. Denn der bis heute noch immer gültige sowjetisch-persische „Freundschaftsvertrag“ vom 26. Februar 1921 räumt Moskau in den Artikeln 5 und 6 das Recht ein, „im Falle, daß eine dritte Macht versuchen sollte, durch bewaffnete Intervention in Persien eine Usurpationspolitik zu verfolgen, ... seine Truppen im Hinblick auf zu einer Verteidigung notwendige militärische Operation in das Innere des Landes vorrücken zu lassen“.

Es ist müßig zu fragen, ob die USA die sich nach dem 4. November 1979 explosiv zuspitzende Situation richtig eingeschätzt haben. Denn Revolutionsführung und Regierung in Teheran waren sich der akuten Gefahr einer sowjetischen Militärintervention durchaus bewußt. Sie sind ihr dadurch entgegengetreten, daß sie mit einer präventiven „Blitzentscheidung“ sowohl das Sicherheitsabkommen mit den USA vom 5. März 1959 als auch die Artikel 5 und 6 des sowjetisch-persischen Freundschafts-Vertrages vom 26. Februar 1921 einseitig annullierten und damit vor beiden Großmächten unübersteigbare politische Barrieren für militärische Operationen auf iranischem Territorium aufrichteten.

2. Konsequenzen und Perspektiven der sowjetischen Mittelost-Politik

Auch die Beurteilung der Entwicklung seit Anfang 1980 muß davon ausgehen, daß Moskau Anfang November 1979 zur Intervention in Iran bereit war, zweifellos aber die politische Handlungsfähigkeit der iranischen Revolutionsführung unterschätzt hat und daß darin die Ursache dafür zu suchen ist, daß die Inter-

vention nicht durchgeführt wurde. Die Folgen dieser Fehleinschätzung für die Entwicklung der sowjetischen Mittelost-Politik seit Ende 1979 werden deutlich, wenn man die Frage nach den Konsequenzen einer sowjetischen Iran-Intervention bzw. ihrer Nichtdurchführung zu beantworten versucht:

1. Eine Intervention hätte der Sowjetunion zweifellos Gewinne gebracht (Verfügbarkeit nicht nur über Erdgas, sondern vor allem auch über Erdöl), die weit über die Zielsetzungen hinausgehen, die sie mit wirtschaftlichen Mitteln zu erreichen suchte.

2. Daraus hätte sich zwangsläufig die politische Kontrolle über das gesamte Golfgebiet ergeben — mit weitreichenden Konsequenzen für die weitere politische und wirtschaftliche Entwicklung der Länder des Nahen und Mittleren Ostens und ihre Außenpolitik. Damit wäre ein Ziel erreicht worden, das schon vor der Oktoberrevolution das zaristische Rußland und danach auch die Sowjetunion konsequent verfolgt hat, aber nie verwirklichen konnte.

3. Konsequenzen hätten sich aber vor allem daraus ergeben, daß die wichtigste, zu dieser Zeit wahrscheinlich sogar einzige materielle Basis des muslimischen Widerstandes in Afghanistan ausgeschaltet, zumindest aber unter völlige Kontrolle gebracht worden wäre. Erst nach dem islamisch-revolutionären Umbruch in Iran hatte er (seit März 1979) gefährliche Ausmaße angenommen und nicht nur die Existenz des prosowjetischen Kabuler Regimes in Frage gestellt, sondern auch auf die islamischen Minderheiten in der Sowjetunion ausgestrahlt.

Man kann deshalb durchaus die These vertreten, daß eine Intervention in (dem infrastrukturell nahezu unerschlossenen, ökonomisch vergleichsweise bedeutungslosen und schon aus geographischen Gründen kaum kontrollierbaren, geschweige denn beherrschbaren) Afghanistan nicht „vorgesehen“ war, daß aber die Entscheidung der sowjetischen Führung zu diesem Schritt der Sicherung ihrer Afghanistan-Position und ihrer inneren Islam-Politik notwendig wurde, als sich die politische und militärische Risikoschwelle für eine Intervention in Iran als zu hoch erwies.

4. Ein wichtiges Kriterium für die Einschätzung der weiteren Iran- und Mittelost-Politik der Sowjetunion ergibt sich, wenn man davon ausgeht, daß die Besetzung der amerikanischen Botschaft in Teheran in ihrem unmittelbaren Interesse lag und möglicherweise sogar

von der sowjetischen Führung gezielt „inspiriert“ worden ist, weil die zu erwartende Reaktion der USA ihr eben den Vorwand für eine auf den „Freundschaftsvertrag“ von 1921 gestützte Intervention gegeben hätte. Die Gründe für die Besetzung wären somit sowohl nach einer erfolgten Intervention als auch nach der Entscheidung, sie nicht durchzuführen, fortgefallen.

Sie ist dennoch aufrechterhalten worden, und zwar nach der Afghanistan-Intervention mit ausdrücklicher Billigung und Unterstützung durch die geistlich-politische Führung. Die naheliegende Erklärung für diese Änderung der Haltung der geistlichen und staatlichen Machttäger müßte darin gesehen werden, daß für sie damit die oppositionellen (nach der marxistisch-leninistischen Revolutionsdoktrin: progressiven) Kräfte und damit auch die Aktivitäten der Sowjetunion in Iran kontrollierbar geworden waren.

Daraus ergäbe sich aber auch, daß das Einverständnis der Botschaftsbesetzer zur Beendigung der Geisellaffäre das Motiv hatte, sich aus dieser Kontrolle zu lösen und daß damit zugleich auch ein neuer Anlauf der Sowjetführung ermöglicht wurde, aus der langen Stagnation ihrer Iran-Politik „nach Afghanistan“ herauszukommen.

Einige Literaturhinweise

(nur westliche Titel)

I. Zur Geschichte des Islam in Zentralasien:

Barthold, W., Zwölf Vorlesungen über die Geschichte der Türken in Mittelasien, Darmstadt 1962 (das umfangreiche Werk von Barthold wird seit 1963 in Moskau neu herausgegeben: V. V. Bartol'd Sočinenija; bisher liegen 9 Bände vor);

Brockelmann, K., Geschichte der islamischen Staaten und Völker, München 1939;

Cahen, Claude (Hrsg.), Der Islam I. Vom Ursprung bis zu den Anfängen des Osmanenreiches, Frankfurt a. M. 1968 (Bd. 14, Fischer Weltgeschichte);

Carré, Olivier (Ed.), L'Islam et l'Etat dans le Monde d'aujourd'hui, Paris 1982.

Gibb, H. A. R., Arab Conquest in Central Asia, London 1923;

von Grunebaum, G. E., Der Islam II. Die islamischen Reiche nach dem Fall von Konstantino-

pel, Frankfurt a. M. 1971 (Bd. 14, Fischer Weltgeschichte);

Hambly, G., Zentralasien, Frankfurt a. M. 1966 (Bd. 16, Fischer Weltgeschichte);

II. Ethnische Minderheiten und Nationalitätenpolitik der Sowjetunion:

Carrère d'Encausse, H., L'Empire éclaté, La révolte des nations en U.R.S.S., Paris 1978 (dt. Ausgabe: Risse im roten Imperium. Das Nationalitätenproblem in der Sowjetunion, Wien — München — Zürich — Innsbruck 1979);

Hayit, B., Sowjetrussische Orientpolitik am Beispiel Turkestans, Köln, Berlin 1962;

Hayit, B., Turkestan im XX. Jahrhundert, Darmstadt 1956;

Hoetzsch, O., Rußland in Asien. Geschichte einer Expansion, Stuttgart 1966;

Kolarz, W., Rußland und seine asiatischen Völker, Frankfurt a. M. 1956;

Kolarz, W., Nationalitätenpolitik in der Sowjetunion, Frankfurt a. M. 1956;

Mende, G. von, Der nationale Kampf der Rußlandtürken, Berlin 1936;

Sarkisyanz, E., Rußland und der Messianismus des Orients, Tübingen 1955;

Sarkisyanz, E., Geschichte der orientalischen Völker Rußlands bis 1917, München 1961;

Simon, G., Russen und Nichtrussen. Zu den Ergebnissen der Volkszählung 1979, in: Sowjetunion 1980/81. Ergebnisse, Probleme, Perspektiven, München, Wien 1981;

Wheeler, G., Racial Problems in Soviet Central Asia, London — New York — Bombay 1962;

Wheeler, G., The Peoples of Soviet Central Asia, London 1966.

III. Religionspolitik und Islam in der Sowjetunion:

Bennigsen, A., Les peuples musulmans de l'U.R.S.S. et les Soviets, in: Afrique et Asie, IV. 1952, I. 1953, II. 1953, III. 1953;

Bennigsen, A., Les limites de la déstalinisation dans l'Islam soviétique, in: Afrique et Asie, III. 1957;

Bennigsen, A. and Quelquejay, Ch., Islam in The Soviet Union, New York 1967;

Bennigsen, A. und Lemercier-Quelquejay, Ch., The Evolution of the Muslim Nationalities of

the USSR and their Linguistic Problems, London 1961;

Bennigsen, A. et Quelquejay, Ch., Les mouvements nationaux chez les musulmans de Russie. Le „Sultangalievisme" au Tatarstan, Paris — La Haya 1960;

Bennigsen, A. and Lemercier-Quelquejay, Ch., Les musulmans oubliés. L'Islam en Union soviétique, Paris 1981;

Bennigsen, A. and Wimbusch, S. E., Muslim Communism in the Soviet Union. A Revolutionary Strategy for the Colonial World, Chicago — London 1979;

Carrère d'Encausse, H., Reforme et révolution chez les musulmans de l'Empire Russe-Bukharos 1867—1924, Paris 1966;

Kolarz, W., Die Religionen in der Sowjetunion. Überleben in Anpassung und Widerstand, Freiburg — Basel — Wien 1963.

IV. Zur sowjetischen Mittelostpolitik:

Abott, F., Islam and Pakistan, Ithaca 1968;

Adam, W., Pakistans Suche nach Identität. Zur Problematik einer religiösen Staatsschöpfung, in: Europa-Archiv, 20. Folge, Oktober 1978;

Adam, W., Pakistan im Irrkreis, in: Internationales Asienforum, Nr. 1-2/1978;

Binder, L., Religion und Politics in Pakistan, Berkeley 1961;

Dupree, L., Afghanistan, Princeton N. J. 1973;

Dupree, L., Afghanistan Under the Khalq, in: Problems of Communism, Nr. 4/1979;

Geyer, D., (Hrsg.), Osteuropa-Handbuch: Sowjetunion. Außenpolitik 1917—1955 und 1955—1973, 2 Bde., Köln/Wien 1972/76 (einschlägige Kapitel);

Geyer, D., Die Sowjetunion und Iran. Eine Untersuchung zur Außenpolitik der UdSSR im Nahen Osten, Tübingen 1955;

Hyder, K., Pakistan under Bhutto, in: Current History, Vol. 63, No. 375, November 1972;

Lenczowski, G., Russia and the West in Iran, Ithaca, N. Y. 1949;

Lenczowski, G., The Middle East in World Affairs, Ithaca, N. Y., 1952;

Negaran, Hannah, Afghanistan: A Marxist Regime in a Muslim Society, in: Current History, Vol. 76, No. 446, April 1979;

Newell, R. S., Revolution und Rebellion in Afghanistan, in: Europa-Archiv, 21. Folge/1979;

Ravasani, S., Sowjetrepublik Gilan. Die sozialistische Bewegung im Iran seit Ende des 19. Jahrhunderts bis 1922, Berlin 1973;

Richter, W. L., Pakistan under Zia, in: *Current History*, Vol. 76, No. 446, April 1979;

Sarwari, Mohammad Sadiq, Afghanistan zwischen Tradition und Modernisierung, Bern, Frankfurt/M. 1974;

Steppat, F., Iran zwischen den Großmächten 1941 bis 1948, in: *Europa-Archiv*, 10. Folge/Okttober 1948 (hier auch in deutscher Übersetzung die Texte des Freundschaftsvertrages RSFSR-Persien vom 26. Februar 1921 (Auszüge) und des Bündnisvertrages Großbritannien — UdSSR — Iran vom 29. Januar 1942);

Zürrer, W., Persien zwischen England und Rußland 1918—1925. Großmächteinflüsse und nationaler Wiederaufstieg am Beispiel des Iran, Bern — Frankfurt a. M. — Las Vegas 1978.

V. Veröffentlichungen des Autors zu dem behandelten Thema:

Kommunismus und Weltreligionen Asiens. Zur Religions- und Asien-Politik der Sowjetunion, Band 1: Kommunismus und Islam. Religionsdiskussion und Islam in der Sowjetunion, Tübingen 1969; Band 2: Kommunismus und Islam. Islam und sowjetische Zentral- und Südostasien-Politik, Tübingen 1971;

Die Anwendbarkeit des sowjetischen Wirtschaftssystems auf die Entwicklungsländer — Versuch einer Analyse am Beispiel der chinesischen Wirtschaftsentwicklung, in: *Europa-Archiv*, Folge 20, Oktober 1960;

Die Sowjetunion und China im Wettbewerb um die Entwicklungsländer, in: *Die Internationale Politik* 1963. Jahrbücher des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, München — Wien 1969;

Der Islam im Spannungsverhältnis zwischen Orthodoxie und Säkularismus, in: *Ost-Probleme*, 18. Jg. 1966, Nr. 14/15 (mit Dokumentation);

Marxismus-Leninismus und Islam. Zur ideologischen Einordnung des Islam in der Sowjetunion, *Berichte des BIOst* Nr. 38, 1968;

Lenin und die Entwicklungsländer, in: *Entwicklung und Zusammenarbeit*, Heft 4/1970;

Die sowjetisch-chinesische Rivalität in Asien und Afrika, in: *Die Internationale Politik* 1968/69. Jahrbücher des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, München — Wien 1974;

Islam — Sozialismus — Kommunismus. Zur ideengeschichtlichen Grundlage der Sozialismus- und Kommunismus-Diskussion innerhalb des Islam, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 17/69 vom 26. April 1969;

Die muslimische Erneuerungsbewegung in Rußland, in: G. Katkov u. a. (Hrsg.), *Rußlands Aufbruch ins 20. Jahrhundert*, Olten u. Freiburg/Br. 1970;

Sinkiang im sowjetisch-chinesischen Spannungsfeld, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 10/70 vom 7. März 1970;

Religionsproblematik und Nationalitätenpolitik. Zur sowjetischen Zentralasienpolitik und ihrem außenpolitischen Aspekt, in: F. C. Schroeder, B. Meissner (Hrsg.), *Bundesstaat und Nationalitätenrecht in der Sowjetunion*, Berlin 1974;

The „Soviet“ Pamphlet „The Soviet Union and Islam“: on its Origin and Distribution, *Asian Thought & Society. An International Review*, Vol. I, No. II, Sept. 1976;

Zur sowjetischen Iran- und Afghanistan-Politik 1979. Aktuelle Analysen (AA) des BIOst, Nr. 18 vom 20. Dezember 1979;

Die sowjetische Iran- und Afghanistan-Politik. Wirtschaftliche Beziehungen und islamisch-revolutionärer Umbruch, *Berichte des BIOst*, Nr. 47/1970;

Islam in der Sowjetunion — sowjetische Iran- und Afghanistan-Politik. AA des BIOst, Nr. 9 vom 7. Februar 1980;

Iran, Afghanistan und die sowjetische Mittelostpolitik, in: *Europa-Archiv*, Folge 7 vom 10. April 1980;

Die langfristigen Interessen der Sowjetunion in der Region Mittelost und die Islam-Frage in Zentralasien, in: H. Vogel (Hrsg.): *Die sowjetische intervention in Afghanistan. Entstehung und Hintergründe einer weltpolitischen Krise*, Baden-Baden 1980;

Zwei Jahre nach der Machtübernahme Khomeinys: Zwischenbilanz und Perspektiven der sowjetischen Iran-Politik. AA des BIOst, Nr. 5 vom 5. Februar 1981;

Die Islam-Frage als Problem der sowjetischen Religions- und Minderheitenpolitik, in: *Sowjetunion 1980/81*, München 1981;

Die Stellung des Islam und des islamischen Rechts in der Sowjetunion und in China, in: W. Ende, U. Steinbach, *Der Islam und die islamische Welt in der Gegenwart* (Handbuch; in Satz).

Johannes Gertler: Die Rolle der Streitkräfte in der Außenpolitik der Sowjetunion

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 17—18/82, S. 3—25

Die Arbeit ist ein Beitrag zur Analyse sowjetischer Außenpolitik. Sie beschränkt sich ausschließlich auf die im Thema formulierte Fragestellung und geht von der Beobachtung aus, daß alle sowjetischen Führer in der Außenpolitik ihres Landes dem Faktor Streitkräfte (in Relation zu den anderen Faktoren) eine überdurchschnittlich große Bedeutung eingeräumt haben. Dabei lassen sich im Laufe der Jahrzehnte — stark vereinfacht — drei Phasen unterscheiden. Sie sind dadurch gekennzeichnet, daß die Streitkräfte als Instrument der Außenpolitik jeweils eine neue Aufgabe hinzugewinnen.

Nur in der ersten Phase, die bis zum Zweiten Weltkrieg reicht, kommt ihnen, von Ausnahmen abgesehen, ausschließlich die Rolle der Verteidigung des eigenen Staates zu. Im Gefolge des Zweiten Weltkrieges wird die Sowjetunion Besatzungsmacht. Das bedeutet für die Streitkräfte als zusätzliche Aufgabe die Sicherung des neuen Hegemonialbereiches. Schließlich begibt sich die Sowjetunion seit der Mitte der fünfziger Jahre auf den Weg zur Weltmacht. Auch das heißt weitere Funktionen für die Streitkräfte: geographisch globale Einsatzfähigkeit und waffentechnologische Ebenbürtigkeit mit den Vereinigten Staaten von Amerika. Demnach sind Verteidigungsfunktion, Hegemonialfunktion und Imperialfunktion diejenigen Aufgaben der sowjetischen Streitkräfte, die von ihnen wahrzunehmen sind und sich gegenseitig ergänzen.

Die Arbeit versucht, sofern es die Materialien gestatten, die Entwicklung über die Jahrzehnte hinweg in groben Zügen nachzuzeichnen und kommt zu dem Ergebnis, daß gerade in der Außenpolitik der Sowjetunion als Weltmacht der Bestimmungsfaktor Streitkräfte kaum überschätzt werden kann.

Gerhard Simon: Russen und Nichtrussen in der sowjetischen Gesellschaft

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 17—18/82, S. 26—44

Die nationale Frage gehört zu den entscheidenden innenpolitischen Problemen der Sowjetunion; ihre Lösung oder Nichtlösung wird wesentlich über die Stabilität der Sowjetgesellschaft und möglicherweise über ihren Fortbestand entscheiden. Die Sowjetideologie behauptet zwar, es könne im Sozialismus keine nationalen Antagonismen geben, tatsächlich aber hat die Modernisierung in der UdSSR — wie überall auf der Welt — nationales Selbstbewußtsein gestärkt oder erst entstehen lassen. Die Entwicklung nichtrussischer Schriftsprachen, der rasche Aufbau eines nationalen Bildungswesens und das Heranwachsen nichtrussischer Eliten haben neue Nationen in der UdSSR entstehen lassen. Zugleich sind die Russen mit der Industrialisierung seit Ende der zwanziger Jahre als Fachleute in fast alle Regionen des Landes eingewandert. Inzwischen konkurrieren die neuen nationalen Eliten mit den Russen um qualifizierte Arbeitsplätze. Das Bestreben der Einheimischen ist auf umfassende Selbstverwaltung der nationalen Territorien gerichtet.

Eine aggressive Sprachenpolitik soll Kräften der nationalen Desintegration entgegenwirken. Ihr Ziel ist die Durchsetzung des Russischen in möglichst vielen Bereichen des öffentlichen Lebens und die Beschränkung der nationalen Sprachen auf den privaten Sektor. Die angestrebte Einführung des Russischen als ausschließliche Unterrichtssprache im tertiären Bildungsbereich hat erheblichen Widerstand in den europäischen und transkaukasischen Unionsrepubliken hervorgerufen.

Das Spektrum nationaler oppositioneller Gruppierungen reicht von liberalen Bürgerrechtsbewegungen bis zu den Auswanderungswellen der Juden und Deutschen. Die Forderungen der nationalen Dissidenten sind im vergangenen Jahrzehnt radikaler geworden und in den westlichen Republiken zumeist auf Separation gerichtet. Demgegenüber scheint es offene nationale Oppositionsgruppen im sowjetischen Osten nicht zu geben. Hier trägt das unberrte Festhalten an islamischer Lebensart zur Festigung einer nichteuropäischen Identität bei. Sowjetische Nationalitätenpolitik hat — wenn auch um einen hohen Preis — die Erhaltung des letzten europäischen Kolonialreichs möglich gemacht. Die islamischen Völker haben von dieser Politik insofern profitiert, als ihr zivilisatorischer Standard heute erheblich höher ist als in den Ländern südlich der sowjetischen Grenzen. Die nichtrussischen Völker christlicher Tradition vergleichen sich mit den Nationen West- und Nordeuropas und stellen nicht nur ein Zurückbleiben im materiellen und ökonomischen Bereich, sondern auch hinsichtlich demokratischer Rechte und individueller Freiheiten fest.

Hans Bräker: Die Sowjetunion und der Mittlere Osten. Politik im Spannungsfeld von strategischen Zielsetzungen und Islam-Frage

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 17—18/82, S. 45—62

In der sowjetischen Außenpolitik haben die Länder des Mittleren Ostens immer einen besonderen Rang eingenommen. Schon die Anfang 1921 mit den angrenzenden Ländern Türkei, Iran und Afghanistan geschlossenen „Freundschaftsverträge“ haben demonstriert, daß die Führung des jungen Rätestaates zur Fortsetzung der zaristischen Orientpolitik seit Anfang des 19. Jahrhunderts fest entschlossen war.

Nach der Oktoberrevolution war die Moskauer Politik zunächst lange Zeit auf die Sicherung des bis 1917 erworbenen Besitzstandes gerichtet. Seit dem Zweiten Weltkrieg zielt sie aber wieder auf die Ausdehnung ihres politisch-strategischen und wirtschaftlichen Einflußbereiches in Richtung Persischer Golf und Indischer Ozean. Sie ist dabei auf relativ enge Grenzen gestoßen, die nicht zuletzt mit der grenzüberschreitenden Islam-Frage gezogen waren. Erst die islamisch-revolutionären Vorgänge in Iran und Afghanistan seit 1978/79 haben der sowjetischen Führung die innen- und außenpolitische Brisanz dieser Problematik voll bewußt gemacht: Innenpolitisch ist sie heute mit der Realität konfrontiert, daß es ihre von den ideologischen Zielsetzungen des Marxismus-Leninismus bestimmte Religionspolitik nicht vermocht hat, das religiöse Bewußtsein der vom Islam geprägten ethnischen Minderheiten (Turkvölker) ihres kaukasischen und zentralasiatischen Herrschaftsbereiches (mit etwa 50 Millionen knapp ein Fünftel der Bevölkerung) auszulöschen und damit auch deren nationales Bewußtsein an seiner eigentlichen Wurzel zu treffen. Im Gegenteil: Diese Politik hat einen inneren Wandlungsprozeß des Islam in der Sowjetunion bewirkt, der dessen Lebensfähigkeit ohne Beeinträchtigung seiner ursprünglichen religiösen Substanz erheblich gestärkt hat.

Die offenen Bekenntnisse hoher geistlicher Würdenträger der Sowjetunion zur weltweiten Gemeinschaft des Islam (Umma) in jüngster Vergangenheit sind Ausdruck dieses neuen Selbstbewußtseins. Sie spiegeln darüber hinaus auch die Reaktion der Muslime in der Sowjetunion auf die islamisch-revolutionären Vorgänge im Mittleren Osten und insbesondere in Iran und Afghanistan wider. Die von dieser Entwicklung auf die sowjetische Innen- und Außenpolitik gleichermaßen ausstrahlende Sprengkraft ist von der Moskauer Führung lange Zeit entweder nicht erkannt oder nicht zur Kenntnis genommen worden. Als sie schließlich in der zweiten Hälfte 1979 zu präventivem Handeln durch Intervention in Iran entschlossen war, um damit zugleich auch dem wachsendem muslimischen Widerstand in Afghanistan gegen das moskauhörige Kabuler Regime seine geistige und materielle Basis zu entziehen, erwies sich die außenpolitische Risikoschwelle dafür als zu hoch. Vor diesem Hintergrund ist die sowjetische Militärintervention in Afghanistan Ende Dezember 1979 als eine Art von „Ersatz“-Intervention zu werten. Ihr Ziel war es, sowohl der Sowjetunion eine Minimalpräsenz in diesem Raum zu sichern als auch das Risiko des „Überschwappens“ der islamisch-revolutionären Vorgänge auf die islamischen Unionsrepubliken der Sowjetunion zu verhindern, zumindest aber zu begrenzen.